



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

EUROSYSTEM

# GESCHÄFTSBERICHT 2002







BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2002  
MIT JAHRESABSCHLUSS 2002

*Vorlage an die am 15. Mai 2003 stattfindende Generalversammlung*



Zu Beginn der Währungsunion im Jahr 1999 war die neue Währung noch für viele Menschen sehr abstrakt und „weit weg“. Mit der Einführung des Euro-Bargeldes änderte sich dieses Bild schnell. Als Symbole des neuen, gemeinsamen Europa wurden die neuen Banknoten und Münzen gut angenommen.

Aus Sicht der OeNB hat sich dabei die äußerst sorgfältige und umfassende Vorbereitung des Bargeldtausches bewährt. Insbesondere die professionelle Arbeitsteilung zwischen der OeNB und ihren Tochtergesellschaften OeBS, MÖAG und der GSA hat sich als besonders effizient erwiesen. Der österreichischen Bevölkerung wurde damit die Umstellung auf die neue Währung leicht gemacht, was sich sowohl in einer positiven Einstellung zum Euro als auch in hohen Vertrauenswerten für die OeNB ausdrückt.

Dadurch wird der Bevölkerung bewusst gemacht, dass der OeNB als „ihrer Notenbank“ auch im neuen Rahmen der Währungsunion viele wichtige Aufgaben zukommen, die zusätzlich um eine europäische Dimension erweitert worden sind. Die OeNB, das Management und die Mitarbeiter sind auf internationaler Ebene im Interesse Österreichs tätig, und arbeiten insbesondere im europäischen geld- und währungspolitischen Rahmen des Eurosystems entscheidend mit. Es ist eine wesentliche Stärke der Währungsunion, dass sie eine dezentrale institutionelle Struktur aufweist. Dadurch knüpft sie direkt an die jahrzehntelangen Erfahrungen der nationalen Zentralbanken an. Darüber hinaus bedient sich das ESZB/Eurosystem der Kenntnisse der nationalen Zentralbanken in ihrem jeweiligen Land für eine effiziente Vorbereitung und Umsetzung ihrer Politik. Diese Struktur aus europäischer Orientierung, gemeinsamer Steuerung und nationaler Verankerung stellt ein wesentliches Erfolgsrezept der Währungsunion dar.

Etwas getrübt wurden die Startphase der Währungsunion und die erfolgreiche Euro-Bargeldumstellung durch das seit den tragischen Ereignissen vom 11. September 2001 nachhaltig gedämpfte konjunkturelle Umfeld. Insbesondere für das Jahr 2002 haben sich die Erwartungen auf einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nicht erfüllt, da sich die Belastungen, die von den Erdölpreisen, der Börsenentwicklung und der hohen Unsicherheit der Investoren auf das

Wirtschaftswachstum ausgingen, nachhaltig auswirkten. Gleichzeitig stellte die Irak-Krise einen anhaltenden zusätzlichen Unsicherheitsfaktor auf globaler Ebene dar.

In diesem Zusammenhang wirkt sich für Österreich zusätzlich die schwierige ökonomische Situation seines wichtigsten Handelspartners Deutschland ungünstig aus. Auch das langsame Wachstum der Märkte in Italien und der Schweiz stellt eine Belastung für den österreichischen Export dar. In dieser schwierigen Situation erweist sich die enge Verflechtung Österreichs mit den zentral- und osteuropäischen Ländern als überaus positiv. Die günstige ökonomische Entwicklung in nahezu allen Beitrittsländern bedeutet nicht nur einen direkten Vorteil für die österreichische Wirtschaft, sondern unterstreicht auch die Fortschritte dieser Region auf dem Weg in die EU.

Österreich übernimmt in dieser historischen Phase der Ost-West-Integration Europas eine wichtige Brückenfunktion. Ausgehend von seinen historischen Wurzeln kann Österreich einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Geschichte leisten. Diese Herausforderung gilt es im beiderseitigen Interesse anzunehmen und zum Vorteil für ein gemeinsames Europa einzusetzen.

Auch als „kleine“ Notenbank spielt die OeNB heute im europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess eine bedeutende Rolle. Ihre Osteuropakompetenz ist im Eurosystem ebenso geschätzt wie ihr Engagement in der Zusammenarbeit mit den Zentralbanken der Beitrittsländer.

Präsident  
Adolf Wala

Das markante Ereignis des vergangenen Geschäftsjahres war zweifellos die problemlose Euro-Bargeldeinführung in Österreich und in weiteren elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Inzwischen hat sich der Euro nicht nur als solide Welt- und Ankerwährung neben dem US-Dollar erfolgreich etabliert, er wird auch für rund 300 Millionen Europäer im Euro-Währungsgebiet zunehmend zum vertrauten Zahlungsmittel und macht damit die Währungsunion „begreifbar“. Das Preis- und Wertgefühl für den Euro verbessert sich kontinuierlich und die im Euroraum breit diskutierte Divergenz von subjektiv empfundener und statistisch gemessener Inflation verliert mehr und mehr an Bedeutung.

Die Unabhängigkeit des Eurosystems, seine dezentrale Struktur und die damit verbundene Effizienz sowie seine bewährte geldpolitische Strategie sind wesentliche Erfolgsfaktoren für die seit Beginn der Währungsunion gewährleistete Preisstabilität. Damit allerdings der Euroraum das wirtschaftliche Potenzial der stabilitätsorientierten Geldpolitik voll ausschöpfen kann, bedarf es verantwortungsbewusster Fiskal-, Struktur- und Lohnpolitiken, die es verstehen, den Euroraum im verschärften internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu erhalten und damit nachhaltig Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Dies gilt insbesondere in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, in dem sich die Risiken durch die geopolitische Lage deutlich verschärft und – bedingt durch die damit einhergehende Unsicherheit – sich die Konjunkturerholung weiter verzögerte, die Finanzmärkte volatil wurden und das Vertrauen schwächer wurde.

Eine stabilitätsorientierte Politik muss sich auf allen Ebenen diesen Herausforderungen stellen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als institutioneller Rahmen für die Währungsunion ist daher auch weiterhin strikt einzuhalten. So gesehen haben auch die zuletzt gegen einige Mitgliedstaaten der Währungsunion vertragskonform eingeleiteten Verfahren wegen übermäßiger Defizite die Glaubwürdigkeit dieses Pakts gefestigt. Fiskalpolitische Stabilitätsorientierung und gesunde Staatsfinanzen sind nicht zuletzt im Hinblick auf die demografischen Entwicklungen im Euroraum ein Gebot der Stunde.

Zudem sind bereits begonnene Struktur-reformen auf den Arbeits-, Güter- und

Finanzmärkten energisch fortzusetzen, um den Euroraum flexibler und widerstandsfähiger gegen externe Schocks zu machen, das Produktionspotenzial zu steigern und damit die Wachstumsaussichten zu verbessern sowie das Vertrauen der Verbraucher und Anleger zu fördern.

Im verschärften Wettbewerb ist auch Österreich entsprechend gefordert, durch notwendige und langfristig ausgerichtete Reformmaßnahmen unter anderem die hohe Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts strategisch abzusichern und die Nachhaltigkeit gesunder Staatsfinanzen und leistungsfähiger Gesundheits- und Pensionssysteme entsprechend zu gewährleisten.

Nach der erfolgreichen Umsetzung der Währungsunion steht die Europäische Union mit ihrer geplanten Erweiterung um zehn weitere Mitgliedstaaten vor der nächsten großen integrationspolitischen Herausforderung. Mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags und seiner anschließenden Ratifikation sollte die Erweiterung der Europäischen Union Anfang Mai 2004 Realität werden. Nach einem beeindruckenden wirtschaftlichen Transformations- und Aufholprozess der Beitrittsländer ist deren ökonomische Integration bereits weit fortgeschritten.

Der Beitritt zur Währungsunion führt über eine Teilnahme am so genannten Wechselkursmechanismus II und über eine strikte und nachhaltige Erfüllung der rechtlichen und ökonomischen Konvergenz. Für eine stufenweise monetäre Integration sprechen nicht nur rechtliche und institutionelle Aspekte sowie der Grundsatz der Gleichbehandlung aller EU-Mitgliedstaaten, sondern auch ökonomische Überlegungen.

Die Währungsunion und der Euro haben den Euroraum im dynamischen Globalisierungsprozess wirtschaftlich bereits deutlich gestärkt. Sie werden auch in Zukunft eine zentrale Rolle als „Reformmotor“ und Katalysator für die weitere wirtschaftliche und politische Integration Europas spielen und damit zur Friedenserhaltung und Wohlstandssicherung in Europa entscheidend beitragen.

Gouverneur  
Dr. Klaus Liescher



<b>GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK</b>	
Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12
<b>BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2002</b>	
Ein Jahr Euro-Bargeld – das neue Zahlungsmittel bewährt sich	17
<i>Positive Erwartungen erfüllt</i>	17
<i>OeNB-Info-Kampagne und gezielte Kommunikationsmaßnahmen schaffen Vertrauen</i>	20
Stabilitätsorientierte Geldpolitik in Zeiten schwacher Konjunktur	23
<i>Geldpolitik im Eurosystem</i>	23
<i>Konjunktur des Euroraums bei ungünstigem internationalen Umfeld</i>	32
<i>Österreich: nachlassende Wachstumsdynamik, leichter Leistungsbilanzüberschuss</i>	38
Rolle der OeNB bei der Sicherung der Finanzmarktstabilität	46
<i>Aktivitäten der OeNB zur Erhaltung der Finanzmarktstabilität</i>	46
<i>Heterogene Entwicklungen fordern den österreichischen Finanzsektor</i>	46
<i>Einbindung der OeNB in die Finanzmarktaufsicht</i>	48
<i>OeNB nimmt Zahlungssystemaufsicht auf</i>	49
<i>OeNB als Anbieter volkswirtschaftlicher und finanzmarktbezogener Statistiken</i>	51
<i>OeNB als Dialogpartner im Basel II-Prozess</i>	53
<i>Initiativen zur Stärkung des Finanzsystems</i>	55
OeNB im EU-Erweiterungsprozess	57
<i>Wirtschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen der EU-Beitrittsländer</i>	57
<i>Aktivitäten der OeNB im Erweiterungsprozess</i>	61
Neue Aufgaben der OeNB im unbaren Zahlungsverkehr	63
<i>Pfad zur Verwirklichung des europäischen Zahlungsverkehrsbinnenmarktes</i>	63
<i>Dynamische Marktentwicklung im Zahlungsmittel- und Zahlungsverkehrsbereich</i>	64
<i>Effiziente Infrastruktur und Abwicklung</i>	65
Währungsreservenpolitik im Kontext des Eurosystems	69
<i>WWU schafft neue rechtliche, institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen für die Währungsreserven</i>	69
<i>Effizientes Management der Währungsreserven</i>	72
Effiziente Unternehmensführung durch leistungsfähige Organisation	75
<i>Aufgaben der OeNB im Überblick</i>	75
<i>Leistungsauftrag und Kundenorientierung als Prämisse professioneller Aufgabenerfüllung</i>	77
<i>Tochtergesellschaften der OeNB</i>	80
<i>Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur</i>	83
<b>JAHRESABSCHLUSS 2002 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK</b>	
Bilanz zum 31. Dezember 2002	86
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2002	88
Anhang zum Jahresabschluss 2002	89
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	89
<i>Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002</i>	93
<i>Kapitalbewegungen</i>	93
<i>Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2002</i>	94
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	94
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	114
<i>Direktorium, Generalrat</i>	119
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	120
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	121
<b>BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2002</b>	
	123
<b>PUBLIKATIONEN</b>	
Periodische Publikationen	126
Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2001 und 2002	127

## Zeichenerklärung

- = Zahlenwert ist Null
- × = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- 0 = Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
- Ø = Durchschnitt

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

## Abkürzungsverzeichnis

APSS	Austrian Payment Systems Services GmbH	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
A-Trust	A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
BGBI.	Bundesgesetzblatt	IWF	Internationaler Währungsfonds
BIP	Bruttoinlandsprodukt	JVI	Joint Vienna Institute
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	MFIs	Monetäre Finanzinstitute
BMF	Bundesministerium für Finanzen	MoU	Memorandum of Understanding
BSC	Banking Supervision Committee	MÖAG	Münze Österreich AG
BWG	Bankwesengesetz	MTN	Monetary Transmission Network
CACs	Collective Action Clauses	NBG	Nationalbankgesetz
CESR	Committee of European Securities Regulators	NZBen	Nationale Zentralbanken
EBA	European Banking Association	ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
EG	Europäische Gemeinschaft	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
EG-V	EG-Vertrag	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	ORF	Österreichischer Rundfunk
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	POS	Point of Sale
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	RTGS	Real-Time Gross Settlement
EU	Europäische Union	SDRM	Sovereign Debt Restructuring Mechanism
EUR	Euro	SEPA	Single European Payment Area
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr G.m.b.H.
EZB	Europäische Zentralbank	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	SZR	Sonderziehungsrecht
FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
FMSB	Finanzmarktstabilitätsbericht	TUG	Target User Group
FSAP	Financial Sector Assessment Program	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
		WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
		WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
		ZAST	Zahlungssystemstatistik
		ZSA	Zahlungssystemaufsicht





Generalrat, Staatskommissär,  
Direktorium  
und personelle Veränderungen,  
Organisation der Bank

## Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 2002

Adolf Wala

Präsident

Herbert Schimetschek

Vizepräsident

Vorsitzender des Vorstandes  
des Austria Versicherungsvereines  
auf Gegenseitigkeit

Dipl.-Ing. August Astl

Generalsekretär der Präsidentenkonferenz  
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Univ.-Prof.

Mag. Dr. Herbert Kofler

Wirtschaftstreuhänder/Steuerberater  
Vorstand der Abteilung

Mag. Dr. Walter Rothensteiner

Generaldirektor  
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Helmut Elsner

Generaldirektor  
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Betriebliches Finanz- und Steuerwesen  
am Institut für Wirtschaftswissenschaften  
Universität Klagenfurt

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi

Landesrat a. D.  
2. Vizepräsident der OeNB a. D.

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer

Direktor des Instituts für Höhere Studien  
und Wissenschaftliche Forschung (IHS)

Dr. Richard Leutner

Leitender Sekretär  
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dkfm. R. Engelbert Wenckheim

Vorstand  
der Getränkeindustrie Holding AG

Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch

Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftslehre  
an der Technischen Universität Wien

Dipl.-Ing. Johann Marihart

Generaldirektor  
der Agrana Beteiligungs-AG

Dkfm. Lorenz R. Fritz

Generalsekretär  
der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Werner Muhm

Direktor der Kammer  
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat  
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl

Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter

Stellvertretende Vorsitzende  
des Zentralbetriebsrats

---

Staatskommissär

Dr. Manfred Frey

Präsident

der Finanzlandesdirektion  
für Wien, Niederösterreich und Burgenland

---

Staatskommissär-Stellvertreter

Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler

Sektionsleiter

im Bundesministerium  
für Wirtschaft und Arbeit

## Direktorium

Stand per 31. Dezember 2002



Dr. Klaus Liebscher  
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek  
Direktor

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell  
Vize-Gouverneurin

Mag. Dr. Peter Zöllner  
Direktor

## Personelle Veränderungen

vom 25. April 2002 bis 10. April 2003

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 23. Mai 2002 wurden Helmut *Elsner*, Generaldirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, sowie Dr. Richard *Leutner*, Leitender Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, zu Mitgliedern des Generalrats gewählt. Ferner wurde das Mitglied des Generalrats, Dkfm. Lorenz R. *Fritz*, dessen Funktionsperiode mit der Generalversammlung 2002 ausgelaufen ist, wieder gewählt. Dkfm. Johann *Zwettler* hat sein Generalratsmandat mit der Generalversammlung 2002 zurückgelegt.

Der Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 8. Juli 2002 den Leiter des Ressorts „Informationsverarbeitung und Geldwesen“, Mag. Dr. Wolfgang *Duchatzek*, dessen Vertrag mit 14. Juli 2002 ausgelaufen ist, mit Wirksamkeit vom 15. Juli 2002 auf die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank wieder ernannt.

<b>Präsident</b>	<b>Vizepräsident</b>
Adolf Wala	Herbert Schimetschek
Referat des Präsidenten L DDr. Richard Mader	
<b>Direktorium</b>	
<b>Ressort Notenbankpolitik</b>	<b>Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte</b>
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher	Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Referat des Gouverneurs L Mag. Dr. Wolfgang Ippisch	
<b>Hauptabteilung</b>	<b>Hauptabteilung</b>
Innenrevision AL DRR Wolfgang Winter	Volkswirtschaft DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner
Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit L Mag. Wolfdietrich Grau	Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen AL Mag. Dr. Ernest Gnan
Abteilung für Planung und Controlling AL Mag. Gerhard Hohäuser	Abteilung für volkswirtschaftliche Studien AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter
Jubiläumsfonds L Dr. Wolfgang Höritsch	Abt. f. Integrationsangelegenheiten u. Internat. Finanzorganisationen AL Mag. Franz Nauschnigg
<b>Hauptabteilung</b>	Abteilung für die Analyse wirtschaftl. Entwicklungen im Ausland AL Dr. Doris Ritzberger-Grünwald
Rechnungswesen DHA Michael Wolf	Repräsentanz Brüssel Mag. Dr. Reinhard Petschnigg
Abteilung Bilanzierung AL Friedrich Karrer	Repräsentanz Paris Mag. Andreas Breitenfellner
Abteilung Zentralbuchhaltung AL Otto Panholzer	<b>Hauptabteilung</b>
<b>Hauptabteilung</b>	Analyse und Revision DHA Mag. Andreas Ittner
Recht und Beteiligungen DHA Dr. Bruno Gruber	Abteilung für Finanzmarktanalyse AL Dr. Michael Würz
Rechtsabteilung AL Dr. Hubert Mölzer	Abteilung für Bankenanalyse und -revision AL DRR Peter Mayerhofer
Beteiligungsmanagement	Kreditabteilung AL Mag. Dr. Franz Richter
	<b>Hauptreferat</b>
	Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung DHR Mag. Peter Achleitner

- AL Abteilungsleiter
- DHA Direktor der Hauptabteilung
- DHR Direktor des Hauptreferats
- DRR Direktionsrat
- DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
- L Leiter
- LZA Leiter der Zweiganstalt
- TL Technischer Leiter

**Ressort Informationsverarbeitung und Geldwesen**  
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek

### Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr  
DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für DV-Entwicklung  
AL Dr. Reinhard Auer

Abteilung für den Betrieb des Rechenzentrums  
AL Dipl.-Ing. Erich Schütz

Zahlungsverkehrsabteilung  
AL Mag. Andreas Dostal

### Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten  
N. N.

Banknoten- und Münzenkasse  
AL Kassendirektor Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei  
TL Gerhard Habitzl

St. Pölten  
LZA Dipl.-Ing. Mag. Dr. Roland Müllner

Bregenz  
DZA Helmut Höpperger

Eisenstadt  
DZA Mag. Friedrich Fasching

Graz  
DZA Mag. Dr. Gerhard Schulz<sup>1)</sup>

Innsbruck  
DZA Dr. Günther Federer

Klagenfurt  
DZA Günter Willegger

Linz  
DZA Mag. Dr. Axel Aspetsberger<sup>1)</sup>

Salzburg  
DZA Elisabeth Kollarz

**Ressort Investitionspolitik und Interne Dienste**  
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Personalabteilung  
AL DRR Dkfm. Maria Zojer

### Hauptabteilung

Treasury  
DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko  
AL DRR Mag. Rudolf Kreuz

Treasury - Front Office  
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury - Back Office  
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London  
Elisabeth Antensteiner

Repräsentanz New York  
Mag. Gerald Fiala

### Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste  
DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung  
AL DRR Dr. Norbert Weiß<sup>2)</sup>

Administrationsabteilung  
AL Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten  
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice  
AL Alfred Tomek

### Hauptabteilung

Statistik  
DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

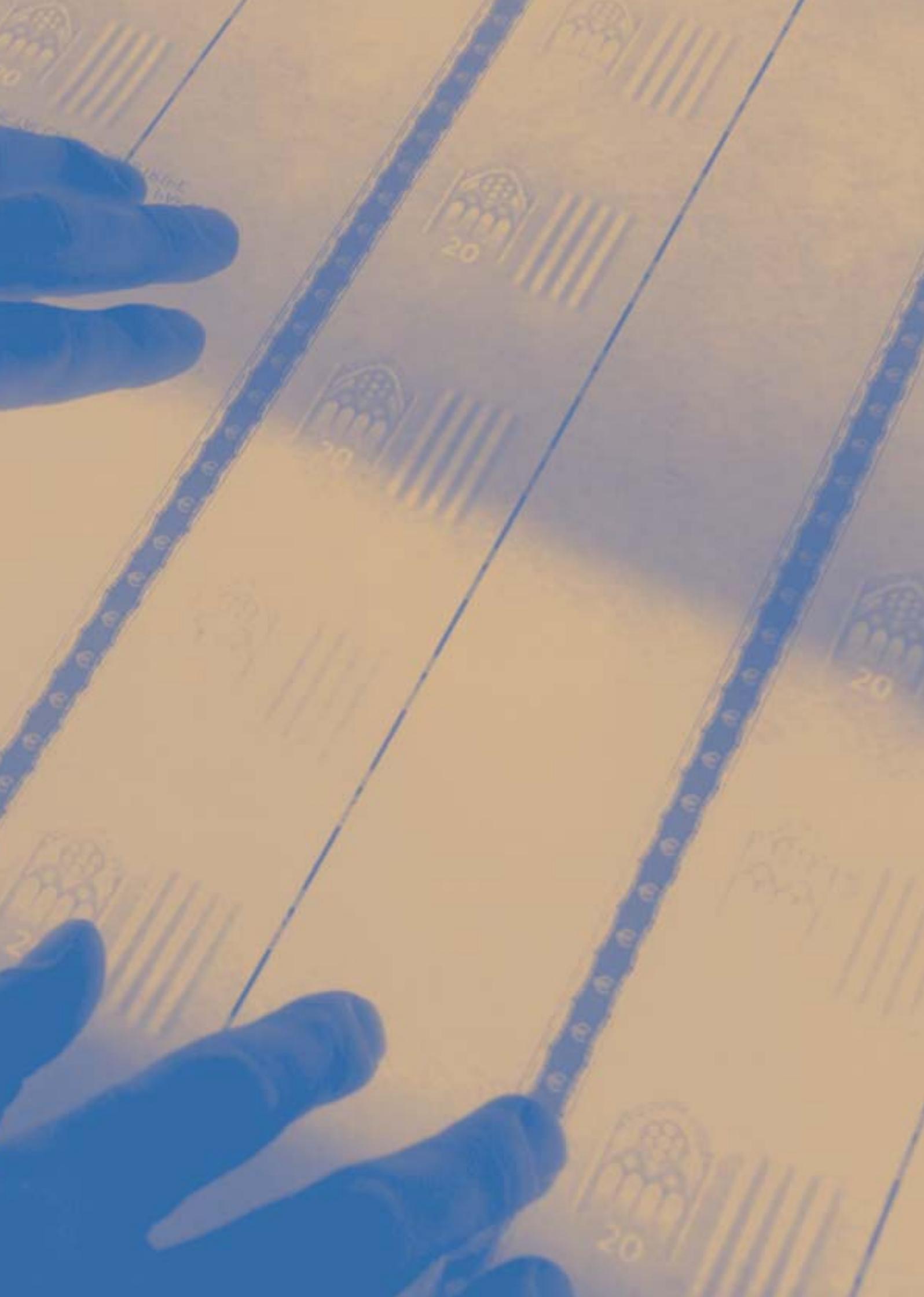
Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve  
AL Mag. Dr. Alfred Rosteck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten  
AL Eva-Maria Nesvadba

1 ZA-Koordinator.

2 Umweltbeauftragter.

Stand per 10. April 2003





Bericht des Direktoriums  
über das Geschäftsjahr 2002



# Ein Jahr Euro-Bargeld – das neue Zahlungsmittel bewährt sich

## Positive Erwartungen erfüllt

### Reibungslose Bargeldumstellung

Die Euro-Einführung ist auf Grund der exakten Planung, sowie der ausgezeichneten operativen und kommunikativen Kooperation aller Beteiligten, der Banken, der Werttransporteure, der Bundesregierung und insbesondere des Bundesministeriums für Inneres, reibungslos über die Bühne gegangen. Auch im täglichen, öffentlichen und privaten Leben erfolgte die Umstellung auf den Euro problemlos. Die langjährige detaillierte Planung im Bereich der Logistik, beginnend mit der physischen Produktion der Banknoten und Münzen bis hin zur Ausgabe des Geldes über das Bankomatnetz und die Banken, gewährleistete eine gelungene operative Euro-Bargeldumstellung. Flankiert wurde dieser Prozess von einer gezielten Informationsarbeit, die die Akzeptanz des neuen Geldes durch die Bevölkerung günstig beeinflusste. Auch die Tatsache, dass das Design der Euro-Banknoten vom OeNB-Mitarbeiter Robert Kalina gestaltet wurde, hat sich positiv ausgewirkt.

Diese Vorbereitung führte dazu, dass der Schilling bereits nach kurzer Zeit aus dem täglichen Zahlungsverkehr verschwunden war. Nach knapp zwei Wochen wurden bereits über 90% aller Transaktionen in Euro abgewickelt. Entscheidend dafür war, dass alle beteiligten Institutionen die ihnen zugedachten Aufgaben mit höchster Professionalität erfüllt haben und die logistischen Bemühungen auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung traf, die in einigen Medien als „Europhorie“ bezeichnet wurde.

### Bargeldmigration

Zu Beginn des Jahres 2002 stammten noch nahezu alle Euro-Banknoten

und -Münzen, die in Österreich in Umlauf waren, aus dem österreichischen Erstbedarf. Im Laufe des Jahres begannen sich die verschiedenen „nationalen“ Bestände – insgesamt wurden von zwölf Ländern des Euroraums Euro-Banknoten und -Münzen ausgegeben<sup>1)</sup> – zu vermischen. Besonders offensichtlich war dies bei den Münzen, die nicht zuletzt auf Grund ihrer nationalen Rückseiten zu begehrten Sammelobjekten wurden. Wesentlich bedeutsamer sind diese Bewegungen jedoch bei den Euro-Banknoten. Unterschiedliche Faktoren wie Tourismus, wirtschaftliche Verflechtung und unterschiedliche Präferenzen in der Bargeldhaltung führen zu ungleichmäßigen Verteilungen der Banknoten zwischen den Ländern.

Um diese Bargeldmigration eingehender zu analysieren, wurden im Jahr 2002 verschiedene Studien erstellt. Wichtig dabei war es die Beobachtungen möglichst frühzeitig anzusetzen. Im Mittelpunkt der Untersuchungen lag das Bargeld in privaten Haushalten sowie die Einlieferungen der Banken und Geschäftskunden bei der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA).

Der Anteil an Münzen anderer Länder des Euroraums, insbesondere bei höheren Kategorien, ist in Österreich kontinuierlich angestiegen und erreichte Ende 2002 einen Wert von über 20%. Am häufigsten fanden sich nach den österreichischen Münzen jene deutscher Prägung (13%), gefolgt von italienischen Prägungen (4%).

Die Migration der Euro-Banknoten erfolgte noch rascher als jene der Euro-Münzen. Die in Umlauf befindliche Menge an Banknoten sowie die Stückelung in den Haushalten ist

<sup>1)</sup> Es sind dies Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Überdies setzten auch der Vatikan, Monaco und San Marino eigene – wengleich quantitativ geringe – Euro-Münzen in Umlauf.

relativ stabil geblieben, aber der Auslandsanteil ist weiter gestiegen. Das Verhältnis österreichischer Euro-Banknoten (Seriennummer beginnend mit N) zu ausländischen Euro-Banknoten betrug Ende des Jahres 2002 rund 60:40. Wie bei den Münzen hatten auch bei den Banknoten Deutschland (Seriennummer beginnend mit X) und Italien (Seriennummer beginnend mit S) die größten Anteile.

Räumlich betrachtet geht die Migration im Westen Österreichs auf Grund angrenzender Länder des Euroraums und des Tourismus deutlich schneller voran als im Osten Österreichs. In Tirol sind z. B. bereits 60% der Banknoten und 40% der Münzen „zugewandert“.

Vor diesem Hintergrund gewinnen grenzüberschreitende Banknotengroßtransporte, so genannte „bulk redistributions“, zunehmend an Bedeutung. Das Ziel dabei ist eine optimale Allokation der Banknoten zur Minimierung von Druck- und Transportkosten.

#### Falschgeldprävention bewährt sich

Der Euro zählt zu den fälschungssichersten Währungen der Welt. Eine Leitwährung wie der Euro weckt aber das Interesse internationaler Fälscher stärker als Währungen nicht so gewichtiger Länder. Die vielfältigen Maßnahmen der Exekutive und der OeNB halfen jedoch, Fälschungen rasch aus dem Umlauf zu ziehen.

Im Jahr 2002 wurden in Österreich insgesamt 3.409 Fälschungen aus dem Umlauf genommen. Die 50-Euro-Banknote war mit 67% aller Fälschungen die am häufigsten gefälschte Banknote, gefolgt von der 100-Euro-Banknote mit einem Anteil von 26%. Insgesamt kann im Vergleich zu den Vorläuferwährungen

des Euro (D-Mark, italienische Lira etc.), von einer stabilen Situation in Österreich gesprochen werden. Der Gesamtschaden betrug etwas mehr als 220.000 EUR, ist also im Vergleich zu anderen Delikten wie Ladendiebstahl oder Kartenbetrug eher gering. Betrachtet man den Euroraum insgesamt, so wurden 167.118 Fälschungen aus dem Umlauf gezogen – das bedeutet gegenüber den Vorgängerwährungen sogar einen Rückgang um drei Viertel.

Um die Weitergabe von Fälschungen weiter zu verringern, wurden im Jahr 2002 in der OeNB und in ihren Zweiganstalten erneut Bargeldschulungen für 1.000 externe Multiplikatoren (das sind Schulungsleiter, Hauptkassiere etc.) abgehalten. Exakte Kenntnis über die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten und genaues Betrachten und Vergleichen schützt im Alltag vor Falschgeld.

Die wichtigsten Prüfschritte sind:

- FÜHLEN der erhabenen Oberflächen (Banknotenvorderseite),
- SEHEN (gegen eine gute Lichtquelle betrachtet),
- KIPPEN (gegen eine gute Lichtquelle betrachtet).

Eine der wesentlichsten Maßnahmen zur Fälschungsprävention ist es, die Qualität des Bargeldumlaufs möglichst hoch zu halten. Bei einer neuwertigen Banknote können die Sicherheitsmerkmale deutlich leichter identifiziert werden als bei einer verschmutzten, zerknitterten oder gar zerrissenen. Aus diesem Grund wird jede Banknote, die in Österreich zirkuliert, statistisch drei- bis viermal pro Jahr in den Geldbearbeitungsmaschinen der GSA geprüft und gegebenenfalls durch eine neue Banknote ersetzt.

Um die Bevölkerung weiter zu sensibilisieren, hat die OeNB gemeinsam mit dem ORF-Radiosender Ö3 die Aktion „MEHRscheinchen“ ins Leben gerufen. Im Blickpunkt dieses Gewinnspiels standen die Seriennummern sowie die Sicherheitsmerkmale der Banknoten. Die Gewinner mussten die Sicherheitsmerkmale der entsprechenden Banknote kennen und diese an ihrem Schein überprüfen. Diese Aktion wurde durch ein Meinungsforschungsinstitut evaluiert und hat eine sehr gute Akzeptanz erreicht: 85% der Befragten in Österreich befürworteten diese Aktion der OeNB, lediglich 4% lehnten diese ab. Hochgerechnet konnten mit dieser Aktion rund 2,7 Millionen Österreicherinnen und Österreicher erreicht werden und etwa 1 Million fühlte sich dadurch besser über die Sicherheitsmerkmale informiert. Bei Nachfrage konnte auch die Zahl der spontanen Nennungen von Sicherheitsmerkmalen deutlich gesteigert werden.

#### Schilling-Bestände fließen stetig zurück

Im Unterschied zur Auslieferung des Euro, die durch die OeNB exakt geplant wurde, stellte der Schilling-Rücklauf vollkommen andere Anforderungen an das logistische System. Bei der Rücklieferung des Schilling-Bestands lag die Entscheidung, wann, wo, wie viel und in welcher Stückelung zurück geliefert werden sollte, in der Hand der Bürger.

Obwohl der wesentliche Teil der erwarteten Rückflüsse innerhalb der dualen Phase (Jänner und Februar 2002) abgeschlossen werden konnte, befanden sich Ende des Jahres 2002 noch ruhende Schilling-Bestände im Gegenwert von 938 Mio EUR in Umlauf. Der relativ hohe Anteil von Schilling-Banknoten der Vorgängerserien (die zum Zeitpunkt des Euro-

Tausches nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel waren und deren Präklusivtermin noch nicht erreicht ist) im Wert von 250 Mio EUR ist jedoch ein Indiz dafür, dass Banknoten und Münzen auch gerne gesammelt werden und daher den Weg zur OeNB teilweise nicht mehr finden werden. In der OeNB-Hauptanstalt und den Zweiganstalten wird der kostenlose Tausch von Schilling-Münzen und Schilling-Banknoten der letzten Serie in Euro unbefristet angeboten.

#### Verschiedene Aktionen als Katalysator für den Rücklauf

Um den Rückfluss von Schilling-Banknoten und -Münzen zu stimulieren, wurden von der OeNB verschiedene Aktionen maßgeblich mitgetragen:

- Im Herbst 2002 hat die OeNB unter dem Motto „Gib dem Schilling eine letzte Chance“ gemeinsam mit den heimischen Banken und Postämtern eine Spendensammelaktion für die Hochwasseropfer gestartet. Vom 26. August bis 20. September 2002 wurden in rund 8.000 Bank- und Postfilialen in ganz Österreich Schilling-Banknoten und -Münzen sowie natürlich auch Euro entgegengenommen.<sup>1)</sup>
- Die „Euro-Tour“, eine europaweit einzigartige Aktion der OeNB, führte den „OeNB-Bus“ vom 1. Juli bis 10. Oktober 2002 durch insgesamt 88 Städte und Gemeinden Österreichs. Dabei wurden in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Zweiganstalten der Bevölkerung folgender Service angeboten: Gratistausch des Schilling in Euro und umfassende Informationen zum Euro, speziell die Sicherheitsmerkmale der Banknoten betreffend. Rund

<sup>1)</sup> Insgesamt wurden bei der österreichweiten Aktion rund 35 t bzw. 15 Mio Stück Münzen von den Österreichern gespendet. Die Auszahlung der Spenden ergab ein Ergebnis von 1,1 Mio EUR.

32.000 Österreicherinnen und Österreicher wechselten gratis ihre Schilling-Banknoten und -Münzen<sup>1)</sup>, wobei die „Euro-Tour“ in erster Linie als Service für jene Bürger gedacht war, die keine Zweiganstalt der OeNB in ihrer Nähe haben.

### **OeNB-Info-Kampagne und gezielte Kommunikationsmaßnahmen schaffen Vertrauen**

#### **Bewährtes Kommunikationskonzept**

Die Aufgabe nationaler Währungen und die Übertragung geldpolitischer nationaler Souveränität durch die Teilnehmerländer auf das Eurosystem stellt nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht einen Meilenstein in der Nachkriegsgeschichte Europas dar, sondern bedeutet auch eine große Herausforderung für die Kommunikationspolitik. Ein Projekt dieser Größenordnung benötigt nicht nur vor und während des Bargeldumtausches ein durchgehendes Kommunikationskonzept, sondern muss laufend durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden. Information baut Ängste ab und schafft Vertrauen – und Vertrauen ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche und stabilitätsorientierte Geldpolitik. Eine der Funktionen der OeNB im Eurosystem ist es, als Schnittstelle und Kommunikator zwischen der Geldpolitik und der österreichischen Wirtschaft bzw. der Bevölkerung zu fungieren.

In diesem Zusammenhang steht auch die enge Verbindung und Zusammenarbeit mit den Nationalen Zentralbanken (NZBen) des Eurosystems. Vertrauen entsteht aber nicht von selbst, sondern ist vielmehr das Ergebnis einer aktiven, strategischen Öffentlichkeitsarbeit. Aus diesem

Grund hat die OeNB schon im Vorfeld der Euro-Einführung ein Kommunikationsnetzwerk geknüpft, in das sowohl der ORF und die Euro-Information der Bundesregierung, als auch diverse sozialpartnerschaftliche Verbände sowie Hilfsorganisationen eingebunden waren bzw. sind.

Dieses erfolgreiche Konzept – das bereits mehrfach ausgezeichnet wurde<sup>2)</sup> – wurde auch im Jahr 2002 weiterverfolgt, wobei nach der gelungenen Euro-Bargeldumstellung das Hauptaugenmerk der OeNB-Kampagne auf den Schwerpunkten Euro-Wertverständnis sowie dem durchgehenden Bewusstmachen der Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten und der medialen Unterstützung zum Schilling-Rücklauf lag.

Um die durch die Teilnahme am Eurosystem geänderte Positionierung der OeNB in der Bevölkerung zu verankern und zu festigen wurde eine eigene Werbelinie ins Leben gerufen, deren Inhalte hauptsächlich durch Inserate transportiert wurden. Mittels einer in sich geschlossenen visuellen Gestaltung sowie einer gezielten Werbung durch Presseaussendungen und Inserate gelang es, auch die Aufmerksamkeit der Bevölkerung im erforderlichen Ausmaß zu wecken.

#### **Unterstützung für Betroffene der Hochwasserkatastrophe**

Die Hochwasserkatastrophe des Sommers 2002 veranlasste die OeNB, gemeinsam mit dem Radiosender Ö3 und vielen Freiwilligen die so genannte „Expedition Großglockner“ zu realisieren: Für jeden Teilnehmer, der mit dem Rad oder zu Fuß die Großglocknerhochalpenstraße erklimmte, spendete die OeNB an die Opfer der Flutkatastrophe einen bestimmten Betrag. Fast 12.000 Teilnehmer bewältigten die Großglocknerhochalpenstraße, wodurch rund

- 1 Insgesamt wurden bei der „Euro-Tour“ rund 39 Mio ATS in Euro getauscht, darunter mehr als 15 t alte Schilling-Münzen. Es handelte sich erwartungsgemäß meist um kleinere Beträge (Durchschnittsbetrag: 1.250 ATS pro Wechselkunde).*
- 2 PR-Staatspreis 1996 bzw. Nominierung zum PR-Staatspreis 2002 in Zusammenarbeit mit der Skills Group; EFFIE-Award 2002 für die OeNB und die Agentur Demner, Merlicek & Bergmann für die Kampagne „Mit der Nationalbank zum Euro“; Demner, Merlicek & Bergmann wurden weiters für die „Einführungskampagne für den Euro“ im Auftrag der OeNB mit dem AME International Awards im Rahmen der New York Festivals ausgezeichnet.*

1,2 Mio EUR für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe aufgebracht wurden.

#### Gefühl für das neue Bargeld festigt sich

Eine besondere Herausforderung für die Bevölkerung stellt bei der Einführung einer neuen Währung die Wiedererlangung des Wertverständnisses dar. Daher wurde gemeinsam mit einem Meinungsforschungsinstitut und der Universität Wien eine entsprechende Studienreihe realisiert, um das Euro-Wertverständnis der Österreicherinnen und Österreicher im Zuge der Euro-Bargeldeinführung zu überprüfen.

Die jüngsten Ergebnisse sind vielversprechend, da das Wertverständnis in der österreichischen Bevölkerung für den Euro wächst. Während nur mehr 9% der Bevölkerung bei Gütern des täglichen Bedarfs exakt umrechnen, geben bereits 55% der Befragten an, die Euro-Preise nicht mehr in Schilling umzurechnen. Um diesen positiven Trend fortzusetzen, hat die OeNB neben den schon zuvor erwähnten Aktionen weitere gezielte Informationsaktivitäten mit Unterstützung diverser Kooperationspartner durchgeführt.

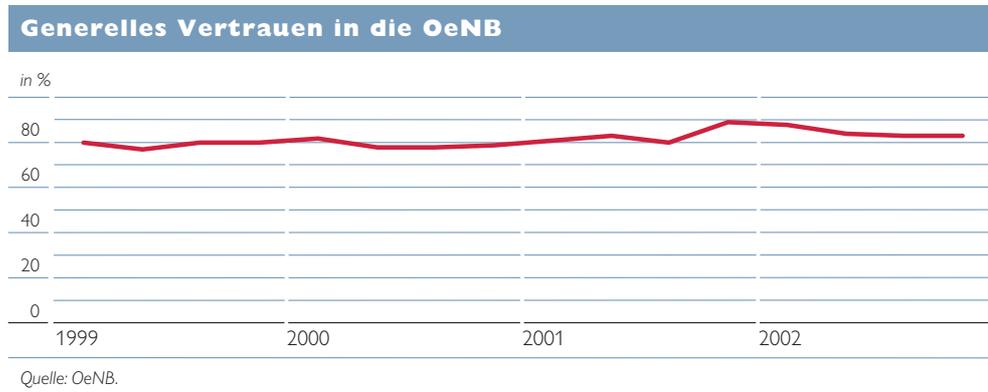
Zu diesen Aktivitäten gehörte unter anderem die Sendung „Europlay“ im Rahmen einer Kooperation mit dem ORF, in der Telefonkandidaten ihr Euro-Wertgefühl testen konnten. Des Weiteren wurde ein „Teuro-Quiz“ in Zusammenarbeit mit einer österreichischen Tageszeitung realisiert, um dem Problem der – von den Bürgerinnen und Bürgern subjektiv empfundenen – höheren „gefühlten Inflation“ entgegenzuwirken.

#### Interesse am Euro weiter groß

Das Interesse der Bevölkerung für den Euro war im Jahr 2002 ungebrochen. Insgesamt wurden allein vom OeNB-eigenen Call Center 33.195 Anfragen beantwortet, 28.043 in Form von Anrufen und 5.152 durch E-Mails, wobei sich ein Trend auch zu anderen Themen wie z. B. Basel II abzuzeichnen beginnt. Im Jahr 2002 konnte eine Gesamtzahl von 53,6 Mio Zugriffen auf Einzeldateien der OeNB-Homepage [www.oenb.at](http://www.oenb.at) registriert werden.

#### Vertrauen in die OeNB weiter auf hohem Niveau

Abgesehen von den Schwerpunkten betreffend die Euro-Bargeldeinführung wurden auch zahlreiche Veranstaltungen, im Speziellen Konferenzen, Tagungen und zahlreiche Workshops organisiert. Insgesamt wurden 244 Veranstaltungen mit 10.300 Besuchern abgehalten, die die Rolle der OeNB als Plattform und Dialogpartner weiter festigten. Die intensive und jahrelange Auseinandersetzung mit ökonomischen Themen hat die OeNB zu einem international anerkannten Kompetenzzentrum werden lassen. Neben einer Vielzahl an (vor allem volkswirtschaftlichen) Publikationen (siehe dazu Kapitel „Publikationen“) veröffentlichte die OeNB im Jahr 2002 160 Presseaussendungen zu diversen institutionellen, ökonomischen und statistischen Aspekten. Damit konnte die OeNB auch im ersten Jahr nach der Euro-Bargeldeinführung den Vertrauenswert, gemäß einer von einem Meinungsforschungsinstitut erstellten Studie, weiter auf hohem Niveau, nämlich bei 83%, stabilisieren. Die erfolgreiche Arbeit der OeNB wird vor allem dadurch deutlich, dass das Vertrauensniveau auch nach dem Auslaufen der Werbe- und Informa-



tionsmaßnahmen und der Beendigung der „heißen Phase“ der Euro-Bargeldeinführung deutlich über den Vergleichswerten des Vorjahres zu liegen kam.

# Stabilitätsorientierte Geldpolitik in Zeiten schwacher Konjunktur

## Geldpolitik im Eurosystem Erfolge von vier Jahren Währungsunion

### Aktive Rolle der OeNB im Eurosystem

Seit dem Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Jänner 1999 ist das Eurosystem<sup>1)</sup> für die gemeinsame Geldpolitik des Euroraums zuständig. Zum Euroraum zählen gegenwärtig

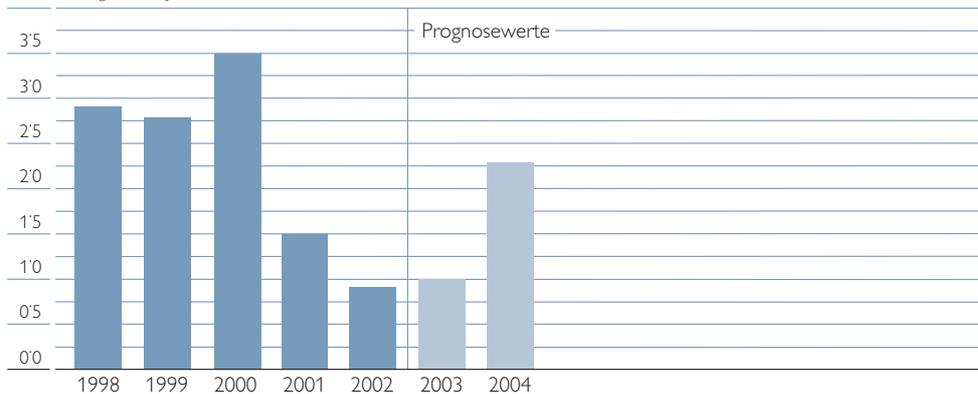
Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland.

Die OeNB ist ein integraler Bestandteil des Eurosystems und nimmt an den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen teil. Im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) ist der Gouverneur der OeNB entsprechend dem Grundsatz „ein Mit-

### Wichtige Indikatoren für den Euroraum

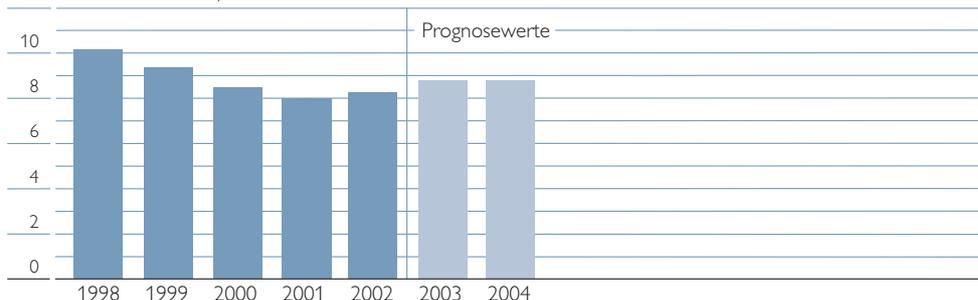
#### Wachstum des realen BIP

Veränderung zum Vorjahr in %



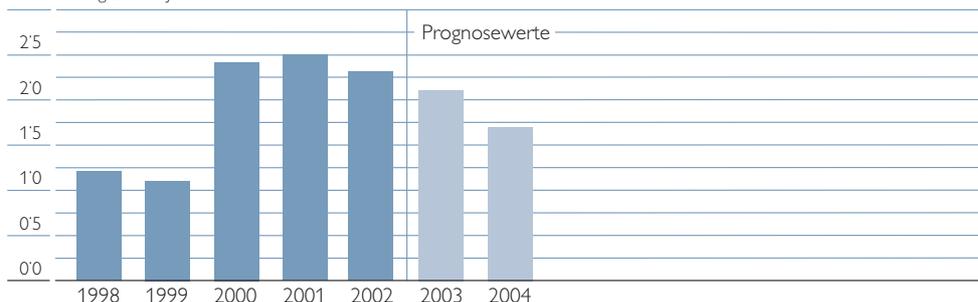
#### Arbeitslosenquote

Arbeitslose in % der Erwerbspersonen



#### HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: EUROSTAT; 2003, 2004: Europäische Kommission.

<sup>1</sup> Das Eurosystem besteht aus den NZBen der Staaten, die den Euro bereits eingeführt haben, und der EZB. Gemeinsam mit den NZBen der übrigen EU-Mitgliedstaaten bildet das Eurosystem das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).

glied, eine Stimme“ vertreten. Dabei agiert er unabhängig und weisungsfrei. Neben dieser Rolle als integraler Bestandteil des Eurosystems ist die OeNB auch Schnittstelle zur österreichischen Wirtschaftspolitik.

#### Rückläufige Inflation

##### bei gedämpftem Wirtschaftswachstum

Die gemeinsame Geldpolitik mit dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität hat dem Euroraum zu einem hohen Grad an Stabilität verholfen. Die Inflationsrate ist im Jahr 2002 auf 2,2% zurückgegangen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das im Jahr 2001 durch die stark rückläufige Entwicklung der Aktienmärkte und die Terroranschläge vom 11. September 2001 bereits erheblich geschwächt worden war, erhielt durch die anhaltende geopolitische Unsicherheit weitere negative Impulse. Die Folge war ein gedämpftes Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 (+0,8%). Die Arbeitslosigkeit ist im Euroraum infolge des schwachen BIP-Wachstums im Jahr 2002 auf durchschnittlich 8,4% angestiegen und liegt damit aber noch immer unter dem Durchschnitt der Neunzigerjahre. Die Währungsunion stärkt die Integration der Waren- und Finanzmärkte und trägt so zu einer Erhöhung des Wachstumspotenzials bei. Um die Chancen, die sich aus der Währungsunion ergeben, voll ausschöpfen zu können, sind in den Mitgliedstaaten noch weitere Struktur-reformen auf den Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten sowie eine dauerhafte Konsolidierung der Staatshaushalte notwendig.

Die mit der Währungsunion verbundene Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts führte bereits zu einer deutlichen Verbesserung der budgetären Positionen in vielen Staaten der Währungsunion, so auch

in Österreich. Die schwierige konjunkturelle Situation des Jahres 2002 stellte die Wirksamkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Euroraum auf eine wichtige Bewährungsprobe. Die Eröffnung von Verfahren wegen übermäßiger Defizite gegen Portugal und Deutschland hat die Entschlossenheit der EU-Mitgliedstaaten unterstrichen, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auch in konjunkturell schwierigen Zeiten Geltung zu verschaffen. Die Finanzminister des Euroraums haben sich darüber hinaus im Oktober 2002 darauf verständigt, dass jene Staaten, die noch keine ausgeglichenen Budgets haben, in Zukunft jährlich eine Verbesserung des strukturellen Budgetsaldos um zumindest 0,5% des BIP vornehmen sollen.

### **Geldpolitische Strategie des Eurosystems vor dem Hintergrund der Zinsentscheidung des Jahres 2002**

#### Vorausschauende Geldpolitik

Die Geldpolitik des Eurosystems ist vorrangig dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet. Preisstabilität wird vom Eurosystem als mittelfristiger jährlicher Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum von unter 2% definiert. Um eine vorausschauende Ausrichtung der Geldpolitik zu gewährleisten, wurde die geldpolitische Strategie auf zwei Säulen errichtet. Im Rahmen der ersten Säule wurde dem Geldmengenwachstum eine wichtige Rolle zuerkannt. Die Bedeutung des Wachstums der Geldmenge findet auch darin ihren Ausdruck, dass der EZB-Rat einen quantitativen Referenzwert für die Veränderungsrate des Aggregats M3 veröffentlicht hat.<sup>1)</sup> Hinter diesem Referenzwert steht die Überlegung, dass eine sta-

<sup>1</sup> Das Geldmengenaggregat M3 umfasst neben dem umlaufenden Bargeld, den täglich fälligen Einlagen sowie sonstigen kurzfristigen Einlagen auch Geldmarktfondsanteile und Schuldverschreibungen monetärer Finanzinstitute.

### Geldmengenentwicklung im Euroraum



bile langfristige Beziehung zwischen dem Geldmengenwachstum und der Änderung des Preisniveaus existiert. Dieser Zusammenhang wird durch empirische Untersuchungen hinreichend bestätigt. Bei der Ermittlung des Referenzwerts wurde davon ausgegangen, dass die Trendwachstumsrate des BIP zwischen 2 und 2,5% beträgt und dass sich die Umlaufgeschwindigkeit von M3 mittelfristig um 0,5 bis 1% p. a. verringert. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich, dass eine jährliche M3-Wachstumsrate von 4½% mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist. Eine Abweichung des aktuellen M3-Wachstums von diesem Referenzwert führt jedoch nicht automatisch zu geldpolitischen Reaktionen des EZB-Rats. Vielmehr werden die Geldmenge und ihre Komponenten bzw. Einflussfaktoren (wie z. B. das Kreditwachstum) hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen auf das Preisgefüge eingehend analysiert.

Neben dem Geldmengenwachstum muss eine vorausschauende Geldpolitik eine Vielzahl anderer Faktoren im Auge behalten, die Einfluss auf die Preisstabilität nehmen können. Diese sind in der zweiten

Säule der geldpolitischen Strategie zusammengefasst. Als Indikatoren für den Preisdruck werden Variablen wie die BIP-Wachstumsrate, die Löhne und die Produktivität, die Zinsertragskurve, der Wechselkurs und Kostenindizes herangezogen. Eine weitere wichtige Komponente der zweiten Säule sind die Prognosen des Eurosystems über die zukünftigen Veränderungen des Preisniveaus.

#### EZB-Rat bestätigt Referenzwert für M3-Wachstum

In der EZB-Ratssitzung am 5. Dezember 2002 wurde der Referenzwert für das Geldmengenwachstum evaluiert. Dabei kam der EZB-Rat zu dem Schluss, dass die Annahmen über das Trendwachstum des BIP im Euroraum und die Änderungsrate der Umlaufgeschwindigkeit in ihrer bestehenden Formulierung weiterhin Gültigkeit haben. Als Voraussetzung für ein höheres Trendwachstum im Euroraum wurden weitere Struktur-reformen auf den Arbeits- und Gütermärkten genannt. Der EZB-Rat brachte erneut zum Ausdruck, dass es sich beim Referenzwert um ein mittelfristiges Konzept handelt,

### Transmissionsmechanismus im Euroraum

Im Rahmen des Eurosystems arbeitete das Monetary Transmission Network (MTN), an dem auch OeNB-Expertinnen und -Experten mitgearbeitet hatten, an einer Untersuchung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus im Euroraum. Das Forschungsnetzwerk kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

Ausgegangen wird von einer zeitlich begrenzten und unerwarteten Zinsanhebung um 100 Basispunkte, wobei deren Auswirkung auf andere wirtschaftliche Größen untersucht wird. Die kurzfristigen Geldmarktzinsen reagieren in der Regel sofort, ebenso wie andere Finanzmarktpreise, z. B. die Aktienkurse. Die Wachstums- und Inflationserwartungen sollten sich unmittelbar nach der Zinsentscheidung anpassen und dann ihrerseits Auswirkungen auf die Lohn- und Preissetzung haben. Erwartungen können jedoch schwer gemessen werden und wurden folglich in dieses Projekt nicht einbezogen.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass das BIP zwei Quartale nach der Zinsanhebung signifikant zu sinken beginnt. Nach einem Jahr beträgt der Rückgang zwischen 0,2 und 0,4%, nach zwei Jahren liegt er bei 0,3 bis 0,7%. Auf Grund von Preisrigiditäten reagieren die Preise wesentlich später. In den ersten eineinhalb Jahren nach der Zinsentscheidung verändert sich das Niveau der Konsumentenpreise kaum und beginnt erst dann langsam abzunehmen. Nach drei Jahren sinkt das Preisniveau um 0,2 bis 0,4%.

Als Grund, warum Preise mit einer massiven Verzögerung auf geldpolitische Entscheidungen reagieren, wird angeführt, dass der Transmissionskanal über Güter- und Arbeitsmärkte, das heißt über Ungleichgewichte in der Realwirtschaft läuft, die in der Folge zu verzögerten Preis- und Lohnanpassungen führen. Dieser Argumentation folgend, ist eine Reduktion der Inflationsrate immer mit realwirtschaftlichen Kosten durch eine kurzfristige Verringerung des Outputs verbunden.

Bei den Auswirkungen der Geldpolitik auf die heimische Nachfrage unterscheidet man zwischen unterschiedlichen Transmissionskanälen, einerseits dem Zinskanal und andererseits dem Kreditkanal. Beim Zinskanal wirken geldpolitische Entscheidungen auf die Struktur von Marktzinsen und auf Vermögenswerte. Eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Realzinsen macht Sparen attraktiver – ein Teil der Konsumausgaben wird folglich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, was die gegenwärtige Nachfrage nach Konsumgütern reduziert. Eine Zinsanhebung verteuert zusätzlich die Kosten der Kapitalaufnahme und senkt damit die Nachfrage nach Investitionsgütern (Kapitalkostenkanal – Cost-of-Capital Channel). Weiters wirken unerwartete Zinsentscheidungen in der Regel auf Vermögenswerte, wie z. B. Aktien oder Anleihen und verringern somit das Vermögen der Haushalte, die in der Folge ihre Konsumausgaben einschränken (Vermögenskanal).

Bei der zweiten Gruppe der Transmissionskanäle (Kreditkanäle) wird von unvollständiger und asymmetrischer Information auf den Finanzmärkten ausgegangen. So kann z. B. die Erhöhung der Leitzinsen dazu führen, dass das Volumen an Bankkrediten zurückgeht, weil der Wert der für einen Kredit notwendigen Besicherung sinkt. Dieser Kredit wird dann entweder nicht vergeben oder die externe Finanzierungsprämie steigt und macht geplante Projekte unrentabel (Bilanzkanal). Die externe Finanzierungsprämie kann auch steigen, weil z. B. Banken selbst Schwierigkeiten mit ihren Bilanzen haben und daher restriktiver Kredite vergeben müssen (Bankkreditvergabekanal).

Schließlich haben geldpolitische Entscheidungen auch Auswirkungen auf den Wechselkurs. Eine Anhebung der Zinsen sollte theoretisch zu einer Aufwertung der heimischen Währung führen, was einerseits zu einem Rückgang der ausländischen Nachfrage nach heimischen Produkten führt und andererseits importierte Güter billiger macht. Beide Effekte wirken dämpfend auf die Preise. Die empirischen Resultate zeigen jedoch, dass der Zusammenhang zwischen Geldpolitik und Wechselkurs unsicher ist.

Da der Euroraum eine relativ geschlossene Volkswirtschaft ist, besteht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage großteils aus der Konsum- und Investitionsnachfrage, die Exporte spielen eine eher geringere Rolle. Folglich wurde auch die relative Wichtigkeit dieser beiden Nachfragekanäle für die Geldpolitik untersucht. Im Euroraum spielt der Rückgang der Investitionsnachfrage in der Dämpfung des Outputs eine wesentlich größere Rolle als die Konsumnachfrage. In den USA ist das umgekehrt; der Output-Effekt wird im Wesentlichen durch einen Rückgang der Konsumnachfrage bewirkt. Erklärt wird dies dadurch, dass der Vermögenseffekt, der die Konsumnachfrage dämpft, in den USA wesentlich stärker ausgeprägt ist, als im Euroraum. Sowohl die größere Bedeutung des Aktienmarktes als auch der weiter verbreitete Aktienbesitz in der Bevölkerung unterstützen dieses Argument. Im Euroraum dominieren liquide Anlageinstrumente die privaten Portfolios, was die limitierte Bedeutung der Konsumnachfrage im Transmissionsmechanismus erklärt.

Eine Untersuchung der Wichtigkeit der unterschiedlichen Kanäle deutet darauf hin, dass der Kapitalkostenkanal der dominante unter den Transmissionskanälen ist. Die Ergebnisse des MTN legen nahe, dass diesem Kreditkanal in krisenfreien Situationen keine besonders wichtige Rolle in der geldpolitischen Transmission zukommt.

Weiters wurde im Rahmen dieses Projekts bestätigt, dass die Wirkung der Geldpolitik auf die Realwirtschaft von der Konjunkturlage abhängt. Eine Zinsänderung wirkt in einer konjunkturellen Schwächephase wesentlich ausgeprägter auf den Output als in einer Aufschwungphase. (Für weiterführende Informationen siehe auch OeNB: Transmission der Geldpolitik, Berichte und Studien, Heft 3–4/2001 und EZB: Jüngste Erkenntnisse über die geldpolitische Transmission im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht Oktober 2002.)

da kurzfristige Veränderungen der Geldmenge oft auf temporäre Ursachen zurückzuführen sind und nur in Zusammenhang mit der Entwicklung anderer finanz- und realwirtschaftlicher Indikatoren verstanden werden können. Die seit dem dritten Quartal 2001 über dem Referenzwert von 4½% liegenden Wachstumsraten von M3 müssen daher vor dem Hintergrund großer Portfolioumschichtungen im Euro-Raum gesehen werden. Im Jahr 2002 betrug das M3-Wachstum 7,2%, ausgelöst vor allem durch die hohe Unsicherheit auf den Finanzmärkten und insbesondere durch den Rückgang der Aktienkurse. Viele private Investoren haben sich aus risikoreichen Anlageformen – wie z. B. Aktien – zurückgezogen und ihr Engagement in liquiden Anlageformen verstärkt, die teilweise in M3 enthalten sind.

**Zinssenkung des Eurosystems  
am 5. Dezember 2002  
um 50 Basispunkte ...**

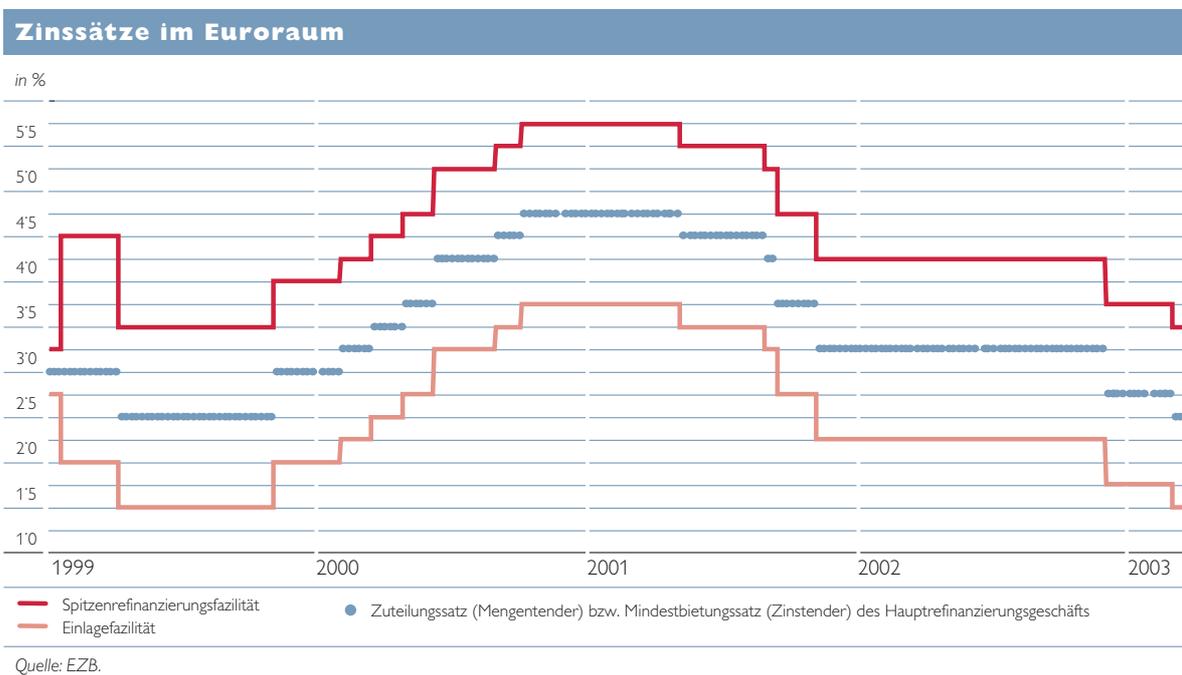
Ebenfalls in der Sitzung vom 5. Dezember beschloss der EZB-Rat, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität jeweils um 50 Basispunkte auf 2,75, 3,75 bzw. 1,75% zu senken. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass sich die Hinweise auf einen nachlassenden Inflationsdruck verstärkt haben. Hinsichtlich der ersten Säule wurde, wie bereits erwähnt, die Abweichung des M3-Wachstums vom Referenzwert durch Sonderfaktoren begründet, die mittelfristig keine Gefahr für die Preisstabilität darstellen. Das moderate Wachstum der Kredite an den privaten Sektor unterstützte diese Interpretation.

Die Indikatoren der zweiten Säule ließen ebenfalls den Schluss zu, dass der Inflationsdruck zurückgegangen ist. Die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Daten über das rezente BIP-Wachstum, die sich eher am unteren Ende der Prognosen befanden, signalisierten, dass der Liquiditätsüberhang kurzfristig nicht zu steigenden Preisen führen würde. Auch insbesondere die Indikatoren des Konsumentenvertrauens deuteten nicht darauf hin, dass sich das gedämpfte BIP-Wachstum in den kommenden Monaten wesentlich beschleunigen könnte.

**... und am 6. März 2003  
um 25 Basispunkte**

In der Sitzung vom 6. März 2003 nahm der EZB-Rat die Zinsen neuerlich um 25 Basispunkte zurück. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde auf 2,50% gesenkt, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 3,50% bzw. jener für die Einlagefazilität auf 1,50% zurückgenommen. Der EZB-Rat begründete seine Entscheidung damit, dass sich die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität in den letzten Monaten infolge des gedämpften Wirtschaftswachstums und der Aufwertung des Wechselkurses des Euro verbessert haben.

Innerhalb der zwei Säulen stellte sich das ökonomische Bild im Vergleich zur Zinsenentscheidung im Dezember 2002 kaum verändert dar. Die verfügbaren rezenten Prognosen zeigten aber, dass es im ersten Halbjahr 2003 zu keiner deutlichen Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion kommen dürfte. Es wurde daher davon ausgegangen, dass sich die Wachstumsaussichten für das Jahr 2003 gegenüber den Prognosen vom Herbst 2002 verschlechtert haben. Vor allem die geopolitischen



Spannungen und der damit einhergehende Erdölpreisanstieg dämpften die Hoffnungen auf einen baldigen und nachhaltigen Aufschwung. Kurzfristige Prognosen für die HVPI-Preissteigerungen waren auf Grund der zu diesem Zeitpunkt bestehenden erheblichen Volatilitäten auf den Erdölmärkten schwierig. Nach deren Beruhigung sollten wieder dämpfende Faktoren die Preisentwicklung bestimmen. Dazu gehört die deutliche Aufwertung des nominell-effektiven Euro-Wechselkurses im Laufe des Jahres 2002, die sich über Import- und Produzentenpreise dämpfend auf die Preise der Verbraucherebene auswirken sollte. Weiters dämpfte das moderate Wirtschaftswachstum den Preisdruck.

## Transparenz der geldpolitischen Entscheidungen

### Höhere Wirksamkeit der Geldpolitik

Ein adäquates Ausmaß an Transparenz ist der EZB und den NZBen des Euroraums ein wichtiges Anliegen. Transparenz im Kontext der Geld-

politik bedeutet, dass eine Zentralbank die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über ihr Mandat, ihre Strategie, ihre Einschätzungen und ihre Entscheidungen informiert. Durch Kontinuität im Umgang mit der Öffentlichkeit gewinnt eine Zentralbank Glaubwürdigkeit und steigert die Effektivität ihrer Entscheidungen. Die allgemein gestiegene Bedeutung der Transparenz für Zentralbanken spiegelt sich auch in der Veröffentlichung eines „Verfahrenskodex zur Transparenz der Geld- und Finanzpolitik“ durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) wider.

### Transparenz und Unabhängigkeit

In der geldpolitischen Diskussion hat sich heute die Ansicht durchgesetzt, dass eine dem Ziel der Preisstabilität verpflichtete Zentralbank in Unabhängigkeit von allen anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik agieren können muss. Diese Unabhängigkeit schließt die völlige Weisungsfreiheit von politischen Institutionen ein. Gerade die Unterordnung der längerfristig orientierten Geldpolitik unter

andere, vielfach nach Legislaturperioden bemessene Zielsetzungen stellte früher immer wieder die Sicherung der Preisstabilität in Frage. Die sich aus einer richtig verstandenen Unabhängigkeit ergebende Rechenschaftspflicht (Accountability) wird von der EZB und den NZBen aktiv wahrgenommen. Das bedeutet, dass das Eurosystem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, deren Mandat es ausübt, seine Handlungen klar begründet. Diese Transparenz ermöglicht der Öffentlichkeit, alle Entscheidungen des Eurosystems nachzuvollziehen und erhöht damit deren Akzeptanz.

#### Berechenbarkeit der Geldpolitik verringert Unsicherheit

Neben den aus der Unabhängigkeit von Zentralbanken abgeleiteten Gründen spricht auch die Erhöhung der Effektivität der Geldpolitik für mehr Transparenz. Zum einen ist eine klare Definition der geldpolitischen Zielsetzung eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit einer Zentralbank, da nur auf diese Weise von anderen Marktteilnehmern die Konsistenz der getroffenen Entscheidungen mit den Zielen überprüft werden kann. Durch die Veröffentlichung der geldpolitischen Strategie und ihre glaubwürdige Einhaltung können die Marktteilnehmer ihre Erwartungen an den Zielen des Eurosystems ausrichten. Die Berechenbarkeit der Entscheidungen des EZB-Rats führt zu einer Verringerung der Unsicherheit auf den Märkten, da vorausschauende Geldpolitik dadurch vorhersehbar wird. Durch Transparenz werden Zinsschritte besser antizipiert und damit nimmt die Volatilität auf den Finanzmärkten ab. Pérez-Quirós und Sicilia (2002)<sup>1)</sup> kommen in einer Untersuchung der kurzfristigen Vorhersehbarkeit geld-

politischer Entscheidungen zu dem Ergebnis, dass elf von zwölf Leitzinssenkungen der EZB von den Märkten korrekt antizipiert wurden. Auch der letzte Zinsschritt am 5. Dezember 2002 war von den Marktteilnehmern richtig erwartet worden. Damit ist die Berechenbarkeit der Geldpolitik des Eurosystems mit jener des Federal Reserve Systems in den USA vergleichbar.

#### Verschiedene Kanäle zur Erhöhung der Transparenz

Neben der expliziten Definition der Preisstabilität und den umfassenden Informationen zur geldpolitischen Strategie, die in der bereits besprochenen Weise die Transparenz erhöhen, bedient sich die EZB in ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit verschiedener Kanäle, wie z. B. der Pressekonferenzen des Präsidenten und des Vizepräsidenten der EZB. Ähnliche Öffentlichkeitswirkung haben die Vorträge und Interviews von EZB-Ratsmitgliedern, wobei hier den NZBen eine wichtige Rolle zukommt. Der Euroraum besteht aus zwölf Nationen mit teilweise unterschiedlichen geldpolitischen Traditionen. Die langjährige Erfahrung der NZBen mit ihrem jeweiligen wirtschaftspolitischen Umfeld ermöglicht eine adäquate Übersetzung der geldpolitischen Entscheidungen in den nationalen Kontext. Die NZBen verfügen über ein dichtes, historisch gewachsenes Netz an Kommunikationskanälen in ihren Ländern und sind daher besonders geeignet, die Entscheidungen des Eurosystems der jeweiligen Öffentlichkeit zu präsentieren.

Durch den EG-Vertrag (EG-V) ist die EZB auch zu einer direkten Berichterstattung gegenüber dem Europäischen Parlament angehalten. Um dieser Verpflichtung nachzukommen

<sup>1)</sup> Pérez-Quirós, G. und J. Sicilia: *Is the European Central Bank (and the United States Federal Reserve) predictable?* ECB Working Paper Nr. 192.

steht der Präsident der EZB dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments vierteljährlich Rede und Antwort. Ebenfalls im EG-V verankert ist das Recht des Präsidenten des Rats, ohne Stimme an EZB-Ratssitzungen teilzunehmen.

Die OeNB verfügt mit „Berichte und Studien“, dem „Focus on Austria“, dem „Focus on Transition“ und den „Working Papers“ (siehe dazu Kapitel „Publikationen“) über Foren, in denen OeNB-Experten und namhafte externe Wissenschaftler die Öffentlichkeit über die Geldpolitik des Eurosystems sowie die aktuelle Wirtschaftsentwicklung informieren und ihre Forschungsergebnisse publizieren.

### **Rolle der NZBen und der OeNB im Rahmen des Eurosystems**

#### **Zentrale Entscheidungen und dezentrale Umsetzung**

Die Architektur des Eurosystems ist so strukturiert, dass die Entscheidungen zentral getroffen werden. Nur so kann die Einheitlichkeit der Geld- und Währungspolitik im Euroraum sichergestellt werden. Die operative Durchführung erfolgt dezentral durch die NZBen unter der Koordination des EZB-Direktoriums. Aus dieser Struktur lassen sich auch klar die Aufgaben und Funktionen der NZBen ableiten.

Erstens wirken die Gouverneure der einzelnen NZBen an allen Entscheidungen des Eurosystems im Rahmen des EZB-Rats mit. Um dafür eine breite und differenzierte Meinungsbildung zu gewährleisten, ist eine unabhängige analytische Vorbereitung jedes einzelnen NZB-Gouverneurs durch seine Mitarbeiter wesentlich.

Die zweite wichtige Rolle der NZBen betrifft die Kommunikation

der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems an die Bevölkerung sowie die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Drittens bilden die NZBen die operativen Arme des Eurosystems bei der Durchführung der Geld-, Devisen- und Zahlungsverkehrspolitik sowie bei der Erhebung der monetären Statistiken und der Zahlungsbilanzstatistiken. In diesem Zusammenhang liefert die OeNB analog zu den anderen NZBen die erforderlichen Daten zur Liquiditätsvorschau, wodurch der EZB eine Einschätzung der Liquiditätslage des Eurosystems ermöglicht wird. Auf dieser Basis entscheidet die EZB, in welchem Ausmaß Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt werden soll, und setzt dies im Wege der NZBen dezentral im Rahmen der regelmäßigen Tenderoperationen um. Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden die Informationen zu den jeweiligen Tenderoperationen zeitgleich an alle bietberechtigten Geschäftsbanken übermittelt, was durch innovative IT-Systeme sichergestellt wird. Als operative Arme des Eurosystems nehmen die NZBen auch die Mindestreserven der Geschäftsbanken in ihren Ländern entgegen, erheben statistische Daten und wirken darüber hinaus an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit mit.

Viertens sind die NZBen aller EU-Mitgliedstaaten Aktionäre der EZB. Die Kapitalanteile errechnen sich je zur Hälfte aus dem Anteil der Bevölkerung und des BIP der EU-Mitgliedstaaten. Auf die OeNB entfällt dabei ein Kapitalanteil von 2'3594%, das entspricht einem Betrag von rund 118 Mio EUR. Mit der Einzahlung des Kapitals ist auch ein entsprechender Anspruch der NZBen auf die Gewinne der EZB ver-

bunden. Neben der Gewinnverteilung zeichnet der Kapitalschlüssel auch maßgeblich für die Verteilung des vom Eurosystem erwirtschafteten Gewinns verantwortlich.

Neben den bisher angeführten Funktionen als integrale Elemente des Eurosystems erfüllen die NZBen weitere Aufgaben im nationalen Rahmen. Diesbezüglich ist etwa die Rolle der OeNB in der Finanzmarktaufsicht zu nennen, die im Kapitel „Rolle der OeNB bei der Sicherung der Finanzmarktstabilität“ detailliert ausgeführt wird.

## Weichenstellung zur EU-Erweiterung ist erfolgt

**Entscheidungseffizienz des EZB-Rats  
auch nach Erweiterung sichergestellt**

Wie auch andere EU-Entscheidungsgremien muss der EZB-Rat auf die Erweiterungsschritte der Europäischen Union (EU) und weiters auf einen Beitritt neuer Mitglieder zum Euro-Währungsgebiet vorbereitet werden. Der EZB-Rat gab am 3. Februar 2003, in Übereinstimmung mit der im Vertrag von Nizza enthaltenen „Ermächtigungsklausel“, eine Empfehlung ab, in der er ein Rotationsmodell für die Anpassung der Abstimmungsmodalitäten im EZB-Rat vorlegt. Das Rotationsystem setzt ein, wenn die Anzahl der Zentralbankgouverneure 15 übersteigt. Die Stimmrechte sind mit 21 limitiert – das heißt 6 permanente Stimmrechte für die Mitglieder des EZB-Direktoriums und 15 rotierende Stimmrechte für die Gouverneure der NZBen. Die vorübergehend nicht stimmberechtigten Gouverneure nehmen an allen Sitzungen des EZB-Rats teil und können sich aktiv an den Diskussionen beteiligen.

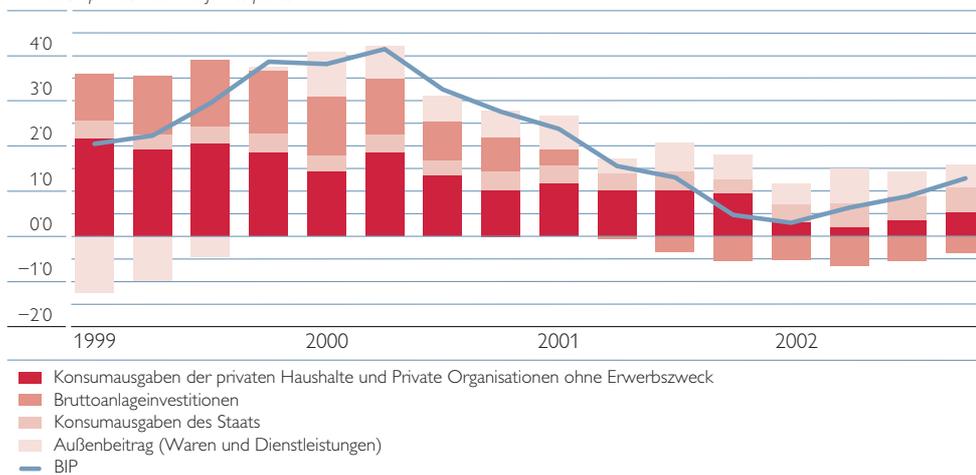
## Rotationssystem sichert Repräsentation des gesamten Euroraums

Das neue Abstimmungssystem ist so gestaltet, dass es sämtlichen Erweiterungsschritten des Euro-Währungsgebiets bis hin zu 27 Mitgliedstaaten gerecht wird. Das Prinzip der „Repräsentativität“ stellt dabei sicher, dass auch nach der Erweiterung jede geldpolitische Entscheidung des EZB-Rats durch mehr als 60% der Wirtschaftskraft des Euroraums „gestützt“ wird. Die Reihung der Gouverneure ergibt sich aus dem volkswirtschaftlichen Anteil des jeweiligen Mitgliedstaats am Euroraum, gemessen an einem „Repräsentativitäts“-Gesamtindikator. Der Indikator setzt sich zu fünf Sechstel aus dem BIP des Mitgliedstaats und zu einem Sechstel aus den gesamten Aktiva der aggregierten Bilanz der monetären Finanzinstitute auf dem Gebiet des Mitgliedstaats zusammen. Diese zweite Komponente soll die besondere Bedeutung des Finanzsektors für die Entscheidungen des Eurosystems zum Ausdruck bringen.

Das Rotationsystem wird sicherstellen, dass der EZB-Rat weiterhin in der Lage ist, Entscheidungen effizient und rechtzeitig zu treffen und zugleich die bewährten Elemente der Verfassungsgrundsätze des Eurosystems – wie etwa den Grundsatz „persönliche Teilnahme“ und den Grundsatz „ein Mitglied, eine Stimme“, die jeweils für die EZB-Ratssitzungen gelten – beizubehalten. Die Empfehlung des EZB-Rats wurde am 21. März 2003 vom Europäischen Rat angenommen. Dieser Beschluss bedarf der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten.

### Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum

in Prozentpunkten zum Vorjahresquartal



Quelle: EUROSTAT.

### Konjunktur des Euro- raums bei ungünstigem internationalen Umfeld Internationale Konjunktur blieb 2002 hinter Erwartungen zurück

#### Gedämpftes Wachstum der Weltwirtschaft

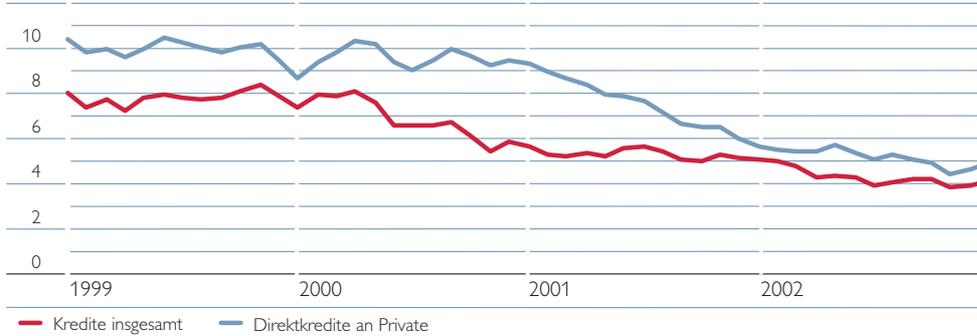
Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft war im Jahr 2002 von schwachem Wachstum gekennzeichnet. Zu Jahresbeginn war im Euroraum und in den USA noch von einem Wachstumsschub in der zweiten Jahreshälfte ausgegangen worden, doch bereits im ersten Quartal wurden die Prognosen für das BIP-Wachstum deutlich nach unten revidiert. Im Euroraum wurde das Wachstum auf Grund der Schwäche der Binnennachfrage hauptsächlich vom Export getragen. In der ersten Jahreshälfte wurde der äußerst schwache private Konsum noch teilweise durch höhere Konsumausgaben der öffentlichen Haushalte kompensiert. Insgesamt konnte im Euroraum im Jahr 2002 ein Wachstum von 0,8% verzeichnet werden. Neben den bestehenden Unsicherheiten und dem schwachen internationalen Um-

feld sind auch die strukturellen Rigiditäten für die gedämpfte Wachstumsdynamik des Euroraums verantwortlich. Die Schwäche des privaten Konsums lässt sich teilweise aus der gestiegenen Arbeitslosigkeit erklären, die einen dämpfenden Effekt auf die verfügbaren Einkommen hatte. Die Arbeitslosigkeit im Euroraum ist während des Jahres 2002 von 8,1% im Jänner auf 8,5% im Dezember gestiegen.

In den USA begann das Jahr 2002 mit einem unerwartet hohen BIP-Wachstum im ersten Quartal, allerdings wurde das im Zuge der Baisse auf den Aktienmärkten und der Terroranschläge vom 11. September 2001 ohnehin fragile Anlegervertrauen durch Enthüllungen über Bilanzmanipulationen weiter erschüttert. Die geopolitische Lage, besonders der Irak-Konflikt, hat ebenfalls zur Erhöhung der Unsicherheit beigetragen. Einem kaum gewachsenen privaten Konsum, etwas steigenden Staatsausgaben und einem leicht positiven Außenhandelsbeitrag standen weiterhin stagnierende Investitionen gegenüber. Die US-Wirtschaft ist im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um real 2,4% gewachsen.

### Kreditwachstum im Euroraum

Veränderung zur Vorjahresperiode in %



Quelle: EZB.

Anmerkung: Die Direktkredite an Private machten im Dezember 2002 69,2% der Kreditbestände insgesamt aus.

Die japanische Volkswirtschaft wuchs zwar im Jahr 2002 um 0,3%, allerdings mangelt es noch an einer durchgreifenden Konsumbelebung infolge der hohen Sparquote und

stark gestiegener Arbeitslosigkeit. Deflation, hohes Budgetdefizit und Staatsverschuldung sowie die unge löste Bankenkrise sind unverändert dämpfende Faktoren.

### Reale Effekte von Aktienkursverlusten

Im Euroraum haben die Aktienkurse, gemessen an der Veränderung des Dow Jones EURO STOXX Index im Jahr 2002 über ein Drittel ihres Werts verloren. In den USA betrug der Rückgang im selben Zeitraum etwa 17%. Negative Änderungen der Aktienkurse wirken über verschiedene Kanäle auf die Realwirtschaft. Zum einen wird durch den Vermögenseffekt der private Konsum eingeschränkt. Das Ausmaß dieses Effekts wird von dem Anteil der privat gehaltenen Aktienbestände am verfügbaren Einkommen und der Grenzneigung zum Konsum aus Aktienvermögensänderungen beeinflusst. Zum anderen betrug der Wert der von privaten Haushalten gehaltenen Aktien und Aktienfondsanteilen im Euroraum im Jahr 2000 66% des verfügbaren Einkommens, in den USA lag das Verhältnis bei 122%. Beide Regionen hatten in den Jahren 1997 bis 2000 eine deutliche Erhöhung dieses Anteils erfahren.

Über die Grenzneigung zum Konsum aus Aktienvermögensänderungen liegen für den Euroraum keine Schätzungen vor. In einer Untersuchung des IWF (2002)<sup>1</sup> wurden solche Schätzungen für verschiedene Länder durchgeführt. Die einzelnen Länder werden dabei nach ihrer Finanzmarktstruktur in marktorientierte und bankorientierte zusammengefasst. Die Grenzneigung zum Konsum aus Aktienvermögensänderungen in Ländern mit bankorientiertem Finanzsystem lag demnach in den Jahren 1984 bis 2000 bei 0,009, das heißt, dass die privaten Haushalte in diesen Ländern bei einer permanenten Verringerung ihres Aktienvermögens um 1 EUR ihre Konsumausgaben um 0,9 Cent senken. In den USA liegt dieser Wert mit 0,043 deutlich höher, dementsprechend wird ein Rückgang des Aktienkurses von 1 USD zu geringeren Konsumausgaben von 4,3 Cent führen.

Bei diesen Ergebnissen handelt es sich um makroökonomische Beziehungen, es wird also nicht die Konsumententscheidung einzelner Haushalte abgebildet. Ein Grund für die wesentlich niedrigere Konsumneigung im Euroraum könnte auch in der geringeren Verbreitung von Aktienbesitz im Vergleich zu den USA liegen. Während etwa in Deutschland oder Frankreich im Jahr 2000 10 bzw. 13% der Haushalte über eigene Aktienbestände verfügten, lag dieser Wert in den USA 1998 bereits bei 19%. Nach Poterba (2000)<sup>2</sup> dämpfen sinkende Aktienkurse auch die Konsumnachfrage bei denen, die kein Aktienvermögen besitzen, weil das Vertrauen in die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung abnimmt (Vertrauenskanal der Vermögenseffekte).

Ein weiterer theoretischer Effekt der Aktienkursveränderungen wirkt über die Kosten für Eigenkapital zur Finanzierung von Investitionen. Durch sinkende Aktienkurse verringert sich das Verhältnis des Marktwerts eines Unternehmens zu den Wiederbeschaffungskosten des Kapitals, das in ihm gebunden ist, und dadurch sinkt der Anreiz für weitere Investitionen. Für den Euroraum lässt sich aber empirisch zwischen den Bruttoanlageinvestitionen und den Aktienkursen kaum ein Zusammenhang nachweisen. Dies ist wahrscheinlich ebenfalls auf die stärker bankorientierte Finanzierungsstruktur zurückzuführen, bei der die Fremdfinanzierung über Bankkredite dominiert.

1 World Economic Outlook, April, S. 82–83.

2 Poterba, J.: Stock Market Wealth and Consumption. Journal of Economic Perspectives, Vol. 14, S. 99–119.

### Inflationsrate im Euroraum 2002 bei 2'2%

Nach einem temporären Anstieg der Inflationsrate des HVPI im Euroraum zu Jahresanfang 2002 war die Teuerungsrate von Februar bis Juni 2002 rückläufig. Im Juni lag der Anstieg des HVPI bei 1'8% und damit erstmals seit über zwei Jahren unter der Marke von 2%. Von Juli bis Oktober 2002 stieg die Inflationsrate im Euroraum, während im Oktober die Veränderung des HVPI bei 2'3% lag. Der Hauptgrund für den Aufwärtstrend war die Preisentwicklung in der Kategorie „Energie“: Hatten die Energiepreise zwischen September 2001 und Juli 2002 zum Teil deutlich inflationsdämpfend gewirkt, so verschwand dieser Effekt im August und September nahezu und war im Oktober erstmals wieder positiv. Im November ging die Inflationsrate dann leicht auf 2'2% zurück und betrug im Dezember 2'3%. Für das Gesamtjahr 2002 ergab sich ein Anstieg des HVPI um 2'2% bzw. um 0'3 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

### Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar gestiegen

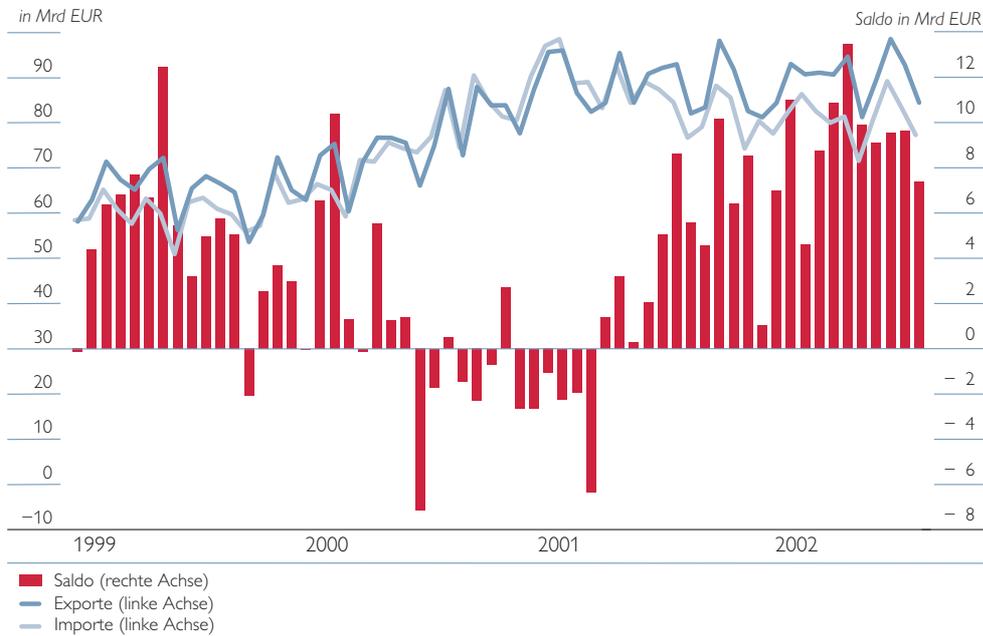
Der Wechselkurs des Euro ist von Dezember 2001 bis Dezember 2002

deutlich gestiegen, im Jahresdurchschnitt 2002 hatte der nominell effektive Wechselkurs um 8'8% zugenommen. Der Euro wurde im Zuge der zunehmenden Spannungen mit dem Irak von internationalen Investoren verstärkt als „sicherer Hafen“ angesehen, aber auch Sorgen über das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit dürften eine Rolle spielen. Ebenso dürfte der Zinsvorsprung des Euro gegenüber dem US-Dollar zum Anstieg des Wechselkurses beigetragen haben. Die mit den Kurszuwächsen gegenüber einer Reihe von Währungen verbundene nominell-effektive Aufwertung des Euro sollte sich mittelfristig über etwas niedrigere Importpreise im Euroraum inflationsdämpfend auswirken.

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen für das Kalenderjahr 2002 drehte die Leistungsbilanz des Euroraums im Vergleich zum Jahr 2001 von einem Defizit in Höhe von 14 Mrd EUR in einen Überschuss von 62 Mrd EUR. Zu diesem positiven Ergebnis trugen alle Teilbilanzen bei. In der Güterbilanz erhöhte sich der positive Saldo um 76 auf 133 Mrd EUR. Dabei nahmen die Warenexporte des Euroraums um



### Außenhandel der EU-12 mit dem Extra-Euroraum



rund 2,5% zu, während sich die Warenimporte um rund 3,5% verringerten (jeweils nominell). Das Aktivum der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich von 1 Mrd EUR (2001) auf 13,5 Mrd EUR (2002). Die Einkommensbilanz schloss mit 39,5 Mrd EUR annähernd unverändert, das Defizit der laufenden Transfers verringerte sich von 51 auf 45 Mrd EUR.

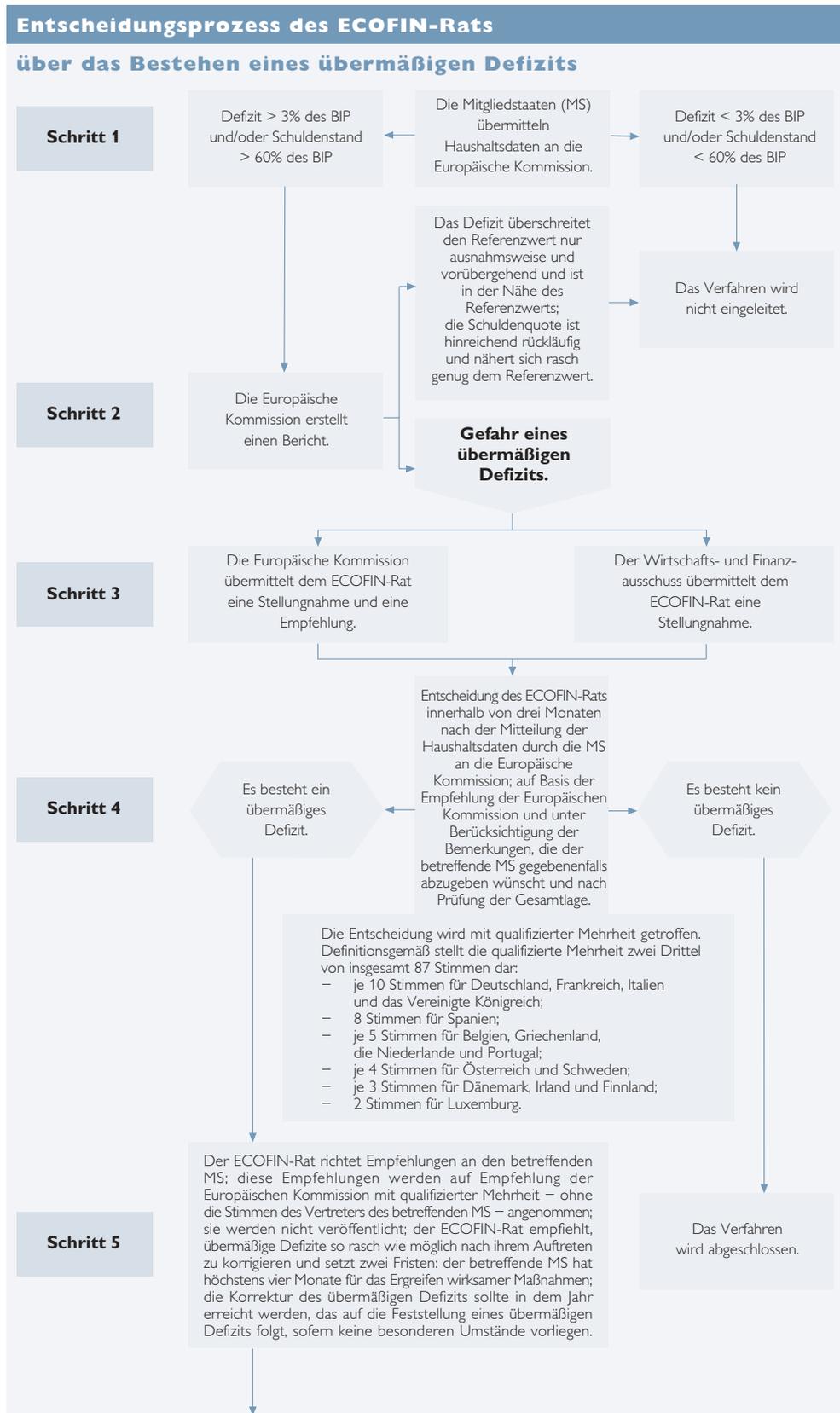
Die Kapitalbilanz des Euroraums wies im Jahr 2002 mit 171,3 Mrd EUR einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Nettokapitalexport auf. Dabei gingen die Nettokapitalabflüsse in Form von Direktinvestitionen auf 21 Mrd EUR zurück gegenüber 101,5 Mrd EUR im Jahr 2001. Bei den Schuldverschreibungen kam es zu einer Drehung von einem Kapitalexport im Jahr 2001 in einen Kapitalimport im Jahr 2002 von 11,3 Mrd EUR.

#### Einhaltung der Budgetziele im Euroraum durch schwache Konjunktur erschwert

Die schwache Konjunktur des Jahres 2002 erschwerte den Prozess der Budgetkonsolidierung im Euroraum. Die aggregierten Budgetdefizite aller Staaten im Euroraum betragen im Jahr 2002 2,2% des BIP, nach 1,5% im Jahr 2001. Diese Verschlechterung ist hauptsächlich, aber nicht ausschließlich auf die Effekte des gedämpften Wachstums zurückzuführen. Das zyklisch bereinigte Budgetdefizit stieg von 2001 auf 2002 von 2 auf 2,2% an.

Vor allem in Deutschland und Portugal gibt die budgetäre Lage Anlass zur Sorge: Im Falle Portugals ergab eine Revision im Juli 2002, dass die Defizitquote im Jahr 2001 4,1% des BIP (statt der ursprünglich anvisierten 2,2%) erreicht hatte; auch im Jahr 2002 betrug das Defizit noch 3,4%. In Deutschland wird nach den letzten Schätzungen das Defizit für das Jahr 2002 bei 3,8% zu liegen kommen. Dies hatte die Einleitung

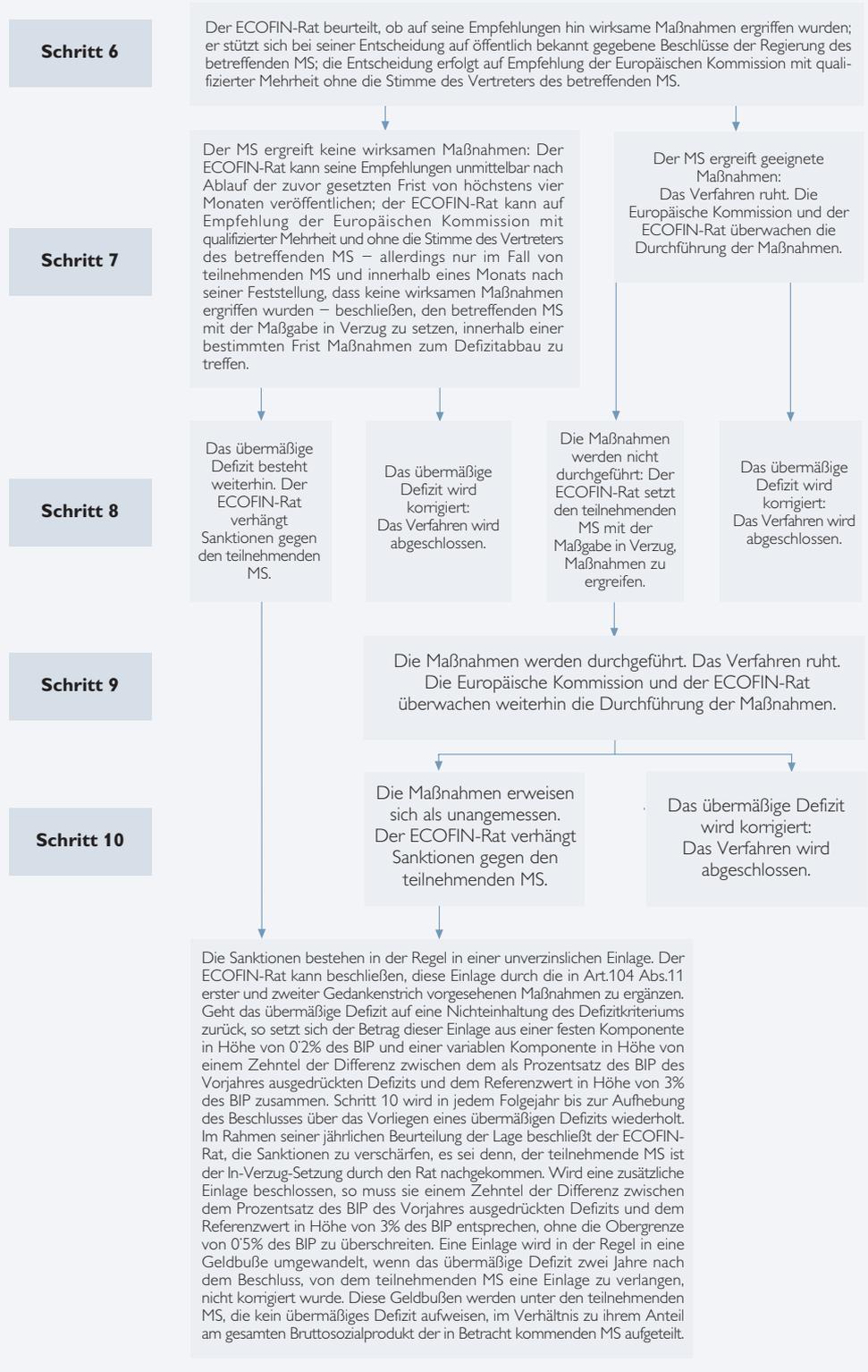
von Verfahren wegen übermäßiger Defizite gegen Portugal und Deutschland durch die Europäische Kommission zur Folge.



Fortsetzung

**Folge der Entscheidung des ECOFIN-Rats,**

**dass ein übermäßiges Defizit besteht**



Quelle: EZB-Monatsbericht, Mai 1999, S. 56 bis 57.

## Österreich: nachlassende Wachstums- dynamik, leichter Leistungsbilanz- überschuss

### Expertise für die Wirtschaftspolitik

In ihrer Funktion als ökonomisches Kompetenzzentrum und als Informationsdrehscheibe zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaftspolitik wirft die OeNB aus Sicht der Geldpolitik relevante Themen auf und weist auf wirtschaftspolitische Reformerfordernisse hin. Eine wesentliche Aufgabe innerhalb der volkswirtschaftlichen Analyseaktivitäten besteht auch darin, Wirtschaftsprognosen über Österreich als Beitrag für die Projektionen des Eurosystems für den Euroraum zu erstellen sowie Einschätzungen über die Konjunkturlage und die künftige Preisentwicklung vorzunehmen.

### Keine Beschleunigung der Wachstums- dynamik im Laufe des Jahres 2002

Nachdem sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 deutlich abgeschwächt hatte, war zu Beginn des Jahres 2002 eine leichte Belebung der wirtschaftlichen Aktivität festzustellen. Dem gesamteuropäischen

Bild folgend, konnte der im ersten Halbjahr 2002 einsetzende Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte jedoch nicht an Dynamik gewinnen und die Konjunktur stockte im weiteren Jahresverlauf. Die nachlassende Dynamik innerhalb des Jahres 2002 spiegelt sich im Quartalsverlauf der Wachstumsraten wider. Während in den ersten beiden Quartalen noch ein Wachstum (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) von 0,8 bzw. 0,5% festzustellen war, verflachte dieses im dritten und vierten Quartal auf 0,1 bzw. -0,1%. Das reale BIP-Wachstum lag im Jahr 2002 mit 1% deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Eine Beschleunigung des Wachstums, getragen durch die externe Nachfrage, wird nunmehr erst für die zweite Jahreshälfte 2003 erwartet.

### Markanter Einbruch

#### der Ausrüstungsinvestitionen,

#### Nettoexporte tragen das Wachstum

Für das Ausbleiben des vielfach bereits für das Jahr 2002 erwarteten kräftigen Aufschwungs waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Die schwache internationale Konjunkturlage – insbesondere bei Österreichs wichtigstem Handelspartner Deutsch-

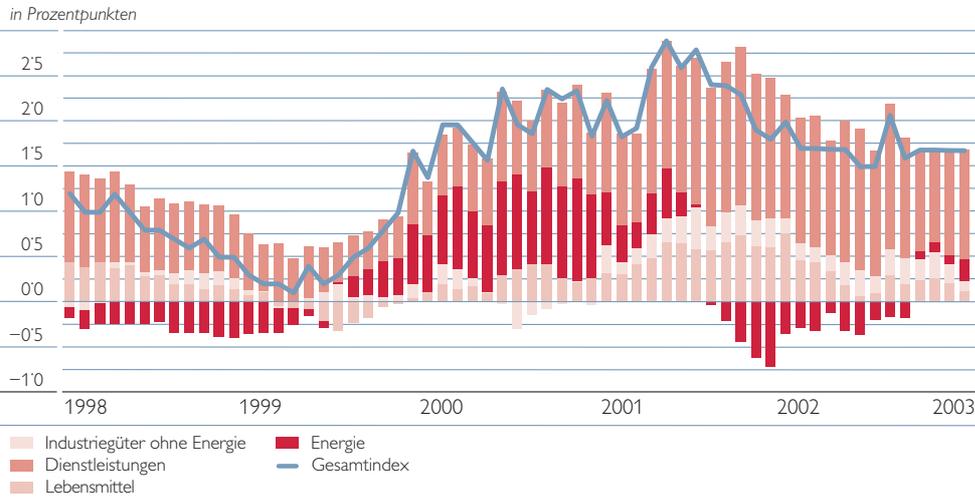
## Reales Bruttoinlandsprodukt

### und Verwendung für Österreich

1995 = 100	nicht saisonbereinigt			saisonbereinigt					
	2000	2001	2002	2001 4. Qu.	2002 1. Qu.	2002 2. Qu.	2002 3. Qu.	2002 4. Qu.	
	Veränderung zum Vorjahr in %			Veränderung zum Vorquartal in %					
BIP	+3,5	+0,7	+1,0	-0,0	+0,8	+0,5	+0,1	-0,1	
	<i>in Prozentpunkten</i>								
Beiträge zum BIP-Wachstum									
Privater Konsum	+1,86	+0,82	+0,52	+0,41	+0,14	-0,29	+0,46	+0,48	
Öffentlicher Konsum	+0,01	-0,10	+0,24	+0,09	+0,16	-0,03	+0,07	-0,02	
Bruttoinvestitionen	+0,70	-0,96	-1,08	+0,10	-0,09	-0,56	-0,31	-0,07	
Nettoexporte	+0,83	+0,79	+1,40	-0,17	+1,32	-0,25	+0,58	-1,44	
Statistische Differenz	+0,13	+0,12	-0,04	-0,45	-0,70	+1,65	-0,73	+0,92	

Quelle: OeNB, Statistik Austria (Jahreswerte), EUROSTAT (Quartalswerte).

### HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation in Österreich



land – und die extrem hohe Unsicherheit bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung veranlassten die Unternehmen, ihre Investitionspläne spürbar zu drosseln. Während sich die Bauinvestitionen nach der Krise der vergangenen Jahre auf niedrigem Niveau zu stabilisieren begannen, fiel der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen mit knapp unter 9% sehr kräftig aus. Das Wachstum des privaten Konsums – in den letzten Jahren eine zentrale Konjunkturstütze – schwächte sich im Jahr 2002 deutlich ab. Die geringe Zunahme der Realeinkommen und die stagnierende Beschäftigung zeichneten dafür verantwortlich. Auch vom öffentlichen Konsum ging – bedingt durch die Sparmaßnahmen zur Budgetkonsolidierung – kein wesentlicher Wachstumsimpuls aus. Wie schon im Jahr 2001 wurde das BIP-Wachstum von den Nettoexporten getragen. Der markanten Abschwächung der Exporte stand ein noch schwächeres Importwachstum gegenüber.

#### Anstieg der Arbeitslosigkeit, Stagnation der Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt hat mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Konjunkturabschwächung reagiert. Die Arbeitslosenquote laut EUROSTAT stieg im Jahresdurchschnitt 2002 um 0,5 Prozentpunkte auf 4,1%, laut nationaler Definition um 0,8 Prozentpunkte auf 6,9%. Der Anstieg der Arbeitslosenquote hielt bis Dezember an. Die geringere Wachstumsdynamik in der zweiten Jahreshälfte 2002 könnte jedoch den Arbeitsmarkt im Jahr 2003 erneut belasten. Auch der Rückgang der Zahl der unselbstständig Beschäftigten (bereinigt um Präsenzdienler und Karenzgeldbezieher) beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr. Zu Jahresende lag die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um etwas mehr als 20.000 unter dem Vorjahresniveau. Die negative Dynamik bei der Zahl der gemeldeten offenen Stellen – ein guter Vorlaufindikator für den Arbeitsmarkt – konnte im Jahresverlauf deutlich gebremst werden.

**Inflation wieder deutlich unter 2%**

Der Preisauftrieb hat sich im Jahr 2002 deutlich verlangsamt. Der Anstieg des HVPI betrug 1,7% (2001: +2,3%). Die höchste Preissteigerung wurde im August mit 2,1% verzeichnet, danach nahm die Preissteigerung wieder ab und lag im Dezember bei 1,7%. Den größten Beitrag zur Inflation steuerten die Dienstleistungen – mit einem Gewicht von 45% eine bedeutende Subkomponente – bei. Der Preisauftrieb bei Dienstleistungen erwies sich im Jahresverlauf als unerwartet persistent und schwächte sich erst gegen Jahresende ab. Die vom Rohölpreis dominierte Entwicklung der Energiepreise war gegenläufig. Zu Beginn des Jahres waren die Inflationsbeiträge dieser Subkomponente negativ, ehe sie in

der zweiten Jahreshälfte im Zuge des Anstiegs der Rohölpreise wieder in den positiven Bereich drehten. Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise war vom Ausklingen der Effekte der BSE-Krise (Bovine spongiform Encephalopathie) und der Maul- und Klauenseuche geprägt. Zu Jahresbeginn 2002 sorgte ein witterungsbedingter Angebotschock für einen temporären Anstieg insbesondere bei Gemüsepreisen. Im Euroraum lagen im Jahr 2002 nur die HVPI-Inflationsraten in Deutschland und Belgien niedriger als in Österreich. Signifikante Preiseffekte der Euro-Bargeldeinführung waren in Österreich im Jahr 2002 nicht zu beobachten (siehe Kasten „Inflationsentwicklung in Österreich seit Beginn der Währungsunion 1999“).

**Inflationsentwicklung in Österreich**

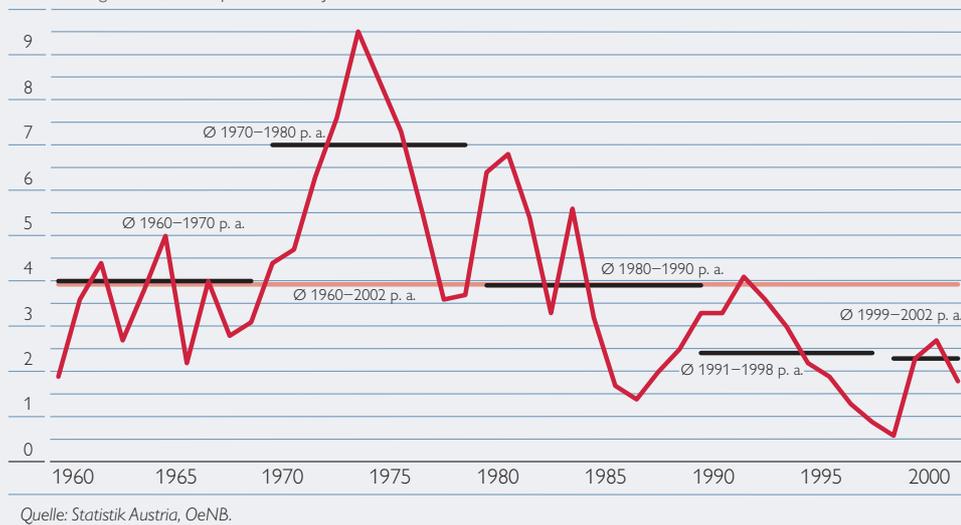
**seit Beginn der Währungsunion 1999**

**Euro unterstützt Preisstabilität in Österreich**

Im ersten Jahr der WWU (1999) erreichte die Inflationsrate in Österreich mit 0,5% den niedrigsten Stand der letzten 40 Jahre. Vor allem in den wirtschaftlich und weltpolitisch schwierigen Jahren 2001 und 2002 hat sich die auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik bewährt und dem Euro zu einem hohen Grad an Stabilität verholfen. Wurde in den Neunzigerjahren in Österreich durch-

**Inflationsrate in Österreich von 1960 bis 2002**

Veränderung der Verbraucherpreise zum Vorjahr in %



schnittlich noch eine Preissteigerung von rund 2,4% verzeichnet, so gab sie seit dem Bestehen der Währungsunion in Österreich auf knapp über 2% nach. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2000 einen Angebotsschock auf Grund der stark steigenden Rohölpreise verkraften musste. Gleichzeitig erforderten die verstärkten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte teils erhebliche Gebühren-, Tarif- und indirekte Steuererhöhungen, die ebenfalls nicht ohne Wirkung auf die Inflationsrate blieben. Im Jahr 2001, in dem eine temporäre Inflationsspitze feststellbar war, hielten diese inflationserhöhenden Faktoren weiter an, dazu kam – ausgelöst durch die europaweite BSE-Krise sowie die Maul- und Klauenseuche – ein Preisschub bei Fleisch und anderen Lebensmitteln.

Ohne diese Faktoren wäre die Inflationsrate in Österreich in den Jahren 2000 und 2001 nur bei etwa rund 1% gelegen. Im Jahr 2002 ließ der Preisauftrieb – auch wenn Preiseffekte durch die Euro-Bargeldumstellung vereinzelt auftraten – auf 1,7% nach und blieb damit unter dem Durchschnitt des Euroraums.

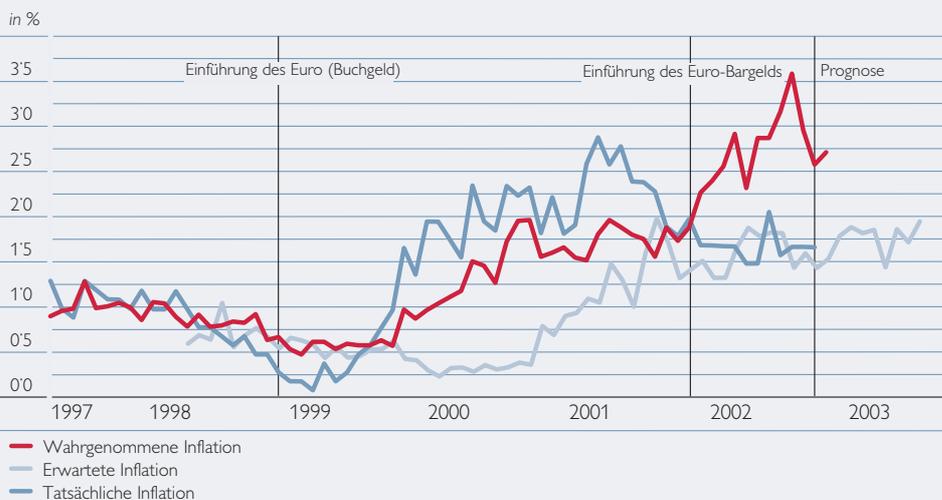
### Erhöhte Wettbewerbsintensität wirkt preisdämpfend

Neben den erwähnten, temporär preistreibenden Komponenten kamen seit dem EU- und WWU-Beitritt auch dämpfende Faktoren zum Tragen, die auf Strukturreformen und eine Verstärkung der Marktkräfte zurückgehen und damit dauerhafteren Charakter haben. Die Öffnung der Märkte, die Beseitigung von staatlichen Monopolen und die Umsetzung weit reichender Restrukturierungsmaßnahmen haben diesen Trend wesentlich begünstigt. Besonders im Telekommunikationssektor schlägt sich die Liberalisierung positiv auf die Endverbraucherpreise nieder. Mit der vollständigen Öffnung der Märkte im Jahr 1998 gingen die Preise im Mobiltelefonsektor von Monat zu Monat zurück und führten zu Kaufkraftgewinnen für die Haushalte. Nach und nach wurden auch die Strom- und Gaspreise dereguliert, erste Effekte – in Form spürbarer Preissenkungen – werden auch auf diesen Märkten allmählich sichtbar.

### Euro-Bargeldeinführung: Bevölkerung nimmt trotz fallender Inflationsrate subjektiv Preissteigerungen wahr

Befürchtungen, dass es im Zuge der Euro-Bargeldeinführung zu deutlichen Preissteigerungen kommen könnte, haben sich, retrospektiv und gesamtwirtschaftlich betrachtet, nicht bestätigt. In Österreich kamen verschiedene Mechanismen zum Tragen, die euromstellungsbedingten Preisanstiegen wirkungsvoll gegensteuerten:

#### Tatsächliche, wahrgenommene und erwartete Inflation in Österreich



Quelle: FESSEL-GfK, Europäische Kommission, OeNB.

- Die Marktkräfte (hoher Wettbewerb in den exponierten, aber auch in den geschützten Sektoren, Absorption der Umstellungskosten für Unternehmen durch eine temporäre Verringerung der Gewinnmargen, erhöhte Preistransparenz durch den Euro) wirkten Preiserhöhungen auf breiter Front entgegen.
- Das moderate konjunkturelle Umfeld dämpfte die private Nachfrage und führte teilweise zu Umsatzrückgängen.
- Rechtliche Normen wie das Euro-Währungsangabengesetz mit der Verpflichtung zur doppelten Preisauszeichnung und mit Sanktionsdrohungen bei unberechtigten Preiserhöhungen veranlassten die Unternehmen zu einer vorsichtigen Preispolitik.
- Die Euro-Preiskommission, Vereinigungen des Konsumentenschutzes sowie die Bevölkerung selbst überwachten penibel das Auf- und Abrundungsverhalten.

Alle diese Faktoren haben dazu beigetragen, dass sich der Preisauftrieb im Jahr 2002 – gemessen am HVPI – in Österreich deutlich auf 1,7% (2001: 2,3%) verringert hat. Wenngleich über alle Güter und Dienstleistungen kaum ein Preisschub auf Grund der Euro-Bargeldumstellung eingetreten ist, so zeigt die Detailanalyse, dass doch in einzelnen Bereichen (vor allem in gewissen Dienstleistungssektoren wie dem Gastronomiesektor, bei Friseurleistungen, im Reparaturbereich) teilweise Preiserhöhungen vorgenommen wurden. Insgesamt dürfte der Preiseffekt durch die Euro-Bargeldumstellung aber nur rund 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte ausgemacht haben.

Im Verlauf des Jahres 2002 wich die wahrgenommene Inflation deutlicher als in der Vergangenheit von der tatsächlich gemessenen Preissteigerung ab. Zum Teil erklärt sich dies dadurch, dass die Verbraucher die Preise von Waren und Dienstleistungen, die sie häufig kaufen bzw. beanspruchen, stärker wahrnehmen; hingegen werden Veränderungen der Preise von Anschaffungen, die nur in größeren Abständen getätigt werden, oder von Leistungen, die routinemäßig beansprucht werden (z. B. Miete) kaum wahrgenommen. Es zeigte sich nämlich, dass niedrigpreisige Güter teilweise überdurchschnittlich angehoben wurden, wogegen höher- und hochpreisige Artikel moderater anstiegen bzw. sogar zurückgingen. Mit dem zunehmenden Wertverständnis des Euro und der Gewöhnung der Bevölkerung an das Euro-Preisgefüge wird sich die Schere zwischen der Inflationseinschätzung durch die Bevölkerung und der gemessenen Preissteigerung aber wieder angleichen, gegen Ende des Jahres 2002 war dies tendenziell schon feststellbar. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Inflationserwartungen stabil niedrig geblieben sind.

#### Leicht verbesserte Budgetsalden der EU-Länder

Die neuesten Berechnungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Länder zeigen für 2003 im Vergleich zu 2002 auf Grund der weiterhin ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Mehrzahl der Mitgliedstaaten nur geringe Verbesserungen bei den Budgetsalden.

Für Österreich liegen derzeit die Werte der budgetären Notifikation bzw. die Planziffern des Regierungsprogramms der neuen Bundesregierung vor. Das neue österreichische Stabilitätsprogramm wird aller Voraussicht nach im Mai 2003 im ECOFIN-Rat diskutiert werden.

#### Gesamtstaatliches Defizit 2002 bei 0,6% des BIP

Auf Grund der erheblichen Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen und der erwarteten budgetären Belastungen infolge des Hochwassers vom August 2002 erwartete das Bundesministerium für Finanzen (BMF) in der Notifikation vom September 2002 ein Defizit des Gesamtstaats für 2002 von 1,3% des BIP. Im aktualisierten Stabilitätsprogramm vom März 2003 wird nunmehr ein Wert von lediglich 0,6% des BIP angegeben. Dies erklärt sich daraus, dass vor allem die budgetären Belastungen des Hochwassers im Jahr 2002 deutlich geringer, als ursprünglich angenommen, ausfielen und die Steuern in der zweiten Jahreshälfte

2002 unerwartet hohe Mehrerträge erbrachten. Außerdem wirkte sich die für die ESVG 95-Darstellung des Budgetsaldos notwendige periodengerechte Zuordnung beim Zinsaufwand und den EU-Eigenmitteln insofern begünstigend aus, als die auf ESVG 95-Basis errechneten Ausgaben dieser beiden Kategorien im Vergleich zu den entsprechenden Kassenwerten signifikant geringer sind.

Die Verringerung des öffentlichen Defizits gegenüber dem erwarteten Ergebnis geht zum größten Teil auf den Bund zurück; verbessert zeigte sich allerdings auch der Saldo der Sozialversicherungsträger. Ähnliches gilt auch für die Länder und Gemeinden. Das im Herbst 2002 beschlossene zweite Konjunkturbelebungsprogramm dürfte den Budgetsaldo nur marginal belastet haben.

#### **EUROSTAT-Entscheidung führt zu Revision der Schuldenquote nach oben**

Die Schuldenquote wird im Stabilitätsprogramm mit einem Wert von 67,9% (Notifikation vom September 2002: 63,1%) des BIP ausgewiesen. Die starke Korrektur bei den Staatsschulden ist darauf zurückzuführen, dass auf Grund einer Entscheidung des EUROSTAT die so genannten Rechtsträgerschulden – das sind Verbindlichkeiten, die die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur vor allem für öffentliche Unternehmen (zu 100% im Eigentum des Bundes), die im privaten Sektor klassifiziert sind (hauptsächlich ASFINAG, SCHIG) aufnimmt und in Form eines Darlehens weitergibt – in die öffentliche Schuld einzurechnen sind. Dadurch erhöhen sich die Schuldenstände ab dem Jahr 1998. Wegen einer weiteren Österreich betreffenden Entscheidung des EUROSTAT (bezüglich des Verkaufs von Wohn-

bauförderungsdarlehen des Landes Niederösterreich), ergibt sich zusätzlich ab dem Jahr 2001 für die Schuldenquote ein Basiseffekt von 1,2% des BIP. Für die Jahre 2000, 2001 und 2002 resultieren somit Schuldenquoten von 66,8, 67,3 bzw. 67,9% des BIP. Ab dem Jahr 2003 ist wieder ein Abwärtstrend für die Schuldenquote zu erwarten.

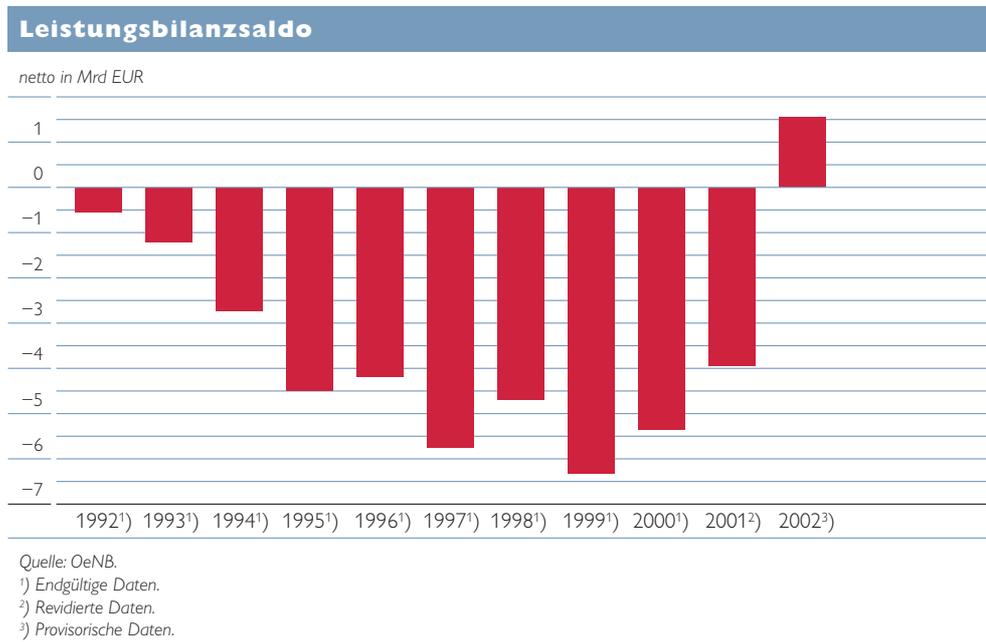
#### **Zukünftige budgetäre Maßnahmen**

Für 2003 sind vor allem bei den Beamtengehältern, den Pensionen und den Transfers an die Familien deutliche Ausgabensteigerungen zu erwarten. Auch auf der Einnahmenseite dürfte es auf Grund der erwarteten zögerlichen konjunkturellen Erholung nur zu moderaten Zuwächsen kommen.

Laut Stabilitätsprogramm plant die Bundesregierung für 2003 eine Defizitquote von 1,3% des BIP und eine Schuldenquote von 67,0% des BIP. Im neuen Regierungsprogramm wurden neben einer Steuerreform, deren erste Etappe ab 2004 budgetwirksam wird, ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen (Reformen der Verwaltung, Pensionen, Sozialversicherungen, ÖBB bzw. des Förderwesens) für den Zeitraum 2003 bis 2006 angekündigt.

#### **Leistungsbilanzüberschuss**

Die österreichische Leistungsbilanz zeigte für das Jahr 2002 mit 0,7% des BIP erstmals seit zehn Jahren einen Überschuss (1,56 Mrd EUR); im Jahr 2001 war ein Defizit in Höhe von 3,94 Mrd EUR verzeichnet worden. Das Ergebnis der Leistungsbilanz wurde durch die deutliche Verbesserung des Saldos aus grenzüberschreitenden Gütertransaktionen und Dienstleistungen sowie durch geringere Abflüsse in der Einkommensbilanz bestimmt.



#### Deutliche Verbesserung der Güter- und Dienstleistungsbilanz

Die österreichischen Güterexporte wuchsen im Berichtsjahr um 4,2%, während die Güterimporte angesichts des schwachen Konsums und rückläufiger Anlageinvestitionen wertmäßig um 2,3% zurückgingen.

Der negative Saldo der Güterbilanz drehte in einen Überschuss in Höhe von 3,50 Mrd EUR. Die Dienstleistungsbilanz verblieb mit einem Überschuss von 2,00 Mrd EUR annähernd auf dem Vorjahresniveau.

Der Reiseverkehr als wichtigste Komponente der Dienstleistungsbilanz hat sich im Berichtsjahr sehr positiv entwickelt, er ergab für den Berichtszeitraum einen Überschuss von 2,09 Mrd EUR und lag damit um rund 0,67 Mrd EUR über dem Vergleichswert des Jahres 2001. Die Reiseverkehrseinnahmen wuchsen im Jahresvergleich um 5% auf 12,03 Mrd EUR, die Reiseverkehrsausgaben der Österreicher im Ausland verringerten sich dagegen um 1% auf 9,93 Mrd EUR.

#### Einkommensabflüsse deutlich verringert, Transferbilanz etwas ungünstiger

Die vorläufige Einkommensbilanz schloss mit einem um 1,06 Mrd EUR geringeren Negativsaldo von 2,25 Mrd EUR (Jänner bis Dezember 2001: -3,31 Mrd EUR). Wie schon im gesamten Jahresverlauf 2002 beobachtet, ist der Rückgang des Defizits im Wesentlichen auf deutlich höhere Zuflüsse bei den Einkommen aus „Sonstigem“ (Kredite, Bankeinlagen, Währungsreserven) zurückzuführen. Aber auch die Salden der Einkommen aus Portfolioinvestitionen sowie der Einkommen aus Direktinvestitionen verbesserten sich. Die laufenden Transfers ergaben mit -1,68 Mrd EUR höhere Nettoabflüsse als in der entsprechenden Periode 2001 (-1,36 Mrd EUR). Das Defizit der Vermögensübertragungen entsprach mit -0,56 Mrd EUR fast genau dem Wert des Jahres 2001.

**Asymmetrische Entwicklung  
der Direktinvestitionen**

Die während des Jahres 2002 lebhaftere Direktinvestitionstätigkeit von österreichischen Investoren im Ausland führte per saldo zu einem Kapitalexport in Höhe von 5,74 Mrd EUR. Die österreichischen Bruttoinvestitionen im Ausland in Höhe von 7,37 Mrd EUR übertrafen den Vergleichswert 2001; ihnen standen Desinvestitionen von nur 1,63 Mrd EUR gegenüber. Die Bruttoinvestitionen der ausländischen Direktinvestoren in Österreich waren mit 4,47 Mrd EUR nur wenig höher als die Desinvestitionen (2,72 Mrd EUR).

Die Teilbilanz Portfolioinvestitionen wies anders als 2001 einen Nettokapitalabfluss von 5,51 Mrd EUR auf (Jänner bis Dezember 2001: Nettokapitalzufluss von 5,96 Mrd EUR). Der Erwerb von ausländischen

Wertpapieren durch österreichische Anleger belief sich auf netto 25,59 Mrd EUR (Jänner bis Dezember 2001: 12,71 Mrd EUR), wobei der deutlich höhere Forderungsaufbau seitens österreichischer Anleger vor allem die langfristigen festverzinslichen Wertpapiere sowie die Geldmarktpapiere betraf. Die Nettokäufe des Auslands betragen 20,08 Mrd EUR gegenüber 18,68 Mrd EUR im Jahr 2001; weiterhin waren langfristige Wertpapiere die bedeutendste Anlageform.

Die Kapitalströme aus Einlagen und Krediten, die in der Teilbilanz „Sonstige Investitionen“ abgebildet werden, schlossen in der Berichtsperiode mit einem Nettokapitalimport von 2,19 Mrd EUR, die offiziellen Währungsreserven zeigten eine transaktionsbedingte Abnahme in Höhe von 1,81 Mrd EUR.

# Rolle der OeNB bei der Sicherung der Finanzmarktstabilität

## **Aktivitäten der OeNB zur Erhaltung der Finanzmarktstabilität**

### **Halbjährliche Finanzmarktstabilitätsberichte der OeNB**

In den letzten Jahren haben die Zentralbanken begonnen, sich vermehrt mit der Finanzmarktstabilität auseinander zu setzen. Die Zentralbanken erfüllen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen und der Wahrung der Stabilität auf den Finanzmärkten. Die OeNB leistet mit der fundierten Analyse von Finanzmarktentwicklungen und potenziellen Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Finanzmarktstabilität. Die Veröffentlichung des halbjährlich erscheinenden Finanzmarktstabilitätsberichts (FMSB) soll dazu beitragen, das Problembewusstsein bei den verantwortlichen Akteuren und der Öffentlichkeit hinsichtlich potenzieller Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten weiter zu verbessern.

### **Beteiligung der OeNB am FSAP**

Auch im Jahr 2002 haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OeNB wieder an diversen Ländermissionen des gemeinsam vom IWF und von der Weltbank durchgeführten Financial Sector Assessment Program (FSAP) als Experten für die Beurteilung der Bankenaufsicht sowie für die Bekämpfung der Geldwäsche bzw. der Finanzierung des Terrorismus teilgenommen. Das Programm wurde im Jahr 1999 als Antwort auf die internationalen Finanzkrisen der Neunzigerjahre begonnen. Ausgehend von einer Stärken-/Schwächenanalyse der Finanzsysteme der einzelnen Länder werden Vorschläge zur Beseitigung allfälliger erkannter Defizite unterbreitet, die dazu beitragen sollen, die Krisenanfälligkeit der

Finanzsysteme zu reduzieren und dadurch Stabilität und Wachstum auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern. Im Herbst 2003 soll ein solches FSAP auch über den Finanzmarkt in Österreich erstellt werden, wobei die Schwerpunkte voraussichtlich bei der Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht liegen werden.

## **Heterogene Entwicklungen fordern den österreichischen Finanzsektor**

### **Österreichs Banken**

**erweisen sich im schwierigen Umfeld als verhältnismäßig robust**

Die anhaltend schwache Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten sowie die verhaltene Konjunktur-entwicklung haben die Finanzmärkte weiter geschwächt. Das österreichische Bankensystem erwies sich angesichts des ungünstigen externen Umfelds jedoch als relativ robust. Erste Ergebnisse makroökonomischer Krisentests, die von der OeNB durchgeführt wurden und die Auswirkung unterschiedlicher Krisenszenarien auf das Kreditportfolio der österreichischen Banken untersuchten, bestätigen dies. Insbesondere zeigen die makroökonomischen Krisentests, dass die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken hinsichtlich des Kreditrisikos angemessen erscheint.

Die Gründe für die Robustheit des österreichischen Bankensektors liegen neben dem erfolgreichen Geschäft in den zentral- und osteuropäischen Ländern vor allem auch darin, dass sich die österreichischen Banken weiterhin primär auf das herkömmliche Kundengeschäft konzentrierten und weniger in jenen Bereichen expandiert haben, die sich in letzter Zeit als besonders krisenanfällig

erwiesen haben, wie z. B. das Investmentbanking.

Die Ertragslage der österreichischen Banken blieb von den ungünstigen Marktbedingungen sowie den Turbulenzen auf den internationalen Aktienmärkten jedoch nicht unbeeinflusst. Im Jahr 2002 verringerte sich das Betriebsergebnis (auf unkonsolidierter Basis) gegenüber der Vergleichsperiode 2001 um 7,9% auf 4,2 Mrd EUR. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf die Rückgänge bei den Finanzgeschäften und den Provisionserträgen zurückzuführen. Auf Grund der schwachen Kursentwicklung an den Börsen und dem sinkenden Interesse der Anleger an Aktien waren die Handelsvolumina rückläufig, was sich deutlich in den gesunkenen Provisionserträgen aus dem Wertpapiergeschäft widerspiegelt. Der Nettozinsenertrag blieb gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen stabil und nimmt nunmehr rund 52% der gesamten Betriebserträge ein. Die Betriebserträge sanken mit 2,4% relativ deutlich, während die Betriebsaufwendungen mit 0,2% geringfügig anstiegen, wobei der Großteil auf Personalkosten entfiel. Daraus resultierend verschlechterte sich die Cost-Income-Ratio gegenüber dem Jahr 2001 und betrug im Dezember 2002 69,3%.

Der konjunkturelle Abschwung wirkte sich auch auf die Kreditvergabe aus. Während im Jahr 2001 noch ein Zuwachs der Direktkredite um 7,9 Mrd EUR oder 3,5% beobachtet werden konnte, reduzierte sich das Wachstum der Direktkredite im Jahr 2002 auf 2,7 Mrd EUR oder 1,2%. Bei Unternehmenskrediten war im Jahr 2002 ein Rückgang von 2,3 Mrd EUR oder 1,8% zu beobachten. Die Steigerung des Kreditvolumens wurde hauptsächlich von den Fremdwährungskrediten getragen.

Das Volumen der Fremdwährungskredite in Schweizer Franken und japanischen Yen an Private und Unternehmen ist im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch. Der österreichische Anteil an Fremdwährungskrediten im Euroraum betrug dabei 31% bei Krediten in Schweizer Franken und 43% bei Krediten in japanischen Yen, wobei sich der Anteil Österreichs am gesamten Kreditvolumen des Euroraums lediglich auf 3% beläuft.

#### Weiterhin großes Engagement in Zentral- und Osteuropa

Die Niederlassungen österreichischer Banken in den zentral- und osteuropäischen Ländern leisten nach wie vor einen wesentlichen Beitrag zum Konzernbetriebsergebnis. Die im österreichischen Mehrheitsbesitz befindlichen Banken konnten ihre Marktanteile behaupten und zum Teil weiter ausbauen. Die Entwicklung im Jahr 2002 zeigt weiterhin ein starkes Engagement der österreichischen Banken bei den Privatisierungen im Finanzdienstleistungsbereich in Zentral- und Osteuropa. Der Schwerpunkt der Akquisitionstätigkeit hat sich dabei etwas verlagert; die großen österreichischen Banken beteiligen sich an Privatisierungen sowohl in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien als auch verstärkt in Rumänien und Bulgarien.

#### Österreichs Versicherungswirtschaft von widrigen Marktbedingungen beeinflusst

Die ungünstigen Marktbedingungen haben auch die österreichischen Versicherungsunternehmen nachhaltig beeinflusst. So wurden bei den Lebensversicherungen im Zuge der anhaltenden Rückgänge bei den Veranlagungserträgen bereits Kürzungen bei den zusätzlich zum garantierten Rechnungszinssatz gewährten Ge-

winnbeteiligungen von vormals über 6% auf rund 5,25% angekündigt. Zusätzlich zu den Ertragseinbußen der Finanzanlagen ist auf Grund der Hochwasserschäden vom August 2002 mit weiteren Belastungen zu rechnen, wobei diese in Summe aber eher gering sein dürften, da zum einen viele Versicherungsnehmer in Österreich über keinen Versicherungsschutz gegen Hochwasser verfügen und zum anderen ein großer Teil der Schäden durch Rückversicherungen gedeckt sein dürfte. Einen positiven Beitrag zur Geschäftsentwicklung konnten bislang die ausländischen Niederlassungen österreichischer Versicherungsunternehmen leisten, die sich in den letzten Jahren zunehmend im zentral- und osteuropäischen Raum engagieren.

Beim Bilanzsummenwachstum der österreichischen Versicherungsunternehmen zeichnet sich für das Jahr 2002 weiterhin eine Verlangsamung ab. Die Veranlagungsstrukturen wiesen im Zuge der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Umschichtungen gegenüber den Vorjahren auf. Die Veranlagung in Auslandsaktiva wurde in den vergangenen Jahren ausgeweitet und stellt neben den Anteilswerten und sonstigen inländischen Wertpapieren eine bedeutende Veranlagungskategorie dar.

#### **Moderate Entwicklung**

##### **österreichischer Investmentfonds**

Die unsicheren Aktienmärkte und die schwache Konjunktur wirkten sich auch auf die Performance der österreichischen Investmentfonds aus. Trotz schwieriger Bedingungen erwiesen sich Investmentfonds jedoch weiterhin als attraktives Veranlagungsprodukt; sowohl private als auch institutionelle Investoren tätig-

ten im Jahr 2002 Neuveranlagungen in Höhe von 10,64 Mrd EUR. Mit Dezember 2002 verwalteten die 22 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit 1.837 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 102,7 Mrd EUR. In Publikumsfonds wurde Ende Dezember 2002 ein Volumen von 70,0 Mrd EUR und in Spezialfonds, die für institutionelle Investoren aufgelegt wurden, ein Volumen von 32,7 Mrd EUR verwaltet. In der Veranlagungsstruktur der österreichischen Investmentfonds nehmen Rentenwerte mit rund 64% den größten Anteil ein, gefolgt von Investmentzertifikaten mit rund 16% sowie Aktien und Beteiligungspapieren mit rund 14%.

#### **Einbindung der OeNB in die Finanzmarktaufsicht**

##### **Mitwirkung der OeNB in der Bankenaufsicht**

Am 1. April 2002 trat eine umfassende Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Österreich in Kraft. Durch die Errichtung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) wurde eine integrierte unabhängige Allfinanzaufsicht zur Durchführung der Banken-, der Versicherungs-, der Wertpapier- und der Pensionskassenaufsicht geschaffen. Weiters brachte die Reform Änderungen im materiellen Aufsichtsrecht, wie z. B. Änderungen der aufsichtsrechtlichen Verfahrensbestimmungen.

Trotz des Transfers der Bankenaufsicht vom BMF zur FMA und die Errichtung der FMA als hoheitliche Allfinanzaufsichtsbehörde ist die OeNB mit den im Bankwesengesetz umschriebenen Aufgaben eng in die Bankenaufsicht eingebunden. Die Reformbestrebungen führten dazu, dass die OeNB nunmehr verpflichtend mit der Vor-Ort-Prüfung von Markt- und Kreditrisiken bei Kreditinstituten zu betrauen ist, bei ande-

ren Vor-Ort-Prüfungen (wie z. B. der Geldwäsche) kann die OeNB betraut werden. Die Erstellung von Gutachten durch die OeNB bleibt weiterhin aufrecht. Auch das bestehende System der Meldeerhebung und -verarbeitung durch die OeNB wird weitergeführt und der Informationsfluss zwischen der OeNB und der FMA durch die ausdrückliche Normierung einer wechselseitigen Amtshilfepflicht abgesichert. Durch die enge operative Einbindung der OeNB in die Banken- und Finanzmarktaufsicht kann die OeNB auch im Eurosystem ihre damit zusammenhängenden Aufgaben verstärkt wahrnehmen.

#### Einrichtung des Finanzmarktkomitees

Im Zuge der Reform wurde zur Förderung der Zusammenarbeit, des Meinungsaustausches sowie zur Beratung in Belangen der Finanzmarktaufsicht beim BMF auch ein Finanzmarktkomitee als Plattform der für die Finanzmarktstabilität verantwortlichen Institutionen eingerichtet. In diesem Komitee sind die FMA, die OeNB sowie das BMF vertreten. Aus Sicht der OeNB kommt diesem Komitee in der Praxis eine wesentliche Bedeutung zu.

#### Aktivitäten der OeNB in Aufsichtsgremien

Die OeNB hat die internationale Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken und Aufsehern im Rahmen des ESZB und internationaler Organisationen sowie durch die Vertretung der OeNB in internationalen Gremien weiterhin intensiv wahrgenommen. So hat z. B. die Vize-Gouverneurin der OeNB seit Juni 2002 den Vorsitz im Beratenden Bankenausschuss der EU inne. Weiters wurde die OeNB Ende des Jahres 2002 in die Groupe de Contact aufgenommen. Diese internationale Ein-

bindung der OeNB ist unter anderem beim Informationsaustausch, bei der Analyse internationaler Trends sowie der Verbreitung und Analyse der aufsichtlichen Rahmenbedingungen von großer Bedeutung.

#### MoU betreffend Krisenmanagement

Da das Zusammenwirken von Zentralbanken und Bankenaufsicht auch im Hinblick auf die Gewährleistung der Stabilität des internationalen Finanzsystems von großer Relevanz ist, haben die OeNB sowie die anderen Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden der EU ein Memorandum of Understanding (MoU) über wesentliche Grundsätze der Zusammenarbeit im Bereich des Krisenmanagements vereinbart (Wirksamkeitsbeginn 1. März 2003). Ziel des MoU ist es, auf EU-Ebene die praktischen Vorkehrungen zur Bewältigung von Krisensituationen mit möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen zu verbessern.

#### OeNB nimmt Zahlungssystemaufsicht auf

##### OeNB wird Zahlungssystemaufsicht übertragen

Mit Wirkung vom 1. April 2002 wurde der OeNB durch Änderung des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG) die Aufsicht über Zahlungssysteme (Zahlungssystemaufsicht – ZSA) übertragen. Die OeNB übt die ZSA auf der Grundlage des § 44a NBG aus. In dieser Bestimmung sind im Zusammenhang mit dem Gesetzesauftrag zur Prüfung der System-sicherheit der Zahlungssysteme sowie der sicheren Teilnahme an Zahlungssystemen insbesondere die Auskunftspflichten der Zahlungssystembetreiber und -teilnehmer über die von ihnen zur Gewährleistung der rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und technischen System-

sicherheit getroffenen Maßnahmen geregelt. Darüber hinaus wird die OeNB ermächtigt, den Inhalt von Empfehlungen der EZB und des Basler Komitees für Zahlungs- und Abwicklungssysteme, die internationale Prinzipien für die Systemsicherheit darstellen, durch Verordnung als verbindlich festzulegen.

#### Kooperativer Ansatz in der ZSA

Die praktische Umsetzung des Gesetzesauftrags folgt – im Einklang mit dem Prinzip des Eurosystems, die Regulierungsbefugnis nur als ultimatives Instrument vorzusehen – primär einem kooperativen Ansatz. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der Handhabung der in § 44 a Abs. 7 und 8 NBG geregelten Auskunftspflichten besondere Bedeutung zu. Im Berichtsjahr wurde daher gemeinsam mit den von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) koordinierten Aufsichtsadressaten ein einheitlicher Fragen- bzw. Dokumentationskatalog entwickelt, anhand dessen die Auskünfte über die Gewährleistung des sicheren Systembetriebs bzw. der sicheren Systemteilnahme zu erteilen sind („Leitfäden zur Erteilung von Auskünften gemäß § 44 a Abs. 7 bzw. Abs. 8 NBG“). In gleicher Weise wurden transparente Maßstäbe zur Evaluierung der Auskünfte erarbeitet („Aufsichtsgrundsätze für elektronische Zahlungssysteme“), die die von der OeNB für die Gewährleistung der Systemsicherheit als erforderlich erachteten Anforderungen enthalten.<sup>1)</sup>

Sollte im Zuge einer Systemprüfung die Evaluierung der Auskünfte gegenüber den Aufsichtsgrundsätzen Divergenzen in sachlicher, inhaltlicher oder fachlicher Hinsicht ergeben, so wären diese von der OeNB gegenüber dem Systembetreiber auf-

zuzeigen, und es wäre auf eine Beseitigung der aufgezeigten Mängel hinzuwirken. Auf dieser Grundlage wurde nach Ablauf einer für die Systembetreiber angemessenen Vorbereitungsfrist noch im Berichtsjahr gemäß die erste externe Systemprüfung eingeleitet.

Intern wurde im Berichtsjahr bereits das Zahlungssystem Austrian Real-Time Interbank Settlement (ARTIS) überprüft. Damit wurde sowohl der Verpflichtung nachgekommen, im Rahmen des Eurosystems das eigene Zahlungssystem einer Beurteilung hinsichtlich der Einhaltung der „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“ zu unterziehen, als auch dem Gesetzesauftrag gemäß § 44 a NBG entsprochen, der die OeNB ebenfalls zur Prüfung der Systemsicherheit des eigenen Zahlungssystems verpflichtet. Im Zuge dieser Überprüfung konnte festgestellt werden, dass ARTIS den Kernprinzipien entspricht.

Für die gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung der ZSA ist ein aufsichtsstatisches Meldesystem (Zahlungssystemstatistik – ZAST) erforderlich, über das gesicherte Informationen – insbesondere das anzahl-/wertbezogene Transaktionsvolumen der Zahlungssysteme betreffend – bereitgestellt werden. Nach Abschluss der internen inhaltlichen Vorarbeiten wurde mit Jahresbeginn 2003 mit den öffentlichen Konsultationen begonnen.

#### Weitere ZSA-relevante Themen

Auf Ebene des Eurosystems bzw. der EU wurden im Berichtszeitraum zahlreiche ZSA-relevante Themen vorangetrieben. Hervorzuheben sind insbesondere die zwischen März und September 2002 durchgeführte Konsultation der EZB über Sicherheits-

<sup>1</sup> Die genannten Dokumente sind unter [http://www2.oenb.at/rel/zsa\\_p.htm](http://www2.oenb.at/rel/zsa_p.htm) abrufbar.

ziele im Zahlungsverkehr mit elektronischem Geld (E-Geld-Systeme), bei der die OeNB als Kontaktstelle für österreichische Interessenten fungierte, sowie die von der Europäischen Kommission ausgehende Initiative zur Schaffung eines Rechtsrahmens für Massenzahlungen auf dem Binnenmarkt. Schließlich war auch im Jahr 2002 die Kooperation der ZSA mit dem Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung von zahlungssystemspezifischen IT-Sicherheitsfragen.

#### OeNB arbeitet bei der Erstellung von Standards für die Wertpapierabwicklung mit

Aus Sicht der Zentralbanken sind sichere und effiziente Wertpapierabwicklungssysteme eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der Geldpolitik und das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme. Die OeNB beobachtet daher nicht nur intensiv die fortschreitende Integration und Konsolidierung der europäischen Wertpapierabwicklungssysteme, sondern wirkt auch in der gemeinsamen Arbeitsgruppe des ESZB und dem Committee of European Securities Regulators (CESR) mit, um europäische Standards für das Clearing und die Abwicklung von Wertpapieren zu erarbeiten.

### **OeNB als Anbieter volkswirtschaftlicher und finanzmarktbezogener Statistiken**

#### OeNB stellt qualitativ hochwertige Statistiken bereit

Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen benötigen eine aktuelle und verlässliche Datenbasis. Die OeNB gehört mit der Statistik Austria zu den bedeutendsten Anbietern von Wirtschaftsstatistiken in Öster-

reich. Der Schwerpunkt der Datenerstellung der OeNB liegt dabei im Bereich der Finanzstatistiken. Einerseits stellt die OeNB Österreich betreffende Daten der EZB und dem EUROSTAT als Beitrag für die europäischen Aggregate als Grundlage für die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik zur Verfügung, und andererseits ermittelt und veröffentlicht sie die korrespondierenden österreichischen Daten. Daneben beziehen auch der IWF, die OECD und die BIZ laufend Daten der OeNB. Bei den von der OeNB erstellten Statistiken handelt es sich insbesondere um die Zahlungsbilanz, die konsolidierte Bilanz des Sektors der Monetären Finanzinstitute (MFIs) als Basis für die Geldmengenaggregate, die Zinssatzstatistik oder die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR) mit den dafür notwendigen Primärstatistiken. Darüber hinaus ist die OeNB auch für die Daten für die österreichische Bankenaufsicht verantwortlich.

#### Kooperationsabkommen mit der Statistik Austria

Zur Optimierung der Arbeitsteilung im Bereich der Wirtschaftsstatistik zwischen der Statistik Austria und der OeNB haben die beiden Institutionen im Mai 2002 einen Kooperationsrahmenvertrag als Grundstein für eine neue Form der Zusammenarbeit abgeschlossen. Es ist das erklärte Ziel, durch gezielte Arbeitsteilung und intensive Kooperation Synergien optimal zu nutzen und die Belastung der Melder möglichst gering zu halten. Das größte gemeinsame statistische Vorhaben der nächsten Jahre ist die Neugestaltung der Datenquellen für die österreichische Außenwirtschaftsstatistik als Basis einer gemeinsam erstellten Zahlungsbilanz. Darüber hinaus wird damit

die Möglichkeit geschaffen, in Kooperation innovative Wege auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik einzuschlagen. Die Koordination der Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen eines gemeinsamen Steuerungsausschusses.

#### Ausbau der GFR-Ergebnisse für 2001

Als ein konkretes Ergebnis der Arbeitsteilung produziert die OeNB die GFR für Österreich. Ende Oktober 2002 wurden die nach internationalen Vorgaben erstellten Ergebnisse für das Jahr 2001 im Rahmen einer Pressekonferenz von der OeNB präsentiert und veröffentlicht.

Demnach fiel sowohl das Mittelaufkommen (aus der Ersparnis und der Finanzierung) als auch die Mittelverwendung (in Form von finanziellen und nichtfinanziellen Investitionen) in Österreich konjunkturbedingt im Jahr 2001 geringer aus als im Jahr 2000. In der Geldvermögensbildung investierten die nichtfinanziellen Sektoren Haushalte, Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und der Staat – wie schon in den vorhergehenden Jahren – zunehmend außerhalb des Bankensektors. Auch die Finanzierung durch Kreditaufnahmen bei Banken verliert, mit Ausnahme bei den privaten Haushalten, zunehmend an Bedeutung. Bei den privaten Haushalten rücken in den letzten Jahren Veranlagungen in Investmentzertifikate und Versicherungsprodukte in den Vordergrund, wengleich im Jahr 2001, hervorgerufen durch die großen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten, liquide und sichere Finanzanlagen bei Banken wieder stärkeren Anklang fanden. Die Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nahmen im Jahr 2001 ihre Finanzierung in umfangreichem Ausmaß im Ausland, insbesondere durch Direktinvestitionen, vor. Der Staat

finanzierte sich in den letzten Jahren fast nur mehr über Wertpapieremissionen.

Mit der GFR steht nunmehr ein geeignetes Instrument zur Verfügung, Veränderungen in der Finanzierung der österreichischen Volkswirtschaft laufend zu beobachten und zu analysieren.

#### OeNB erweitert laufend den Zugang zu statistischen Informationen

Im Rahmen der neuen Publikationsserie „OeNB-Informationen“ wurden im Jahr 2002 fünf Informationsfolder mit statistischen Themen veröffentlicht. Ziel dieser Broschüren ist es, Interessierten in leicht verständlicher Form den Zweck und die Inhalte diverser OeNB-Statistikprodukte näher zu bringen. Die Themen dieser ersten Serie, die auch im Jahr 2003 mit weiteren Broschüren fortgesetzt wird, sind die Zahlungsbilanz, die Direktinvestitionen, die Wertpapiere, der Special Data Dissemination Standard des IWF und die Mindestreserve.

Darüber hinaus bietet die OeNB mit ihrer im September 2001 eingerichteten Statistik Hotline (Tel.: 01/404 20-5555) einen gezielten Service für an Daten Interessierte an. Im Jahr 2002 erhielt die Statistik Hotline rund 1.350 Anfragen. Über 90% der Anfragen konnten innerhalb von 24 Stunden beantwortet werden. Neben der Direktauskunft ist die Hotline aber auch bei statistischen Spezialfragen Kontaktstelle innerhalb, aber auch außerhalb der OeNB.

Seit Anfang 2002 bietet die OeNB über das Internet ([www.dieaktuellezahl.oenb.at](http://www.dieaktuellezahl.oenb.at)) im Zwei-Wochen-Rhythmus eine von ihr erstellte finanzwirtschaftliche Kennzahl mit leicht verständlichen Erklärungen an. Ziel ist es, neue Kundengruppen mit dem vielfältigen

Statistikangebot der OeNB zu erreichen. Bis März 2003 wurden bereits über 280 in- und ausländische Abonnenten für diesen Service registriert.

## OeNB als Dialogpartner im Basel II-Prozess

### Basler Ausschuss

#### setzt Arbeiten intensiv fort

Die Vorbereitungsarbeiten für die neuen Kapitaladäquanz-Bestimmungen für Banken und Wertpapierfirmen (Basel II) wurden im Jahr 2002 weiter intensiv fortgesetzt. Zu Beginn des Jahres erfolgte die Aufarbeitung der Kommentare zu den vom Basler Ausschuss im Herbst 2001 veröffentlichten Arbeitspapieren und der Ergebnisse der Auswirkungsstudie vom November 2001. Dabei hat sich gezeigt, dass die vorgeschlagene Struktur der Mindesteigenkapitalbestimmungen sowie das System der Risikogewichte grundsätzlich den wichtigsten Zielen der internationalen Aufsichtsbehörden entsprechen. Diese umfassen eine risikoadäquate Unterlegung der Aktiva, im Durchschnitt keine erhöhten Eigenmittelanforderungen für Banken im Standardansatz und moderate Kapitalanreize für Banken mit fortgeschrittenen Ansätzen des Risikomanagements.

Im Juli 2002 wurden dann vom Basler Ausschuss folgende wichtige Änderungen festgelegt: eine geringere Risikogewichtung für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen bis zu einem Umsatz von 50 Mio EUR, kein verpflichtender Laufzeitenzuschlag für den Basis-IRB<sup>1</sup>)-Ansatz und eine Ausnahmemöglichkeit vom Laufzeitenzuschlag für alle Unternehmen mit einem Umsatz bis 500 Mio EUR im fortgeschrittenen IRB-Ansatz und eine erweiterte Anerkennung von Sicherheiten als Kreditrisikominderungen. Weiters wurde

seitens des Basler Ausschusses der weitere Zeitplan bekannt gegeben und die endgültige Implementierung der neuen Kapitaladäquanz-Bestimmungen mit 31. Dezember 2006 festgelegt.

### Durchführung der 3. Auswirkungsstudie

Im Oktober 2002 erfolgte der Beginn der 3. Auswirkungsstudie. Dabei berechneten die weltweit etwa 300 teilnehmenden Banken ihre Eigenmittelerfordernisse nach den neuen Bestimmungen im Vergleich zu den bestehenden Bestimmungen. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse dieser Auswirkungsstudie mit Ende des ersten Quartals 2003 soll das 3. Konsultationspapier des Basler Ausschusses veröffentlicht werden. Zu diesem Papier werden nur mehr geringfügige Adaptierungserfordernisse erwartet, sodass der neue Basler Akkord Ende 2003 verabschiedet werden kann.

Die EU-Kommission hat ebenfalls intensiv an der Entwicklung der neuen Kapitaladäquanz-Bestimmungen weitergearbeitet. Die Änderungen der Vorschläge des Basler Ausschusses wurden von den technischen Arbeitsgruppen analysiert und in einen ersten Richtlinienentwurf integriert. Dieser wurde ab November 2002 dem Finanzsektor zu einer Zwischenkonsultation vorgelegt. Die Europäische Kommission plant eine dritte Konsultationsphase ab Mitte 2003 und der Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission ist im Jahr 2004 zu erwarten. Der Implementierungszeitpunkt in die jeweilige nationale Bankengesetzgebung ist mit 31. Dezember 2006 festgelegt.

<sup>1</sup> Internal Rating Based.

**OeNB unterstützt  
die österreichischen Interessen  
und intensiviert die Kommunikation**

Die Vertreter der OeNB beobachten auf der internationalen Ebene laufend die Änderungsvorschläge des Basler Ausschusses und arbeiten aktiv an der Erstellung des Richtlinienentwurfs der Europäischen Kommission mit. Dabei ist es gelungen, die österreichischen Interessen in die Verhandlungen einzubringen. Die derzeit vorgeschlagenen Regeln kommen sowohl den mittelständischen Unternehmen als auch den kleinen und mittelgroßen Banken wesentlich mehr entgegen als frühere Entwürfe und führen zu einer adäquaten Behandlung der eher klein- und mittelbetrieblichen Strukturen in Österreich. In diesem Zusammenhang sind auch die günstigen Bestimmungen für hypothekarisch besicherte Darlehen und für Privatkredite zu erwähnen, die ebenfalls die österreichischen Finanzungsverhältnisse besonders berücksichtigen.

Auf nationaler Ebene hat die OeNB zunächst die Kommunikation mit den Banken noch weiter verstärkt. Vor allem in der Vorbereitung der 3. Auswirkungsstudie wurden laufend Veranstaltungen gemeinsam mit der FMA in Wien und den anderen Landeshauptstädten durchgeführt. Die Teilnahme der österreichischen Banken an der Auswirkungsstudie war im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Die teilnehmenden Institute wurden dabei von der OeNB intensiv betreut, sodass ein entsprechend repräsentatives Ergebnis für die österreichischen Banken ermittelt werden konnte. Die Ergebnisse der 3. Auswirkungsstudie werden vor der Publikation des 3. Konsultationspapiers veröffentlicht. Die spezifische Portfoliostruktur der österreichischen Banken

sollte jedenfalls bei der endgültigen Festlegung der Risikogewichtungen im Basler Akkord entsprechend berücksichtigt werden.

Zusätzlich hat die OeNB in Zusammenarbeit mit der FMA und der WKÖ eine Initiative zur verstärkten Information der Kreditnehmer und insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen gestartet. Als Auftakt für eine bundesweite Vortragsreihe für die Unternehmen zum Thema „Auswirkungen von Basel II auf Klein- und Mittelbetriebe“ fand am 7. Oktober 2002 auf Einladung der OeNB und der WKÖ ein runder Tisch mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Finanz statt. Bis zum Frühjahr 2003 hatten alle interessierten Unternehmer und Unternehmerinnen die Möglichkeit, aktuelle Informationen über die Chancen und Risiken von Basel II für die Unternehmensfinanzierung zu erfahren und zu diskutieren. Im Sommer 2002 hat die OeNB eine eigene Basel II-Homepage<sup>1)</sup> erstellt, auf der alle aktuellen Vorschläge der Bestimmungen und zahlreiche Hintergrundinformation zur Verfügung gestellt werden. Mit dieser Initiative soll der wichtige Reformprozess in der Finanzierungslandschaft auch für die Kreditnehmer transparent gemacht werden.

Basel II ist auch Anstoß, die OeNB-internen Prozesse in den Bereichen Bankenanalyse und -revision, Finanzmarktanalyse und Bankenstatistik, sowie die zu Grunde liegenden IT-Systeme zu modernisieren. Ziel ist es, in enger Kooperation mit der neu gegründeten FMA die Bankenanalyse und -prüfprozesse den Basel II-Erfordernissen anzupassen und somit einen Beitrag zur Stärkung des Banken- und Finanzplatzes Österreich zu leisten.

<sup>1</sup> Siehe  
<http://basel2.oenb.co.at>.

## **Initiativen zur Stärkung des Finanzsystems**

### **Aktivitäten des IWF und der EU zur Vermeidung von Finanzkrisen**

Im Rahmen des IWF wurde im Jahr 2002 die Frage der künftigen Vermeidung und Bewältigung von internationalen Finanzkrisen intensiv diskutiert. Die vom IWF ins Leben gerufene Initiative „Sovereign Debt Restructuring Mechanism“ (SDRM) hat die Einführung eines internationalen Insolvenzrechts und -verfahrens zur Bewältigung von Fällen des Bankrotts souveräner Staaten zum Ziel. Die OeNB beteiligte sich aktiv an den diesbezüglichen Überlegungen und hat im August 2002 gemeinsam mit der WKÖ einen hochrangig besetzten Arbeitskreis zum Thema „Staatsbankrott: Wer trägt die Folgen?“ im Rahmen des Forum Alpbach organisiert.

Beim informellen Treffen der EU-Finanzminister und -Gouverneure der Zentralbanken am 7. September 2002 wurde von den europäischen Finanzministern beschlossen, die so genannten Collective Action Clauses (CACs) in alle zukünftigen Auslandsanleihen der EU-Mitgliedstaaten aufzunehmen. CACs sollen im Fall einer staatlichen Schuldenkrise alle Besitzer von Schuldpapieren, die diese Klauseln enthalten, verpflichten, einer Restrukturierung dieser Schuldpapiere zuzustimmen und somit die Lösung einer Krise erleichtern.

### **Neustrukturierung der europäischen Finanzarchitektur**

Basierend auf dem Abschlussbericht des Weisenkomitees zur Regulierung der Wertpapiermärkte unter dem Vorsitz von Alexandre Lamfalussy hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) einen Vorschlag zur

Reorganisation der Gremien für die Bereiche Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht, Finanzkonglomerate und Finanzmarktstabilität erstellt, der vom ECOFIN-Rat im Dezember 2002 angenommen wurde. Mit dieser Reorganisation werden eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung der Komiteestrukturen für alle Sektoren des Finanzmarktes nach dem Vorbild des Wertpapiersektors, dessen Komitees im Jahr 2002 die Arbeit aufgenommen haben, sowie eine raschere Reaktion auf Marktentwicklungen auf der regulatorischen Ebene angestrebt. Für jeden Sektor wird ein Komitee mit regulierenden und beratenden Aufgaben eingerichtet, dessen Vertreter vom zuständigen Minister des jeweiligen Mitgliedstaats entsandt werden. Dieses Gremium wird von einem Aufsichtskomitee mit den Aufgaben Beratung der Europäischen Kommission, Informationsaustausch, Unterstützung der gleichmäßigen Umsetzung von Richtlinien in die nationale Gesetzgebung und Vereinheitlichung der Aufsichtspraxis unterstützt, das von den nationalen Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten beschickt wird; dem Komitee für den Bankensektor gehören auch die Zentralbanken an, deren Vertreter jedoch über kein Stimmrecht verfügen. Die Belange der Finanzmarktstabilität werden sowohl vom WFA wahrgenommen, der dabei vom Financial Services Committee, der umgestalteten Financial Services Policy Group, unterstützt wird, als auch vom Banking Supervision Committee (BSC) des ESZB.

### **Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Kapitalmarktes**

In Österreich wurden im Berichtsjahr 2002 weitere Maßnahmen gesetzt, um den österreichischen Kapitalmarkt durch eine Reihe von privaten

und öffentlichen Initiativen zu stärken und zu fördern. Unter Leitung eines von der österreichischen Bundesregierung ernannten Kapitalmarktbeauftragten wurde ein ambitionierter Aktionsplan für den österreichischen Kapitalmarkt ausgearbeitet, der sowohl angebotsseitige als auch nachfrageseitige Förderungsmaßnahmen enthält. Die österreichische Bundesregierung hat durch die Verabschiedung der Zukunftsvorsorge einen weiteren Schritt zur Belebung der Wiener Börse und zur Stärkung der Privatvorsorge geschaffen. Durch eine staatliche Förderung der Zukunftsvorsorge und eine Kapitalgarantie soll die private Pensionsvorsorge für viele Privatanleger attraktiver und sicherer gestaltet werden.

Um das Vertrauen der Kapitalanleger zu erhöhen, wurde in Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management sowie dem Institut der Wirtschaftsprüfer ein Corporate Governance-Kodex ausgearbeitet. Obwohl es sich beim österreichischen Corporate Governance-Kodex um eine freiwillige Selbstregulierungsmaßnahme handelt, ist zu erwarten, dass die darin enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen von vielen an der Wiener Börse notierten Unternehmen umgesetzt und somit einen positiven Einfluss auf die Kapitalmarktakteure ausüben werden.

## **Wirtschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen der EU-Beitrittsländer**

Abschluss der Beitrittsverhandlungen beim Gipfel von Kopenhagen

Die EU-Beitrittsländer machten im Jahr 2002 entscheidende Fortschritte in ihrer Annäherung an die EU. Beim Europäischen Rat von Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 wurde die politische Entscheidung getroffen, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern am 1. Mai 2004 in die EU aufzunehmen. In einer intensiven Schlussrunde wurden die Beitrittsverhandlungen und damit eine wichtige Etappe des Beitrittsprozesses dieser so genannten „Laeken-10“-Länder abgeschlossen. Der gesamte mehrjährige Beitrittsprozess besteht aus drei zentralen Elementen, und zwar aus:

- den Beitrittsverhandlungen, die auch einen Monitoring-Prozess hinsichtlich der bei den Verhandlungen eingegangenen Verpflichtungen bis zum Beitritt umfassen,
- der regelmäßigen Bewertung der von den Bewerberländern erzielten Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt (jährliche Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission) und
- der Heranführungsstrategie, die wiederum aus verschiedenen Dimensionen besteht (Europa-Abkommen; Beitrittspartnerschaften und nationale Programme zur Übernahme des *Acquis Communautaire*; finanzielle Heranführungshilfe; Öffnung von Gemeinschaftsprogrammen und -agenturen für die Beitrittsländer). Im Rahmen der Heranführungsstrategie entwickelte die EU einen makroökonomischen und

darauf aufbauend einen vertieften makrofinanziellen Dialog mit den Beitrittsländern.

Auf Zentralbankenebene wird der Beitrittsprozess durch einen Dialog des Eurosystems mit den Zentralbanken der Beitrittsländer ergänzt. Im Dezember 2002 fand das vierte jährliche Dialogseminar in Genval, Belgien, statt, in dessen Zentrum auch ein Austausch über die künftige Wechselkurspolitik der Beitrittsländer stand.

### **OeNB in Beitrittsverhandlungen eingebunden**

Die OeNB ist in den bisherigen Beitrittsprozess jedoch nicht nur über den Dialog der Zentralbanken eingebunden, sondern darüber hinaus auch durch ihre Mitgestaltung der österreichischen Positionen in den Beitrittsverhandlungen, ihr Mitwirken an der Rolle Österreichs im makrofinanziellen Dialog sowie ihren Beobachterstatus bei den bilateralen Arbeitstreffen zwischen der Europäischen Kommission und den Beitrittsländern im Rahmen der Umsetzung der Europa-Abkommen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen.

Für die Beitrittsverhandlungen wurde der Rechtsbestand der EU in 31 Verhandlungskapitel unterteilt, von denen die Kapitel „Freier Dienstleistungsverkehr“ (hinsichtlich Finanzdienstleistungen), „Freier Kapitalverkehr“ sowie „Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“ als unmittelbar notenbankrelevante Verhandlungskapitel erachtet werden. Im Wege der Teilnahme an der interministeriellen Arbeitsgruppe Erweiterung war bzw. ist die OeNB an der Festlegung österreichischer Positionen in diesen Kapiteln beteiligt. Von diesen drei Kapiteln wurde das WWU-Kapitel bereits in einem relativ frühen Verhandlungsstadium

vorläufig abgeschlossen. Mit den zehn genannten Ländern wurden im Dezember 2002 sämtliche Kapitel endgültig abgeschlossen. Dabei herrschte im Falle des WWU-Kapitels darüber Einverständnis, dass die Beitrittsländer ab ihrem Beitritt zur EU an der WWU als „Länder mit einer Ausnahmeregelung“ teilhaben werden, ein im EG-V vorgesehener Status der vorläufigen Nichtteilnahme am Eurosystem, den gegenwärtig in dieser Form nur Schweden innehat. Beim Kapitel „Freier Kapitalverkehr“ wurden zwar Übergangsregelungen für die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs vereinbart, die bis nach dem Beitritt zur EU laufen. Diese betreffen jedoch nicht den Finanzkapitalverkehr, da diesbezüglich auch kein Beitrittsland einen entsprechenden formellen Antrag gestellt hatte, sondern vor allem den Erwerb von (landwirtschaftlich genutztem) Grund und Boden.

#### Ausgaben für die Erweiterung

Die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Kopenhagen aufgelisteten finanziellen Implikationen dieser Erweiterung sehen für 2004 bis 2006 jährliche Obergrenzen der erweiterungsbezogenen Ausgaben des EU-Budgets vor, die unter den vom Europäischen Rat von Berlin im März 1999 festgelegten Plafonds liegen. Insgesamt können in den Jahren 2004 bis 2006 höchstens 37,6 Mrd EUR (zu Preisen von 1999) an Ausgabenverpflichtungen eingegangen werden, während die im Berliner Finanzrahmen festgelegte Obergrenze 42,6 Mrd EUR vorgesehen hatte. Andererseits werden die EU-Beitrittsländer bereits im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft in voller Höhe die auf sie entfallenden Beitragszahlungen an den EU-Haushalt leisten. Damit einzelne Länder in den ersten

Jahren nach dem Beitritt nicht zu „Nettozahlern“ werden sowie um sicherzustellen, dass kein Beitrittsland finanziell netto schlechter gestellt ist als vor dem Beitritt, wurden schließlich zwei zusätzliche Ausgabenrubriken (Haushaltsausgleich, Cash-Flow-Fazilität) in Höhe von insgesamt 3,3 Mrd EUR (zu Preisen von 1999) geschaffen.

#### Fahrplan für die Erweiterung

Die Schlussfolgerungen legen auch die Eckdaten des weiteren Fahrplans für die Erweiterung und den neuen Verfassungsvertrag fest: Nach der Fertigstellung des rechtlichen Beitrittsvertrags und der anschließenden Stellungnahme der Europäischen Kommission bedarf es der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Für den 16. April 2003 ist die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in Athen geplant, an die sich Ratifikationsverfahren zum Beitrittsvertrag in den alten und neuen Mitgliedstaaten anschließen. Nach der für den 19./20. Juni 2003 vorgesehenen Vorlage des Ergebnisses der Arbeiten des Konvents an den Europäischen Rat von Thessaloniki wird eine Regierungskonferenz zur Erarbeitung des neuen Verfassungsvertrags unter eingeschränkter Teilnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten (und Beobachterstatus für Bulgarien und Rumänien) in den Jahren 2003/04 stattfinden. Am 1. Mai 2004 wird aller Voraussicht nach der Beitritt der neuen Mitgliedstaaten erfolgen, der auch die Erweiterung der Europäischen Kommission um Mitglieder aus den neuen Mitgliedstaaten impliziert. Danach soll die Unterzeichnung des neuen Verfassungsvertrags erfolgen.

#### Beobachterstatus im ESZB

Um eine möglichst rasche Integration in das ESZB zu ermöglichen, hat der

EZB-Rat bereits im September 2002 beschlossen, die Gouverneure der Zentralbanken der Beitrittsländer nach dem Abschluss ihrer Beitrittsverträge als Beobachter an seinen Sitzungen teilnehmen zu lassen. Die Vertreter der Beitrittsländer haben auch Beobachterstatus in Ausschüssen und Arbeitsgruppen des ESZB erhalten, wenn sich diese in der Zusammensetzung des ESZB treffen.

#### Weiterhin höheres Wachstum in den meisten zentraleuropäischen Beitrittsländern als in der EU

Ebenso wie in der EU überwogen in den zentraleuropäischen Beitrittsländern im ersten Halbjahr und im Sommer 2002 die Tendenzen zur Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, obwohl Letzteres im Durchschnitt nach wie vor kräftiger als in der EU ist. Mit Ausnahme Polens, dessen Wirtschaftsaktivität in den ersten drei Quartalen 2002 real nur um rund 1,4% (gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres) zulegte, zeigten die anderen zentraleuropäischen Länder Wachstumsraten zwischen 2,6 und 3,9%. Angesichts der Flaute beim Haupthandelspartner EU fungiert die Inlandsnachfrage weiterhin als Hauptstütze der konjunkturellen Entwicklung in Zentraleuropa. Dynamik zeigen vor allem der private, aber auch der öffentliche Konsum sowie insbesondere öffentlich finanzierte Infrastrukturinvestitionen, wie die Beispiele der Slowakischen Republik und Ungarns belegen, in denen im Jahr 2002 Wahlen stattfanden. Ansonsten belebte sich die Investitionstätigkeit kaum. In Polen trug hauptsächlich das starke Schrumpfen der Kapitalbildung zur wirtschaftlichen Stagnation bei. Darin spiegelten sich neben weiterhin hohen Realzinsen reduzierte Unternehmensgewinne und das Fort-

dauern bescheidener wirtschaftlicher Erwartungen.

#### Fortschritte im Disinflationsprozess

Im Jahr 2002 wurde in fast allen zentraleuropäischen Beitrittsländern ein weiterer Rückgang der meist auf Rekordtiefstständen befindlichen Teuerungsraten verzeichnet. Einen deutlichen Inflationsrückgang erlebte auch Slowenien, ein Land, das zuvor nur vergleichsweise geringe Fortschritte im Disinflationsprozess erreichen konnte. Die niedrigsten Inflationsraten hatten Ende 2002/Anfang 2003 die Tschechische Republik, in der im Jänner 2003 das allgemeine Preisniveau sogar rückläufig war, und Polen, wo der Preisanstieg im Jahresabstand unter 1% lag.

#### Währungen unter Aufwertungsdruck

Im ersten Halbjahr 2002 kam die Tschechische Krone auf Grund hoher Zuflüsse an Direktinvestitionen bei moderatem Leistungsbilanzdefizit unter starken Aufwertungsdruck. Dieser konnte gegen Jahresmitte mit Hilfe massiver Devisenmarktinterventionen der tschechischen Nationalbank sowie Senkungen der Leitzinsen zeitweilig bis unter das Zinsniveau des Euroraums gebrochen werden. Demgegenüber schwächte sich der polnische Zloty im ersten Halbjahr nominell ab – bis auf das Niveau von Anfang des Jahres 2000. Nicht zuletzt in Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen zu Gunsten der EU-Erweiterung kamen der polnische Zloty, die Slowakische Krone sowie vor allem der ungarische Forint ab dem vierten Quartal 2002 sowie auch Anfang 2003 unter starken Aufwertungsdruck. Die Verteidigung des bestehenden  $\pm 15$ -prozentigen Fluktuationsbands des ungarischen Forint gegenüber dem Euro durch die unga-

rische Nationalbank bewirkte schließlich wieder eine moderate abwertende Korrektur dieser drei Währungen.

### Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

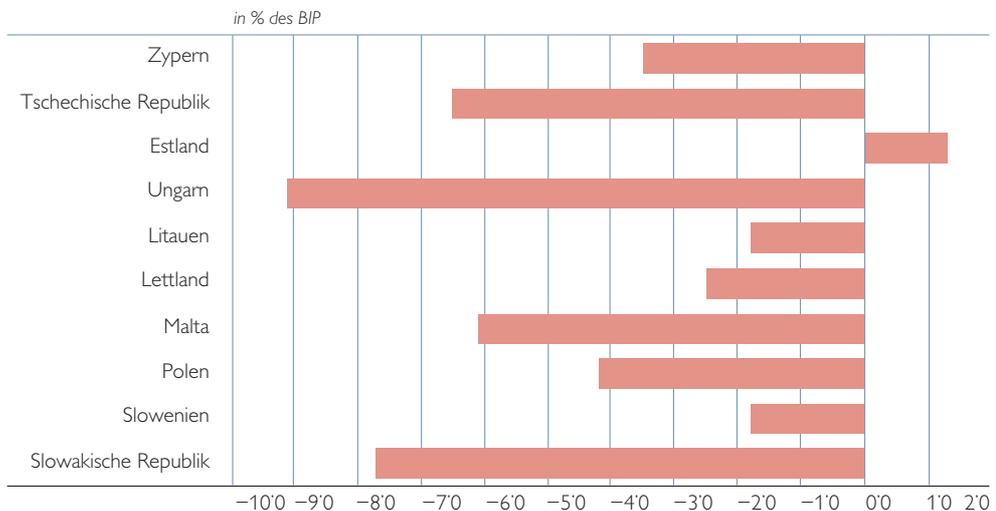
#### für die EU-Beitrittsländer

	BIP-Wachstum			Inflationsrate			Wechselkurs <sup>1)</sup> zum Euro		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Veränderung zum Vorjahr in %						nationale Währungseinheit pro EUR		
Zypern	+5,2	+4,1	+2,0	4,9	2,0	2,8	0,57	0,58	0,58
Tschechische Republik	+3,3	+3,1	+2,0	3,9	4,7	1,8	35,61	34,08	30,81
Estland	+7,1	+5,0	+5,6	3,9	5,8	3,6	35,60	34,70	30,80
Ungarn	+5,2	+3,8	+3,3	9,8	9,2	5,3	260,04	256,68	242,97
Lettland	+3,8	+7,9	+6,1	0,9	2,5	1,9	3,70	3,58	3,46
Litauen	+6,8	+5,9	+5,9	2,6	1,3	0,3	0,56	0,56	0,58
Malta	+6,1	-0,8	+3,0	2,4	2,9	2,2	0,40	0,40	0,41
Polen	+4,0	+1,0	+1,3	10,1	5,5	1,9	4,01	3,67	3,86
Slowenien	+4,6	+3,0	+3,1	10,9	9,4	7,5	205,03	217,19	226,22
Slowakische Republik	+2,2	+3,3	+3,9	12,0	7,1	3,3	42,59	43,31	42,70

Quelle: EUROSTAT, WIW.

<sup>1)</sup> Zypern-Pfund, Tschechische Krone, Estnische Krone, Forint, Lats, Litas, Maltesische Lira, Zloty, Tolar, Slowakische Krone.

### Budgetsalden des öffentlichen Sektors im Jahr 2002<sup>1)</sup>



Quelle: Europäische Kommission.

<sup>1)</sup> Diese Zahlen basieren im Wesentlichen auf nationalen Daten im Einklang mit dem ESVG 95.

#### Budgetdefizite höher als geplant

In den zentraleuropäischen Ländern waren im Jahr 2002 die Budgetdefizite hoch und überschritten die ursprünglichen Zielwerte zum Teil in beachtlichem Ausmaß. Allerdings wird die Vergleichbarkeit dadurch erschwert, dass die Fiskaldaten der Beitrittsländer zurzeit erst an EU-Stan-

dards (ESVG 95) angepasst werden, ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Das Defizit des öffentlichen Sektors dürfte jedoch in Ungarn mit 9,4% des BIP am höchsten ausgefallen sein, vor allem auf Grund äußerst hoher Gehaltssteigerungen in diesem Wahljahr. Auch in der Slowakischen Republik dürfte die Höhe des

Defizits (7% des BIP) vom Wahlgang nicht ganz unbeeinflusst gewesen sein. In Polen ist das so genannte „ökonomische Defizit“ des öffentlichen Sektors mit 5,8% des BIP um etwa 1 Prozentpunkt höher als geplant ausgefallen, nicht zuletzt wegen des schwachen Wirtschaftswachstums. In der Tschechischen Republik ist das vergleichbare Defizit zwischen 4,7 und 5,7% des BIP gelegen, während es in Slowenien mit 3% des BIP weiterhin am niedrigsten war.

### Aktivitäten der OeNB im Erweiterungsprozess

OeNB-Forschung zum Erweiterungsprozess genießt hohes Ansehen

Die Expertise über die Staaten Zentral- und Osteuropas sowie die öko-

nomische Analyse des Transformationsprozesses zeichnet die OeNB unter allen NZBen im Eurosystem aus. Die OeNB hat mit ihrem Osteuropaschwerpunkt innerhalb des Eurosystems einen speziellen Bereich der ökonomischen Analyse und Forschung besetzt. Sie gibt mit dem „Focus on Transition“ auch eine eigene Schriftenreihe zum Thema Zentral- und Osteuropa heraus. Daneben betreibt sie auch einen Mitarbeiteraustausch mit zentral- und osteuropäischen Zentralbanken. Dadurch können OeNB-Experten vor Ort ihre Kenntnisse über die Beitrittsländer vertiefen und die zukünftige Integration der Zentralbanken dieser Länder in das ESZB wird durch diese Zusammenarbeit erleichtert.

#### Auswirkungen der EU-Erweiterung

In der OeNB-Publikation „Berichte und Studien 2/2002“ wurden die Auswirkungen der Erweiterung als Schwerpunktthema behandelt. Dabei haben interne wie externe Experten einen Ausblick auf die wahrscheinlichen Konsequenzen der Erweiterung auf die Beitrittsländer und den Euroraum, insbesondere für Österreich, gegeben. Folgende Ergebnisse sind selektiv zu resümieren:

- Hinsichtlich der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU zeigte sich, dass weitere Reformschritte in der institutionellen Architektur der EU erforderlich sind, um ihre Effizienz und Effektivität auch nach der Erweiterung aufrechtzuerhalten. Wie diese Reformschritte im Einzelnen aussehen werden, hängt wesentlich von den Ergebnissen des EU-Reformkonvents ab.
- Die EU-Erweiterung hat sowohl für die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten als auch für die künftigen Mitglieder positive Wachstumseffekte, die mit der Dauer der EU-Mitgliedschaft stärker werden.
- Migration und Handelsintensivierung werden das Lohngefüge in der EU und in Österreich in Abhängigkeit vom Alter, von der Qualifikation und dem Geschlecht unterschiedlich beeinflussen. Festgestellt wurde aber, dass die positiven Effekte mit dem Qualifikationsniveau steigen.
- Die möglichen Auswirkungen auf den Bankensektor der EU sind auf Grund der Größenverhältnisse als gering einzustufen. Österreich hat wegen seines starken Engagements in Osteuropa hier allerdings eine Sonderstellung. Insgesamt wird die Osterweiterung das Risiko für österreichische Banken in diesen Ländern senken und die Wachstumschancen erhöhen. Auf Grund der starken Präsenz auf diesem Markt werden die Effekte nicht nur für einzelne Banken groß, sondern auch für den Gesamtmarkt in Österreich spürbar sein.
- Mit dem EU-Beitritt werden die osteuropäischen Rentenmärkte ihren Emerging-Market-Status verlieren und in gesamteuropäische Anleihebenchmarks integriert werden. Die EU-Erweiterung dürfte kaum einen Einfluss auf die Aktienmärkte der bisherigen Mitgliedstaaten haben. Allein dem österreichischen Aktienmarkt wird im Zuge dieser Entwicklungen eine Chance auf Belebung eingeräumt.

1 Diese Ausgabe von Berichte und Studien ist im Internet unter [http://www2.oenb.at/publikationen/bestu0202\\_p.htm](http://www2.oenb.at/publikationen/bestu0202_p.htm) abrufbar.

Die von der OeNB veranstaltete Ost-West-Konferenz findet alljährlich im November in Wien statt. Diese Konferenz versammelt internationale Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Forschung und bietet ein Forum für Kommunikation und Meinungsaustausch. Im Jahr 2002 widmete sich die Ost-West-Konferenz dem Thema „Strukturelle Herausforderungen und Koordination der Wirtschaftspolitik“. Daneben finden mehrmals im Jahr die so genannten Ost-Jour-Fixe der OeNB statt, bei denen anerkannte Wissenschaftler ihre neuesten Forschungsergebnisse zu ökonomischen Fragestellungen in zentral- und osteuropäischen Ländern vortragen.

#### OeNB-Veranstaltungen als Treffpunkt der interessierten Fachwelt

Das besondere Gewicht, das die OeNB den zentral- und osteuropäischen Ländern beimisst, spiegelt sich auch in ihrem Engagement am Joint Vienna Institute (JVI) wider. Das JVI bietet auf multilateraler Basis eine Ausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem von Zentralbanken und Finanzministerien der

Transformationsländer an. Der geografische Schwerpunkt liegt dabei auf den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie den GUS-Staaten, aber auch China und Vietnam sind vertreten. Das Kursprogramm umfasst Themen der angewandten Wirtschaftspolitik mit besonderer Relevanz für den Transformationsprozess, wobei sowohl die internationalen Trägerorganisationen – allen voran der IWF – als auch österreichische Institutionen die konkrete Ausgestaltung und Darbietung der Kurse übernehmen. Die Dauer der Kurse reicht je nach Inhalt von 1 bis zu 14 Wochen.

Am 13. März 2002 unterzeichneten der Geschäftsführende Direktor des IWF, Horst Köhler, der österreichische Finanzminister, Karl-Heinz Grasser, und der Gouverneur der OeNB, Klaus Liebscher, in Wien ein MoU über das JVI. In diesem Memorandum, auf dessen Basis Österreich gemeinsam mit dem IWF die Kosten des Instituts tragen und ein neues Gebäude zur Verfügung stellen wird, wurde der dauerhafte Bestand des JVI in Wien vereinbart.

# Neue Aufgaben der OeNB im unbaren Zahlungsverkehr

## **Pfad zur Verwirklichung des europäischen Zahlungsverkehrs- binnenmarktes**

### **Allgemeine Rahmenbedingungen**

Der Zahlungsverkehr in Europa gliedert sich in die Bereiche Groß- und Kleinbetragszahlungen. Auf Grund der hohen Sicherheits- und Systemanforderungen werden Großbetragszahlungen von den nationalen Zentralbanken durchgeführt, die dafür ein speziell geschaffenes System betreiben, während Kleinbetragszahlungen, vor allem der Zahlungsverkehr zwischen Konsumenten, vorwiegend von den Geschäftsbanken betrieben wird.

### **Standortpolitische Rahmenbedingungen**

Die aktuelle Dynamik der Weiterentwicklung der Zahlungsverkehrssysteme auf europäischer Ebene stellt hohe Ansprüche an alle Mitgliedsländer und auch an die Beitrittskandidaten der EU. Mit der Einführung neuer Standards sollen Kostendegressionen im Zahlungsverkehr erzielt werden. Unerwünschte Entwicklungen (z. B. höhere Zugangskosten, höhere Transportkosten, Innovationshemmnisse, eingeschränkte technische Anschlussfähigkeit) sollen durch die neu geschaffenen Strukturen vermieden werden.

Bei der Umsetzung des Binnenmarktpinzips im (Massen-)Zahlungsverkehr übernehmen die Zentralbanken in intensiver Zusammenarbeit mit den Kommerzbanken verstärkt eine aktive Rolle zur Verwirklichung einer wettbewerbsfähigen und EU-konformen Zahlungsverkehrslandschaft. Es ist daher eine konsequente österreichische Interessenvertretung auf internationaler und europäischer Ebene durch die OeNB, Banken und anderen Institutionen notwendig.

### **Gesetzliche Rahmenbedingungen**

Die Aufgaben der OeNB und der damit verbundene Auftrag im Bereich des Zahlungsverkehrs sind als Kernaufgaben der NZBen und auch auf nationaler Ebene definiert (Art. 105 Abs. 2 EG-V, Art. 33, Protokoll zum EG-V, ESZB/EZB-Satzung, § 4 und § 50 NBG).

### **BIZ und EZB plädieren für eine aktive Rolle der Zentralbanken im Zahlungsverkehr**

Im September 2002 veröffentlichte die BIZ einen Aktionskatalog zur Weiterentwicklung des Kleinbetragszahlungsverkehrs. Neben der Forderung nach rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen wird eine aktivere Rolle der Zentralbanken zur Erreichung höherer Markteffizienz und verbesserter Infrastruktur angeregt. Ein Engagement der Zentralbanken wird als positiver Impuls für den Ausbau der Infrastruktur und für eine Standardisierung gewertet.

Dafür sind entsprechende Marktanalysen zu erstellen, die eine Darstellung der Effizienz der Zahlungsverkehrsabwicklung und ein angepasstes Maßnahmenprogramm ermöglichen.

Erstmals wurden nicht nur regulatorische, sondern auch operationale Eingriffe für eine effiziente und sichere Zahlungsverkehrsabwicklung empfohlen.

Auch die EZB betont die Bedeutung der Wettbewerbskräfte, um effiziente Zahlungsverkehrssysteme sicherzustellen. Ferner weist sie auf transparente Kosten- und Preisstrukturen im Zahlungsverkehr zur Lenkungswirkung auf Kundenseite hin und ist überzeugt, dass damit letztlich ein Schritt hin zu effizienten Zahlungsinstrumenten und -systemen vorgenommen wird.

Gleichzeitig schließt sich die EZB der von der BIZ vorgeschlagenen Rolle der Zentralbanken im Retail-Zahlungsverkehr mit ihren drei Aspekten an: operative Beteiligung, Katalysator, Aufsichtsorgan. Sie nimmt überdies zu den konkreten Herausforderungen im europäischen Zahlungsverkehr Stellung und schlägt zu diesen Formen des Zentralbankengagements vor. So sieht sie eine operative Rolle der Notenbank vor allem in den Bereichen Unterstützung der Umsetzung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA)<sup>1</sup>), TARGET<sup>2</sup>) und Bargeldversorgung.

#### Ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Durch den EU- und WWU-Beitritt haben sich die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für Österreich und die OeNB auch im Bereich des Zahlungsverkehrs stark verändert. Die EU bestimmt mit Verordnungen und Richtlinien<sup>3</sup>) die Spielregeln und vielfach das Tempo. Diese Festlegungen sorgen für ein Umfeld in dem nationale Regelungen (BWG, FMABG) und Institutionen (unter anderem die OeNB, aber auch die Banken) sich laufend anpassen und weiterentwickeln müssen.

1 *Single European Payment Area.*

2 *Das Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer (TARGET)-System besteht aus den nationalen Echtzeit-Bruttozahlungssystemen (RTGS-Systemen) der EU-Mitgliedsländer und dem Zahlungsverkehrsmechanismus der Europäischen Zentralbank (EPM).*

3 *Zum Beispiel mit der Richtlinie für den Zahlungsverkehr (Nr. 97/5/EG) mit Wirkung vom August 1999 und der Verordnung zum grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr vom Dezember 2001 (Nr. 2560/2001/EG).*

## Dynamische Marktentwicklung im Zahlungsmittel- und Zahlungsverkehrsbereich

### Wettbewerbs- oder marktpolitische Rahmenbedingungen

Der Zahlungsverkehr ist eine Netzwerkdienstleistung. Der Nutzen dieser Dienstleistung steigt tendenziell mit der Zahl der Teilnehmer, die über das System erreicht werden können. Die Marktentwicklung der letzten Jahre belegt diese Annahme durch feststellbare Zentralisierung, Internationalisierung sowie eine Zunahme der Komplexität von Zahlungsverkehrsnetzwerken.

Diese Entwicklung ist zum einen auf die inhärenten Charakteristika von Zahlungsverkehrssystemen zurückzuführen, hat jedoch auch durch das starke Einwirken der Europäischen Kommission zur Realisierung des einheitlichen Binnenmarktes eine deutliche Beschleunigung erfahren.

Das starke Wachstum des unbaren Zahlungsverkehrs unter gleichzeitiger Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsraums stellt die bis dato nationalen Zahlungsverkehrssysteme vor neue Herausforderungen. Mit der Umsetzung der Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Frist Juli 2002 für kartengestützten Zahlungsverkehr) erhält der Markt zusätzliche Dynamik, die vor allem auf Systemebene wirksam wird.

Mit dem knappen Zeitplan für die Umsetzung der Verordnung über den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr hat die Europäische Kommission enge Vorgaben für die Banken gesetzt. Für Kartenzahlungen bis 12.500 EUR im Handel (Präsenz- und Fernzahlungen) sowie für Geldabhebungen vom Automaten gilt die

Verordnung ab 1. Juli 2002, für Überweisungen bis 12.500 EUR ab 1. Juli 2003.

In-Kraft-Treten der Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen:

	Bis 12.500 EUR	12.500 bis 50.000 EUR
Kartenzahlungen	1. Juli 2002	1. Jänner 2006
Geldautomat	1. Juli 2002	1. Jänner 2006
Überweisungen	1. Juli 2003	1. Jänner 2006
Elektronische Geldbörse	1. Juli 2002	1. Jänner 2006

Bis zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Zahlungsverkehr sind noch einige Hürden zu überwinden, und die EU steht vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der rechtlichen und technischen Harmonisierung der nationalen Zahlungsverkehrssysteme zu bewältigen und den langen Weg der Schaffung eines einheitlichen europäischen Standards zu beschreiten. Zu den ungelösten Fragen in den EU-Ländern zählen unter anderem die Errichtung einer paneuropäischen Clearing-Infrastruktur, eine kostengünstige Infrastruktur für grenzüberschreitende Zahlungen und TARGET2.

Im Zuge der EU-Erweiterung stellt die Integration der nationalen Zahlungsverkehrssysteme der Beitrittsländer in eine europäische Zahlungsverkehrlandschaft eine besondere Herausforderung dar.

Problematisch für die meisten Länder sind versunkene Kosten, die durch die Harmonisierung der heterogenen nationalen Zahlungsverkehrssysteme mit den europäischen Standards entstehen. Durch mangelnde Bereitschaft der Marktteilnehmer zur Übernahme der notwendigen Investitionen kann die technische Anschlussfähigkeit der nationalen Systeme verloren gehen und Mengen- bzw. Kostenrelationen können neuerliche Eintrittsbarrieren schaffen.

Die EU und die Gesetzgeber auf nationaler Ebene sowie supranatio-

nale Institutionen, wie die BIZ und die EZB, sehen daher auch die NZBen gefordert, einerseits Qualität und Sicherheit, sowie andererseits einen breiten Zugang und niedrige Kosten zu ermöglichen. In den letzten Monaten wurde gerade von supranationalen Institutionen mehr Engagement im Zahlungsverkehr von den NZBen verlangt.

### Effiziente Infrastruktur und Abwicklung

Die NZBen regeln die Abwicklung der Bargeldausgabe und der Liquiditätsbereitstellung und stellen im Rahmen von TARGET dezentrale RTGS-Systeme für das Interbank-Settlement zur Verfügung. Viele Zentralbanken bieten auch für den Massenzahlungsverkehr eine entsprechende Infrastruktur an. Die Interventionen der NZBen tragen zur Verbesserung der Qualität, Effizienz und Sicherheit bei und sichern einen breiten Zugang und optimale Kosten.

Die OeNB betreibt für den österreichischen Finanzmarkt das Großbetragszahlungsverkehrssystem (ARTIS<sup>1)</sup>), das über den ESZB-weiten Verbund TARGET sichere Zahlungen ermöglicht.

<sup>1</sup> Das Austrian Real-Time Interbank Settlement (ARTIS)-System ermöglicht Kommerzbanken auf Euro lautende Großbetragszahlungen in Echtzeit kostengünstig über die OeNB abzuwickeln.

## Großbetragszahlungen

### ARTIS

#### Steigerung der Transaktionen und des Volumens

Im Geschäftsjahr 2002 konnte ARTIS durch den Einsatz neuer Versionen deutlich verbessert und dadurch die Produktivität gesteigert werden. Im Inlandsgeschäft gab es gegenüber dem Jahr 2001 eine Steigerung um 33,5%, beim Auslandszahlungsverkehr wurde eine Zunahme von 5,9% verzeichnet. Außerdem wurde auf Grund der hohen Stabilität auch im Berichtsjahr eine konstant sehr gute Verfügbarkeit im TARGET-Betrieb erzielt.

#### Optimierung der Prozessabläufe

Im Jänner 2002 konnte der Testbetrieb von S.W.I.F.T.-Net<sup>1)</sup> und im Oktober 2002 der produktive Einsatz der interaktiven Kommunikation mit anderen Banken über das von S.W.I.F.T. angebotene Netzwerk auf Basis des Internetprotokolls aufgenommen werden. Die österreichischen Banken wurden im Rahmen von speziellen Veranstaltungen wie ARTIS-Workshops, TUGs<sup>2)</sup> etc. über diese Zugangsmöglichkeit informiert.

#### Internetanbindung

Die ARTIS-Teilnehmer – das sind überwiegend Banken, aber auch mit Finanzierungsaufgaben betraute staatliche Stellen – stehen unter hohem Kostendruck. Nachgefragt ist daher eine moderne, kostengünstige, auf Standardprodukten aufbauende Zugangslösung. ARTIS Online Internet ist dementsprechend ein echter eBusiness-Ansatz für die Abwicklung des täglichen OeNB-Kontenmanagements und positioniert die OeNB als modernen Dienstleister für Zahlungsverkehrsabwicklungen. Die Systemsicherheit wird durch die obliga-

torische Nutzung des A-sign-light-Zertifikats der OeNB-Tochtergesellschaft A-Trust gewährleistet. Die seit September 2002 im Einsatz befindlichen Basisfunktionen sollen im Jahr 2003 um die Abwicklung von Zahlungsaufträgen erweitert werden.

#### Kundenaktivitäten

Der Service und die Kundenbindung werden durch zahlreiche Informationsveranstaltungen, den Internetauftritt und persönlichen Kontakt gewährleistet. Eine Zufriedenheitsumfrage unter den Kunden hat dem Zahlungsverkehr der OeNB ein sehr hohes Maß an Serviceorientierung und technischer Kompetenz bescheinigt.

#### Zahlungsverkehrssicherheitskonzept

Um die Zahlungsverkehrsabwicklungen der OeNB in Krisenzeiten zu gewährleisten und damit auch die Vorgaben des ESZB zu erfüllen, wurde ein Notfallkonzept erarbeitet, das erfolgreich getestet wurde und einer laufenden Aktualisierung unterzogen wird. Das neu aufgelegte Notfallhandbuch schafft die ablauforganisatorischen Rahmenbedingungen für die Notorganisation im Zahlungsverkehr unter Berücksichtigung interner und externer Schnittstellen.

Das Notfallhandbuch gewährleistet die Fortsetzung des Tagesgeschäfts in vollem Umfang in einem Ausfallraum mit entsprechender IT-Ausstattung. Des Weiteren ist die Durchführung einiger weniger, als sehr wichtig definierter Zahlungen während eines Ausfalls gesichert.

#### TARGET2

Am 24. Oktober 2002 fasste der EZB-Rat einen Beschluss über die langfristige Strategie für TARGET. Es wurde festgestellt, dass das TARGET-System zwar seine wich-

1 S.W.I.F.T. – Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication. S.W.I.F.T. verbindet 7.000 Finanzinstitute in 198 Ländern über ein weltweites, sicheres Kommunikationsnetzwerk mit eigenen Nachrichtentypen.  
2 Target User Group.

tigsten Ziele erreicht hat, sein heterogener technischer Aufbau, der auf den Gegebenheiten Mitte der Neunzigerjahre beruht, jedoch mit der Zeit zu einer Reihe von Problemen für die Anwender führen dürfte, die zunehmend ein stärker harmonisiertes Leistungsspektrum erwarten. Darüber hinaus wurde in Frage gestellt, ob das derzeitige TARGET-System künftigen Herausforderungen, insbesondere der Erweiterung der EU, gewachsen ist. Mit TARGET2 sollen diese Schwachpunkte behoben werden.

Im EZB-Rat wurde dementsprechend folgender Beschluss über die zukünftige Gestalt von TARGET2 gefasst:

TARGET2 wird ein System mit mehreren technischen Plattformen sein, das auf folgenden Grundsätzen beruht:

1. einer umfassenden und harmonisierten Grundleistung, die von allen Plattformen angeboten wird,
2. einer einheitlichen Preisstruktur für diese Grundleistung ab Inbetriebnahme von TARGET2 sowie
3. einer Kosteneffizienz (auf Basis des effizientesten RTGS-Systems, also des Systems mit den niedrigsten Kosten pro Transaktion);
4. vier Jahre nach Aufnahme des TARGET2-Betriebs müssen Subventionen, die über einen bestimmten Gemeinwohlfaktor<sup>1)</sup> hinausgehen, verbindlich abgebaut sein.

Das TARGET2-System wird aus mehreren einzelnen Plattformen bestehen (Multiple-Platform-System) und in den ersten drei Jahren seines Betriebs über eine gemeinsame Plattform verfügen (Single Shared Platform), die von denjenigen Zentralbanken genutzt werden kann, die zu Beginn oder im Laufe dieses Zeit-

raums beschließen, ihr eigenes System aufzugeben. Nach dieser Anfangsphase steht es jeder Notenbank frei, ihre eigene Plattform weiter zu betreiben, sich der bereits bestehenden gemeinsamen Plattform anzuschließen oder zusammen mit einer anderen Zentralbank eine weitere Plattform aufzubauen.

Die gemeinsame Plattform, die mit der Aufnahme des TARGET2-Betriebs zur Verfügung steht, wird integraler Bestandteil der Systemstruktur von TARGET2 sein. Sie wird erst dann implementiert werden, wenn die Zentralbanken, die prinzipiell an einer Teilnahme interessiert sind, sich endgültig dafür entschieden haben. Die Ausgestaltung der gemeinsamen Plattform sollte es jeder teilnehmenden nationalen Zentralbank ermöglichen, die Geschäftsbeziehungen mit „ihren“ Banken, einschließlich ihrer geldpolitischen Aufgaben und Refinanzierungsgeschäfte, aufrechtzuerhalten.

Zur näheren Spezifikation der Geschäftstätigkeit, dem Leistungsspektrum und den Schnittstellen von TARGET2 sowie der Leitungsstruktur, Finanzierung und Preisgestaltung wurde von der EZB am 16. Dezember 2002 ein öffentliches Konsultationsverfahren eingeleitet.

Damit wurde die Grundlage für weitere Analysen und Standortbestimmungen der OeNB gelegt: strukturelle Weiterentwicklung des TARGET-Verbunds zur Erzielung von Skaleneffekten und weitgehender Standardisierung im Großbetragszahlungsbereich sowie aktive Mitgestaltung von TARGET2 durch die OeNB zur Wahrung der österreichischen Interessen.

<sup>1)</sup> Der Gemeinwohlfaktor berücksichtigt in angemessener Weise die sich aus TARGET ergebenden positiven externen Effekte, unter anderem in Hinblick auf die Verringerung des Systemrisikos; er wird vom EZB-Rat festgelegt.

## Interbankzahlungen

### EBA STEP2

Österreich ist neben Finnland eines der wenigen Länder in Europa, das über kein nationales Clearing House verfügt, sondern bilaterale Interbankabwicklungen für den Inlandszahlungsverkehr nutzt.

Kostenvorteile in der Abwicklung und im Settlement sind vor allem durch eine Zentralisierung bzw. Konzentration von Volumina und eine entsprechende Infrastruktur zu erzielen.

Alle Bestrebungen auf europäischer Ebene haben die Schaffung einer paneuropäischen Clearing-Infrastruktur zum Ziel. Die Realisierung einer derartigen Infrastruktur (siehe Optionen des European Payment Council<sup>1)</sup> zur Errichtung eines SEPA) wird aller Voraussicht nach einige Jahre in Anspruch nehmen.

Um jedoch die Vorgaben der Europäischen Kommission zur Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsbinnenmarktes zu erfüllen, muss rasch gemeinsam mit den Kommerzbanken ein entsprechender Migrationsplan zur Integration in eine europäische Infrastruktur entwickelt werden. Dieser soll für die Banken geeignete Übergangslösungen beinhalten und frühzeitig auch Effizienzsteigerungen ermöglichen und damit die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes im größtmöglichen Ausmaß fördern helfen.

Aus dem vorhandenen Spektrum der Möglichkeiten zur Schaffung eines europäischen Clearing-Mechanismus zeichnet sich mit STEP2<sup>2)</sup> eine viel versprechende und zeitlich ambitionierte Initiative ab. EBA<sup>3)</sup> plant mit STEP2 ein paneuropäisches Clearing House für die Verarbeitung von grenzüberschreitenden und nicht terminkritischen Zahlungen. Die OeNB hat ihrerseits Vorbereitungen aufgenom-

men, um eine Verfügbarkeit von STEP2 für Österreich sicherzustellen.

## APSS – Beteiligung

Vor dem Hintergrund der Zunahme des internationalen Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt, der Expansionserfolge der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa und des massiven Anstiegs der bargeldlosen, kartenbasierten Zahlungen beschlossen die österreichischen Banken im Jahr 2002, die APSS<sup>4)</sup> im bargeldlosen Zahlungsverkehr neu zu positionieren. Mit der Unterstützung der OeNB wurde gemeinsam mit den österreichischen Banken eine effiziente Infrastruktur und Abwicklung für Zahlungen mit Karten geschaffen; dies ist beispielhaft für das synergetische Wirken der OeNB.

Die Kernkompetenz der APSS ist die Abwicklung des bargeldlosen, kartengestützten Zahlungsverkehrs. Die APSS betreibt als neutraler Abwickler für alle Kartenorganisationen die für den Zahlungsverkehr notwendige Infrastruktur (Bankomatnetz, POS<sup>5)</sup>-Terminals). Sie bietet die optimierte Abwicklung von POS-Transaktionen für Banken, Händler und Endkunden. Der bargeldlose Zahlungsverkehr wird in allen Stufen wirtschaftlicher, sicherer und schneller. Das Netz der Bankomaten und Geldausgabeautomaten in den Bankenfoyers ist auf rund 6.600 Geräte, jenes der POS-Terminals auf rund 70.000 gewachsen. An diesen Geräten werden pro Jahr von den Konsumenten rund 110 Mio Bargeldabhebungen und rund 190 Mio bargeldlose Zahlungen abgewickelt. Eine IT-Infrastruktur, die sich auf dem letzten Stand der Technik befindet, unterstützt die europäische Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Banken.

- 1 Optionen des European Payments Council für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA):
  1. exklusive zentrale Einrichtung für ein automatisiertes Clearing von Euro-Zahlungen,
  2. paneuropäisches Clearing als Ersatz für die national etablierten Clearing-Institutionen,
  3. zentrale technische Plattform zur Nachrichtenübermittlung zwischen den nationalen Clearing-Einrichtungen,
  4. dezentrale Direktverbindungen zwischen den national etablierten Clearing-Institutionen,
  5. bilaterale Verrechnungen,
  6. Nutzung der Netzwerkinfrastruktur für Kartenzahlungen zur Abwicklung von Massenzahlungen.
- 2 Straight Through Euro Payment System.
- 3 Euro Banking Association.
- 4 Austrian Payment Systems Services GmbH.
- 5 Point of Sale.

# Währungsreservenpolitik im Kontext des Eurosystems

## **WWU schafft neue rechtliche, institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen für die Währungsreserven**

### **Rolle der Währungsreserven der NZBen**

Mit dem Beginn der Währungsunion wurde ein Teil der offiziellen Währungsreserven der NZBen an die EZB übertragen. Der größere Teil der Währungsreserven verblieb bei den NZBen. Die OeNB verfügte zum Jahresultimo 2002 über Nettowährungsreserven (Fremdwährungsbestände, Gold und Forderungen gegenüber dem IWF) in Höhe von 13,5 Mrd EUR. Dem steht auf der Passivseite der OeNB-Bilanz ein Banknotenumlauf von 10,2 Mrd EUR gegenüber. Dieser wird, ebenso wie andere Verbindlichkeiten, von Guthaben auf der Aktivseite gedeckt.

In der öffentlichen Diskussion wird mitunter die Frage nach der Rolle und der angemessenen Höhe der bei den NZBen verbleibenden Währungsreserven aufgeworfen.

### **Motive für Haltung von Währungsreserven**

Traditionell halten Zentralbanken Währungsreserven aus einer Vielzahl von Gründen: Sie sollen als „Deckungswert“ das Vertrauen in die Währung stützen; sie können etwa mittels Devisenswaps zur heimischen Liquiditätssteuerung eingesetzt werden; Währungsreserven können herangezogen werden, um Auslandsverbindlichkeiten – etwa für Warenimporte oder zur Bedienung der Auslandsschuld in Fremdwährung – zu begleichen; der Ertrag aus den Reserven sichert die finanzielle Unabhängigkeit; und – nicht zuletzt – können Währungsreserven als „eiserne Reserve“ in Notsituationen dienen.

Die Gewichtung dieser Argumente unterliegt im Zeitablauf einem Wandel. So hat z. B. die internatio-

nale Liberalisierung der Finanzmärkte einerseits die Abhängigkeit der Importfinanzierung von offiziellen Währungsreserven unter normalen Bedingungen reduziert, andererseits erhöht die zunehmende Volatilität und Krisenanfälligkeit der internationalen Finanzmärkte die Notwendigkeit, entsprechende Reserven zur Verfügung zu haben. (Beispiel: Liquiditätsbereitstellung der Zentralbanken nach dem 11. September 2001). Bereits vor der Währungsunion existierten keine allgemein akzeptierten „Faustregeln“ zur optimalen Höhe der Währungsreserven. Dementsprechend stark unterschieden sich die Währungsreservenpolitiken der Zentralbanken weltweit, aber auch innerhalb Europas.

### **Geänderte Rahmenbedingungen durch die WWU**

Mit dem Beginn der europäischen Währungsunion wurde für die teilnehmenden Zentralbanken das ökonomische und rechtlich-institutionelle Rahmenwerk für die Währungsreservenpolitik erneut geändert. Die Währungsreserven des Eurosystems, das heißt der EZB und der NZBen, dienen nun der Absicherung der gemeinsamen Währung, des Euro. Mitunter wird argumentiert, dass die bei den NZBen verbliebenen Währungsreserven nunmehr obsolet seien und „veräußert“ bzw. „für andere Zwecke verwendet“ werden sollten. Der tatsächliche Spielraum ist jedoch durch die rechtlichen Bestimmungen des EG-V beschränkt; währungspolitische Überlegungen empfehlen darüber hinausgehend eine überaus behutsame und umsichtige Annäherung an diese Thematik.

### Eurosystem allein für Devisenreservenpolitik zuständig ...

Gemäß Art. 105 Abs. 2 EG-V besteht eine der grundlegenden Aufgaben des ESZB/Eurosystems darin, die offiziellen Währungsreserven (das heißt aktivseitige Gold- und Fremdwährungsbestände sowie IWF-Positionen) der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten. All jene Währungsreserven der NZBen des Eurosystems, die am 1. Jänner 1999 in den Bilanzen der NZBen vorhanden waren, sind mit diesem Datum Gegenstand der Aufgabenerfüllung durch das Eurosystem geworden. Das Eurosystem hat das alleinige Verfügungsrecht. Da das Halten und Verwalten der Währungsreserven eine genuine Aufgabe des ESZB ist, besteht kein Entscheidungsspielraum etwa für ein zweckgewidmetes „outsourcing“ von Teilen der Währungsreserven.

### ... einschließlich nötiger Höhe der Währungsreserven

Gemäß Art. 108 EG-V ist das ESZB/Eurosystem bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, Befugnisse und Pflichten unabhängig und weisungsfrei. Die Gemeinschaftsorgane und -einrichtungen sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die EZB und die NZBen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen. Auf die Währungsreserven umgelegt, bezieht sich dieses Verbot sowohl auf das Management als auch auf die Entscheidung über die für die Aufgabenerfüllung des ESZB erforderliche Höhe der zu haltenden Währungsreserven. Dies bedeutet nicht, dass die Höhe der Währungsreserven des ESZB für immer festgeschrieben ist. Das ESZB kann die Höhe der Währungsreserven sich ändernden währ-

rungs- und geldpolitischen Erfordernissen anpassen.

### Vorsorge für künftige internationale Verpflichtungen

Die NZBen selbst unterliegen dabei einer Reihe rechtlicher Beschränkungen, die sich aus dem EG-V und abgeleiteten Rechtsakten sowie aus internationalen Verpflichtungen ergeben. Zum einen müssen sie gemäß Art. 31 Abs. 2 ESZB/EZB-Statut bei Transaktionen mit Währungsreserven ab Erreichen bestimmter Schwellenwerte die Zustimmung der EZB einholen, um Konsistenz mit der Euro-Währungs- und -Geldpolitik sicherzustellen. Zum anderen verbietet der Art. 101 EG-V den Zentralbanken des ESZB die über die jährliche Gewinnausschüttung hinausgehende Zuführung von Zentralbankmitteln an den Staat (Verbot der monetären Staatsfinanzierung). Weiters kann die EZB von den NZBen in Zukunft zusätzliche Währungsreserven abrufen. Der Rahmen für die Abrufung über weitere 1,2 Mrd EUR von der OeNB ist bereits beschlossen, dies schließt darüber hinausgehende künftige Abrufungen nicht aus. Die potenziell vom IWF abrufbaren Währungsreserven der OeNB belaufen sich auf 2,6 Mrd EUR.

### Internationale Vergleiche hinken

Der Charakter von Währungsreserven als „öffentliches Gut“ entzieht sich gängigen privatwirtschaftlichen Einschätzungskriterien. Tendenziell werden Währungsreserven in ruhigen Zeiten als „überschüssig“ eingestuft, während sie in Krisenzeiten plötzlich „unzureichend“ erscheinen. Zusätzlich stellen die neuen Bedingungen der europäischen Währungsunion noch nicht getestetes Neuland dar. Mitunter international angestellte

Vergleiche der Höhe von Währungsreserven, etwa mit der Bank of Japan oder dem Federal Reserve System in den USA, leiden unter der mangelnden Vergleichbarkeit der rechtlichen, institutionellen, historischen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

#### Eiserne Reserve in Krisenzeiten

Zwar besteht einerseits für eine einzelne Zentralbank innerhalb des Euroraums naturgemäß nicht mehr die Notwendigkeit, für die einzelne nationale Währung zu intervenieren. Auch der mögliche Bedarf an „offiziellen“ Devisenbeständen zur Begleichung internationaler Verbindlichkeiten sinkt durch die Währungsunion. Andererseits bleiben eine Reihe wesentlicher Motive zur Haltung von Währungsreserven unverändert gültig. Die Währungsreserven bilden auch in der nächsten und fernen Zukunft eine wichtige eiserne Reserve für außergewöhnliche Krisensituationen.

#### Währungsreserven sind Anker

**für Glaubwürdigkeit des noch jungen Euro**  
Ebenso ist die Besicherung des Geldumlaufs durch der Einflussphäre des Staats entzogene Aktiva nach wie vor ein wesentlicher Anker für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer Währung bei der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang muss die Zentralbank die Verbindlichkeiten ihrer Bilanz abdecken. Nach nur vier Jahren WWU gilt dies in besonderem Maß für den Euro und das Eurosystem, die in historischer Perspektive sehr jung sind.

Der Prozess zur vollen Etablierung des Euro als „Weltwährung“ wird noch viele Jahre dauern. Der Euro hat noch wichtige Bewährungsproben vor sich. Er wird in den nächsten Jahren in den Augen der heimischen und internationalen

Öffentlichkeit sowie der internationalen Devisen- und Finanzmärkte beweisen müssen, dass er über mehrere Konjunkturzyklen hinweg, vor dem Hintergrund von unerwarteten politischen oder Finanzmarktschocks und auch in einer um neue Beitrittsländer erweiterten WWU dauerhaft stabil ist. Politisches Drängen zum Abbau so genannter überschüssiger Währungsreserven wäre eine offene Verletzung der Unabhängigkeitsbestimmungen des EG-V und würde die Glaubwürdigkeit des Eurosystems untergraben.

#### Hohe jährliche Gewinnabfuhr an den Staat

Neben ihrer Funktion als Deckungswert stützen die Währungsreserven die Glaubwürdigkeit und die Unabhängigkeit der Währungspolitik auch auf eine andere Weise. Die Erträge aus den Währungsreserven sichern die finanzielle Unabhängigkeit des Eurosystems und dienen nur zu einem geringen Teil der Deckung der Betriebskosten der Zentralbank. Der weitaus größte Anteil (93%) des Gewinns der OeNB fließt an die Republik Österreich. Für das Geschäftsjahr 2002 beträgt die Gewinnabfuhr an den Bund (Gewinnanteil und Körperschaftsteuer) 1,4 Mrd EUR, dies entspricht annähernd den gesamten staatlichen Förderungen für Forschung und Entwicklung in diesem Jahr. Seit Beginn der Währungsunion sind durch die OeNB 5,7 Mrd EUR an Gewinn und Körperschaftsteuer an den Bund abgeführt worden.

#### Finanzmarktwirkungen von Währungsreserventransaktionen

Sollte das Eurosystem aus geld- und währungspolitischen Überlegungen in der Zukunft Bilanzumschichtungen zur Verringerung der Währungs-

reserven durchführen, müsste dies äußerst behutsam und graduell erfolgen. Die involvierten Volumina wären ansonsten durchaus geeignet, die Devisenmärkte unerwünscht zu beeinflussen. Die Sterilisation von liquiditätsabsorbierenden Devisenverkäufen durch expansive heimische Geldmarktoperationen ist bei größeren Volumina nicht problemlos. Bei einer abrupten Rückführung der Bestände an Fremdwährungsstaatsanleihen wären auch Auswirkungen auf das europäische Anleihezinsniveau nicht auszuschließen.

#### Primat der währungspolitischen Erfordernisse des Euroraums

Das Primat der währungspolitischen Erfordernisse des Euroraums und die rechtlichen und institutionellen Regeln einschließlich der Unabhängigkeit des Eurosystems bei der Erfüllung seiner Aufgaben müssen bei jeglicher Diskussion um die Zukunft der Währungsreserven des Eurosystems bzw. der OeNB jedoch vollinhaltlich respektiert und eingehalten werden. Entscheidungen über die Höhe und Zusammensetzung von Währungsreserven müssen unter sehr langfristigen, strategischen Gesichtspunkten getroffen werden und die Komplexität der Materie sowie die hohe Sensibilität der Bevölkerung und der Finanzmärkte zu diesem Thema voll berücksichtigen.

#### Effizientes Management der Währungsreserven

**Veränderungen durch Übergang zum ESZB**  
Mit dem Übergang zum ESZB hat sich für die OeNB eine Reihe struktureller Änderungen im Bereich des Managements der Währungsreserven ergeben. Mit 1. Jänner 1999 wurde ein Teil der Gold- und Fremdwährungsreserven (in US-Dollar und japanischen Yen) gegen eine entspre-

chende Forderungsposition in das Eigentum der EZB übertragen. Diese Fremdwährungsreserven werden von den NZBen im Namen und auf Rechnung der EZB verwaltet. Die EZB legt die Veranlagungsrichtlinien inklusive der Risikoparameter fest. Innerhalb dieses Rahmens stehen die NZBen, die am Eurosystem teilnehmen, zueinander im Wettbewerb, und die Ergebnisse werden monatlich verglichen.

#### Erfolgsfaktoren im Devisenmanagement der OeNB

Die OeNB hat sich in diesem Umfeld bisher sehr erfolgreich behauptet. Dafür sind vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

- Die OeNB ist eine kleine, flexible Notenbank mit starker Marktorientierung. Neue Entwicklungen im Bereich von Veranlagungsinstrumenten und -techniken sowie im Risikomanagement werden umgehend analysiert und gegebenenfalls rasch in das OeNB-Instrumentarium integriert.
- Die OeNB investiert laufend in die Qualität der im Veranlagungsbereich tätigen Mitarbeiter, um durch Schulungen, Auslandsaufenthalte, Workshops etc. für den Wettbewerb im Reservenmanagement bestmöglich gerüstet zu sein.
- Die OeNB beteiligt sich aktiv an einem intensiven Informationsaustausch mit Zentralbanken innerhalb und außerhalb des ESZB sowie mit Geschäftsbanken. Besonderes Gewicht kommt in diesem Zusammenhang der Mitarbeit bei den zahlreichen Arbeitsgruppen und Komitees des ESZB zu.
- Die Hauptabteilung Treasury der OeNB verfügt mit je einer Vertretung in London und New York

über Repräsentanzen auf den zwei wichtigsten internationalen Finanzplätzen. Diese dienen unter anderem einer besonders marktnahen Informationsbeschaffung.

Die erwähnten Faktoren kommen nicht nur der Qualität des EZB-Reservenmanagements der OeNB zugute, sondern auch dem betragsmäßig viel umfangreicheren Bereich der in Eigenverantwortung verbliebenen Reserven der OeNB, die ebenfalls Bestandteil der gesamten ESZB-Reserven sind. Diese im Eigentum der OeNB befindlichen Reserven bestehen im Gegensatz zu den an die EZB übertragenen Reserven nicht nur aus Gold und Devisen, sondern auch aus Veranlagungen in Euro. Aus Gründen der Risikodiversifikation wird nicht nur in US-Dollar, sondern auch in eine Reihe anderer Währungen investiert. Zur Absicherung des in diesen Beständen inhärenten Risikos sind entsprechende Risikovorsorgen zu treffen.

#### Goldpolitik der OeNB

Die Goldpolitik der OeNB wie auch die der anderen Zentralbanken im ESZB ist weitgehend durch das so genannte „Washingtoner Abkommen“ zum Gold vom 26. September 1999 festgelegt. Darin wurden einerseits die zulässigen Verkaufsmengen bestimmt und andererseits die Goldveranlagungsbestände der teilnehmenden Notenbanken auf dem Niveau zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens eingefroren. Innerhalb dieses Regelwerks hat die OeNB ihre längerfristige Politik moderater Goldverkäufe mit einer Gesamtquote von 90 t innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitrahmens weiter fortgesetzt und hält mit Ende 2002 einen Gesamtbestand von ca. 317 t Gold. Im Goldveranlagungsbereich hat die OeNB

unter anderem durch Schaffung geeigneter rechtlicher Grundlagen (z. B. für die Pfandbestellung) und durch Nutzung der Gestalt der Goldzinskurve ihre Aktivitäten noch weiter intensiviert und dadurch die entsprechenden Erträge ohne Inkaufnahme zusätzlicher Kreditrisiken deutlich steigern können.

#### Trotz eines schwierigen marktmäßigen Umfelds nutzt die OeNB Möglichkeiten zur Gewinnsteigerung bei gleichzeitiger Kontrolle des Risikos

Trotz eines sehr schwierigen Marktumfelds, das von großen Unsicherheiten und hoher internationaler Nervosität gekennzeichnet war, ist es der OeNB gelungen, auch im Jahr 2002 ein weit über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis zu erzielen.

Dies ist zu einem erheblichen Teil auf Umschichtungen von Devisenreserven in Euro zurückzuführen. Dadurch kam es wie schon in den bei den vorhergehenden Jahren auch 2002 zu erheblichen Gewinnrealisierungen. Darüber hinaus wurde dem durch diese Transaktionen abnehmenden Devisenkursrisiko bei der Bemessung der Risikovorsorge entsprechend Rechnung getragen.

Analog zur Praxis internationaler Geschäftsbanken wird das Management der Reserven in US-Dollar und Kanadische Dollar der OeNB jeweils in der entsprechenden Zeitzone, das heißt in Wien und im Sinn einer Weitergabe des „Handelsbuches“ in der Repräsentanz New York, wahrgenommen.

Die OeNB ist eine jener Notenbanken, die sich schon relativ früh mit dem Einsatz so genannter derivativer Instrumente befasst hat. Diese bieten insbesondere im Bereich des Risikomanagements hoch liquide und kostengünstige Alternativen

zum herkömmlichen Absicherungs-instrumentarium.

Neben dem üblichen Instrumentarium an Veranlagungsinstrumenten öffentlicher und privater Schuldner werden in der OeNB auch Möglichkeiten zur Erzielung von Zusatzerträgen, wie z. B. durch Wertpapierleihegeschäfte, genutzt, wobei besonderer Wert auf die rechtliche Absicherung und das Risikomanagement gelegt wird.

**Infrastruktur des Treasury wird laufend verbessert und angepasst**

Den internationalen Standards entsprechend sind die Funktionen des Handels, der Geschäftsabwicklung und der entsprechenden Kontrolle und Verbuchung auch in der OeNB

voneinander strikt getrennt. Eine wichtige Voraussetzung für die effiziente und sichere Aufgabenerfüllung ist die Verfügbarkeit geeigneter IT-Systeme, wobei sich durch die dynamische Marktentwicklung sowohl im Geschäfts- als auch im IT-Bereich starke Anforderungen ergeben. Diesen Faktoren Rechnung tragend, hat sich die OeNB entschlossen, ein neues Handels- und Analysesystem zu implementieren, das einerseits in die bestehende Systemlandschaft passt und andererseits das erforderliche Instrumentarium für mehrere Jahre zukunftsicher abdeckt. Das System hat 2002 einen umfangreichen Testplan durchlaufen und befindet sich seit Anfang 2003 erfolgreich im Echtbetrieb.

# Effiziente Unternehmensführung durch leistungsfähige Organisation

## Aufgaben der OeNB im Überblick

### Duale Rolle der OeNB – ESZB und Österreich

Die Aufgaben der OeNB leiten sich aus ihrer besonderen Stellung als integraler Bestandteil des ESZB und aus ihrer Funktion einer nationalen Zentralbank ab. Die OeNB wirkt somit aktiv an der Geld- und Wäh-

rungspolitik des ESZB mit und trägt zur Stärkung des Finanzplatzes Österreich bei. Die OeNB stellt in beiden Funktionen den Nutzen ihrer Kunden und Partner in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.

Aus der genannten besonderen Stellung leiten sich im Wesentlichen folgende Aufgaben für die OeNB ab:

### Aufgaben der OeNB im Überblick

- *Mitwirkung des Gouverneurs im EZB-Rat und im Erweiterten Rat der EZB;*
- *intensive Einbindung in diverse Gremien des Eurosystems, des ESZB und der EU;*
- *volkswirtschaftliche Analysen und Forschungstätigkeit, insbesondere als Beitrag für die geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat;*
- *Schnittstelle zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaftspolitik und der Bevölkerung;*
- *Bereitstellung von aussagekräftigen, qualitativ hoch stehenden Statistiken, vor allem Monetärstatistiken, Zahlungsbilanzstatistiken, Zinssatzstatistiken, Aufsichtsstatistiken;*
- *Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den Banken zur Durchführung der auf Preisstabilität bedachten Geldpolitik;*
- *Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen zur Glättung außergewöhnlicher und unerwünschter Marktschwankungen;*
- *Management der eigenen Währungsreserven sowie des auf Österreich entfallenden Teils der Währungsreserven der EZB;*
- *Abwicklung und Überwachung der Mindestreserve;*
- *Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich mit Vernetzung ins Ausland (ARTIS, TARGET);*
- *Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Bargeld;*
- *Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten;*
- *Mitwirkung bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute sowie Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte;*
- *internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ).*

### Internationale Kooperation

Die Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung finden sich in den einzelnen Kapiteln des vorliegenden Geschäftsberichts im Detail beschrieben. Auf die internationale währungspolitische Zusammenarbeit wird in der Folge näher eingegangen.

Zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben ist die OeNB an internationalen Währungseinrichtungen beteiligt und in ein Kommunikationsnetzwerk von einschlägigen Gremien und internationalen Organisationen

sowie Finanzinstitutionen als aktiver Partner eingebunden. Damit ist die OeNB auch in der Lage, die Interessen und Perspektiven der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung einzubringen. Im nachfolgenden Kasten sind die Schwerpunkte der diesbezüglichen Tätigkeiten des Jahres 2002 beschrieben.

## OeNB in internationalen Organisationen und als internationaler Dialogpartner

### **Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)/Eurosistem**

Die OeNB ist integraler Bestandteil des unabhängigen ESZB/Eurosystems. Der Gouverneur der OeNB wirkt als Mitglied des EZB-Rats aktiv an geldpolitischen und technischen Entscheidungen dieses Gremiums sowie an der Vollziehung dieser Entscheidungen mit. OeNB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bereiten in den 13 Komitees des Eurosystems und seinen zahlreichen Arbeitsgruppen die Entscheidungen des EZB-Rats vor und bringen Positionen und Ausarbeitungen zu volkswirtschaftlichen, internationalen sowie institutionellen Fragestellungen ein.

### **Europäische Union (EU)**

Der Gouverneur der OeNB nimmt gemeinsam mit den anderen EU-Zentralbankgouverneuren an den informellen Treffen der EU-Finanzminister teil, in deren Rahmen strategisch wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der EU erörtert werden.

Die OeNB wirkt im Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA), in der Arbeitsgruppe IWF des WFA sowie im Wirtschaftspolitischen Ausschuss aktiv mit. In diesen EU-Gremien werden insbesondere die Ratssitzungen der EU-Wirtschafts- und -Finanzminister vorbereitet.

Der Informationsaustausch zwischen der EU und der OeNB sowie die Abstimmung in wirtschaftspolitischen Fragen werden durch die Repräsentanzen der OeNB in Brüssel und Paris wesentlich erleichtert und beschleunigt.

Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Beratenden Bankenausschuss trägt die OeNB auch zur Beratung der Europäischen Kommission bei der Vorbereitung von Koordinierungsmaßnahmen im Bereich der Kreditinstitute bei.

Zur Vorbereitung der Erweiterung nehmen Vertreter der OeNB am makroökonomischen Dialog mit den EU-Beitrittsländern teil, in dessen Rahmen vor allem wirtschafts- und fiskalpolitische Themen erörtert werden.

### **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)**

Der Gouverneur der OeNB nimmt an den monatlichen BIZ-Gouverneurstreffen teil, die im Wesentlichen dem Informations- und Meinungsaustausch zu geld-, währungs- und finanzmarktpolitischen Themen dienen.

OeNB-Vertreter präsentieren bei BIZ-Tagungen Studien und wirken weiters bei diversen Arbeitsgruppen der BIZ mit, z. B. zur technischen Kooperation mit den Transformationsökonomien, aber auch auf dem Gebiet der Statistik.

### **Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)**

OeNB-Vertreter sind aktiv an der Arbeit verschiedener OECD-Komitees beteiligt, darunter im Wirtschaftspolitischen Komitee, im Finanzmarktkomitee sowie in verschiedenen Länderprüfungskomitees. Als großer Erfolg für Österreich kann gewertet werden, dass die OeNB seit dem Jahr 2002 den Vorsitz im Kapitalverkehrskomitee innehat. Die Beteiligung der OeNB in den Länderprüfungskomitees ist insofern von Bedeutung, als die OECD in diesem Bereich eine sehr wichtige Beraterfunktion für die Wirtschaftspolitik des geprüften Staats hat.

### **Internationaler Währungsfonds (IWF)**

Der Gouverneur der OeNB ist Vertreter Österreichs im Gouverneursrat des IWF. Als solcher nimmt er an den Frühjahrs- und Jahrestagungen des IWF teil, bei denen vor allem die weltweite wirtschaftliche Entwicklung sowie Maßnahmen und Instrumente zur Verhinderung und zur besseren Bewältigung von internationalen Finanzkrisen erörtert werden.

Am 3. Mai 2002 lud die OeNB zu einem Treffen der Mitglieder der IWF-Stimmrechtsgruppe in Wien ein, bei dem ein Meinungsaustausch zu Fragen der Finanzmarktstabilität und zu den Financial-Sectors-Assessment-Programmen des IWF stattfand.

### **OeNB als Plattform für den internationalen Meinungsaustausch**

Darüber hinaus fungiert die OeNB als Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu wirtschafts-, währungs- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung, dies insbesondere auch im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa.

In diesem Zusammenhang organisierte die OeNB 2002 mehrere Konferenzen und Seminare, wie die Volkswirtschaftliche Tagung zum Thema „Wettbewerb der Regionen und Integration in die WWU“, die Ost-West-Konferenz zu „Structural Reforms and the Search for an Adequate Policy Mix in Central and Eastern Europe“, die Konferenz „Financial Market Regulation in Accession Countries“ (in Zusammenarbeit mit dem Centre for Economic Policy Research/European Summer Institute), eine „Monetary Union Conference“ (in Zusammenarbeit mit der Banco Central de Chile und der Universität Wien), das Alpbach-Seminar „Staatsbankrott: Wer trägt die Folgen?“ (in Zusammenarbeit mit der WKÖ). Darüber hinaus wurde eine Reihe von Workshops wie „EU Enlargement to the East: Effects on the EU-15 in General and on Austria in Particular“, „Fiscal Monitoring in the EU – Perspectives for the Accession Countries“ oder „Pension Finance Reform: From Public to Financial Economics“ abgehalten.

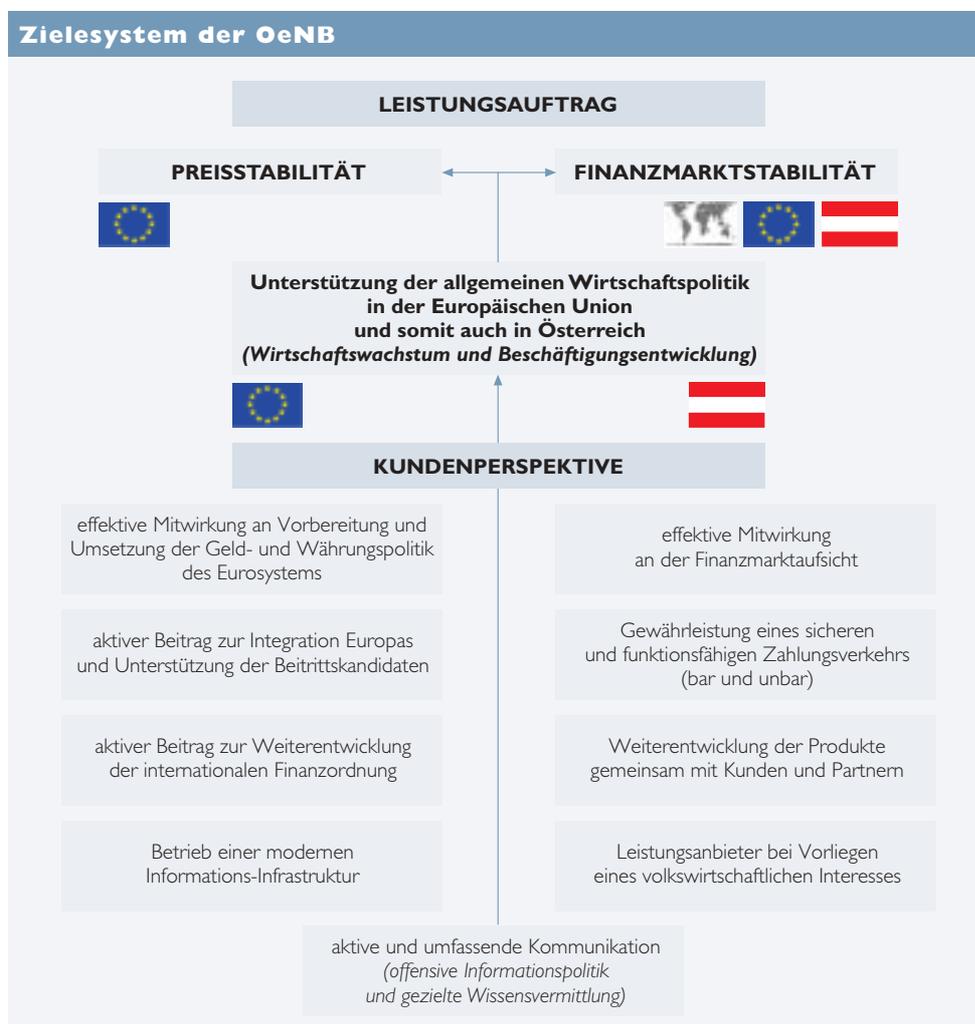
## Leistungsauftrag und Kundenorientierung als Prämisse professioneller Aufgabenerfüllung

Weiterentwicklung  
der Unternehmensstrategie

Die OeNB begann im Herbst 2001 mit der Konzeption der Strategie für den Zeitraum 2003 bis 2006. Die Strategiearbeit der OeNB stützt sich auf das Leitbild mit langfristiger Per-

spektive, auf die Ziele der Unternehmensstrategie mit mittelfristiger Perspektive und auf die operative Jahresplanung.

Das Leitbild stellt die duale Funktion der OeNB – in Österreich und im ESZB/Eurosystem – sowie die konsequente Kundenorientierung in den Vordergrund. Das nachstehende Schaubild verdeutlicht diese Kundenorientierung.



Im Jahr 2002 wurde damit begonnen, diese allgemein definierten Zielsetzungen in den einzelnen Geschäftsfeldern der OeNB zu konkretisieren. Zu diesem Zweck wurde das betriebswirtschaftliche Instrumenta-

rium ausgebaut (z. B. Nutzwertanalysen) bzw. verstärkt an die aktuellen und zukünftigen Umfeldbedingungen der OeNB angepasst (z. B. Benchmarking).

Neben der kontinuierlichen Verbesserung der betrieblichen Abläufe hat die Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie Auswirkungen auf die optimale organisatorische Bewältigung der Aufgaben.

**Weitere Optimierung  
der Geschäftsprozesse  
und Verstärkung der Kundenperspektive**

Als einer der Schwerpunkte dieses Optimierungsprozesses wurde im Jahr 2002 ein Organisationsprojekt durchgeführt, im Rahmen dessen das Rechnungswesen der OeNB analysiert wurde. Ein weiteres Beispiel der Optimierung von Geschäftsprozessen in der OeNB war das Projekt „FRONT OFFICE Handelssystem“. Im Rahmen dieses Vorhabens wurden neue IT-Systeme für den Geschäftsbereich Treasury implementiert und damit die Grundlage für eine Optimierung der organisatorischen Arbeitsabläufe gelegt, insbesondere für die Prozessschritte Ticket-Erstellung, Portfolioführung, -analyse, Simulation, Veranlagungsanalyse, Limitwesen sowie Performance-Messung.

Die OeNB versteht sich als kundenorientiertes Unternehmen und bemüht sich daher, in einem permanenten Verbesserungsprozess den Service auf den Kundennutzen auszurichten. Dabei steht insbesondere die Kommunikation mit den Kunden (z. B. Banken, Wirtschaftsunternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, andere Zentralbanken, Öffentlichkeit) der OeNB im Vordergrund, um deren Wünsche und Anforderungen optimal umzusetzen. Ein zweiter Schwerpunkt besteht darin, interne Leistungsprozesse effizient zu gestalten.

**Etablierung eines permanenten  
eBusiness-Innovationsprozesses**

Die OeNB setzte ihre im Jahr 2001 gestartete eBusiness-Initiative im Jahr 2002 mit dem Projekt „eBusiness II/ Electronic Customer Processes“ fort. Ziel dieser Initiative ist die Automatisierung kundenorientierter Geschäftsprozesse via Internet, um die Nutzungsmöglichkeiten für Kunden von OeNB-Produkten durch optimale Kommunikation zu unterstützen. Im Rahmen des aktuellen Projekts wurde die Akzeptanz der Öffentlichkeit für die bereits im Internet aktiven ePrototypen bewertet. Auf Grund der positiven Resonanz wurden 2002 weitere nützliche eBusiness-Kommunikationsideen entwickelt und im Internet angeboten.

Derzeit befinden sich Anwendungen<sup>1)</sup> im Echtbetrieb, die ohne spezielle Zugriffsberechtigungen oder Vorkenntnisse von einer breiten Öffentlichkeit genutzt werden können wie z. B.:

- <http://dictionary.oenb.at>: Terminologiedatenbank für bankspezifisches Fachvokabular;
  - <http://dieaktuellezahl.oenb.at>: Entwicklung und Beschreibung wichtiger Kennzahlen aus der österreichischen Wirtschaft;
  - <http://karriere.oenb.at>: Personalforum mit Informationen betreffend ausgeschriebene Stellen der OeNB und einer Möglichkeit, Bewerbungen direkt vorzunehmen.
- Eine andere Gruppe von Anwendungen ist nur einer vordefinierten Gruppe von Usern zugänglich wie z. B.:
- eTender: Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte im Bereich des Liquiditätsmanagements;
  - ARTIS Online: Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit der OeNB;
  - Großkreditevidenz: interaktive Meldung und Informationsabfrage.

<sup>1</sup> Sämtliche derzeit im Echtbetrieb befindlichen eBusiness-Anwendungen der OeNB sind direkt unter <http://ebusiness.oenb.at> sowie auf der OeNB-Homepage <http://www.oenb.at> unter dem Punkt ePrototypen zu finden.

### Weiterentwicklung des Personalmanagements

Die OeNB ist im Bereich des Humanressourcen-Managements um eine Steigerung der Attraktivität als Dienstgeber bemüht. Zahlreiche Komponenten wie z. B. die Schaffung und die Neugestaltung der Teilzeit haben bereits dazu beigetragen.

Ein weiterer Schritt in Richtung Ausweitung der Flexibilisierung der Arbeitszeit ist die Einführung von Teleworking in der OeNB. Sowohl den Mitarbeitern als auch dem Unternehmen wird dadurch die Möglichkeit geboten, Vorteile und Chancen dieses Arbeitszeitmodells zu nutzen. In einer einjährigen Testphase mit Mitarbeitern aus unterschiedlichen Aufgabengebieten werden die Auswirkungen erprobt.

Die Personalentwicklung hat ihre bedarfsorientierten Ausbildungsmaßnahmen verstärkt auf die strategischen Schwerpunktthemen „Kunden- und Prozessorientierung“ ausgerichtet. Die Kooperationen innerhalb des ESZB haben sich weiter intensiviert; unter anderem kam es zu einer Kooperation im Ausbildungsprojekt Basel II zwischen der OeNB und der Deutschen Bundesbank, die positive kostenseitige und qualitative Effekte bringt.

Die OeNB ist aktiv an der Erarbeitung verschiedenster internationaler Personalentwicklungsprojekte innerhalb des ESZB beteiligt, deren Ziel es ist, die stetige internationale Vernetzung im Personalsektor weiter auszubauen. Die Mitarbeiter der OeNB profitierten von internationalen Jobrotationen ebenso wie von gemeinsamen Ausbildungsangeboten.

Entscheidend für die OeNB ist es, für das Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu erhalten. Zu den von der OeNB zu diesem Zweck zu schaffenden An-

reizen zählt das lebensbegleitende Lernen, eine bessere Informationspolitik, die bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Freizeit.

### Zukunftsorientiertes IT-Managementsystem

Die Informatikabteilungen der OeNB stellen sowohl den Geschäftsbereichen der OeNB als auch den Tochtergesellschaften IT-Infrastruktur, -Anwendungen und -Dienstleistungen zur Verfügung. Insbesondere die Tochtergesellschaften OeBS und GSA nutzen diese Leistungen zur Unterstützung ihres Geschäftsbetriebs. Die Hauptaufgabe im Jahr 2002 war, die OeBS und die GSA bei der Verteilung des Euro und der Rücknahme des Schilling mit neuen IT-Systemen zu unterstützen. Für die GSA wurden binnen kürzester Zeit IT-Systeme für die Eingangsbearbeitung, Bestellung und Auslieferung bis hin zum Zahlungsverkehr realisiert.

Infolge der Einführung des Euro-Bargelds wurden die IT-Systeme der OeNB weiter konsolidiert und durch plattformübergreifende Steuerung (Umbrella-Systems-Management) Qualität und Verfügbarkeit der IT-Systeme als Schwerpunktziele verfolgt. Auf Basis der Erkenntnisse aus der Euro-Einführung wurden die IT-Anwendungen der OeNB und ihrer Tochtergesellschaften den aktuellen Markterfordernissen angepasst und damit ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung „Zahlungsmittelcluster“ gesetzt, der die zukunftsfähige Entwicklung im Bereich der Bargeldversorgung am Standort Österreich absichert.

Mit der Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur für eBusiness-Anwendungen und der Nutzung moderner Sicherheitstechnologien und Signaturlösungen bietet die IT der OeNB nun die Basis, auch in die-

sem Bereich den Kunden und Partnern innovative Lösungen und Produkte anbieten zu können. Diese Aktivitäten erfolgen in Kooperation mit der Tochtergesellschaft A-Trust, die den Zugang zu bestimmten eBusiness-Anwendungen der OeNB mittels Zertifikaten unterstützt.

#### Weiterentwicklung des EMAS-Umweltmanagements

Als moderne Zentralbank bekennt sich die OeNB zur Verantwortung für den Umweltschutz und hat dies seit 1989 in ihrem Leitbild festgeschrieben. Seither folgten zahlreiche Aktivitäten zum Umweltschutz. Beim unternehmensweiten Einsatz von Recyclingpapier oder bei der umfassenden Deklaration der Reinigungsmittel war die OeNB Vorreiter und Wegbereiter. Das Engagement der OeNB wurde durch Umweltauszeichnungen auch öffentlich anerkannt. So wurde Ende 2002 das Abfallmanagementteam für die Bemühungen um die stoffliche Verwertung der geschredderten Banknoten mit dem Preis „Abfallmanager 2002“ der Gemeinde Wien ausgezeichnet.

Als logische Konsequenz des jahrelangen Umweltengagements erfolgte mit der Einführung eines umfassenden Umweltmanagementsystems nach der EMAS-Verordnung eine weitere Professionalisierung und Ausweitung der OeNB-Umweltaktivitäten. Im September 1999 wurde mit einem Teilbereich (Geldzentrum der OeNB) gestartet; nunmehr wurde das System auf das gesamte Unternehmen ausgeweitet:

- Die OeNB hat das von drei externen Auditoren durchgeführte Umweltaudit bestanden und ist nun als gesamtes Unternehmen am Standort Wien nach der EMAS-Verordnung zertifiziert. Eine Ausweitung auf die Zweig-

anstalten ist für das Jahr 2003 geplant.

- Zur Umsetzung der – in der neu erstellten Umwelterklärung – festgelegten Ziele wurde eine Umweltorganisation aufgebaut. Dieses neue Umweltteam besteht im Wesentlichen aus dem Umweltbeauftragten, dem Abfallbeauftragten und Mitarbeitern aus jeder Hauptabteilung (Umweltcontroller).
- Als Werkzeug für das Umweltmanagementsystem wurde eine Öko-Datenbank implementiert. Sie dient einerseits zur Speicherung und Auswertung umweltrelevanter Daten, andererseits ist sie das Werkzeug für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess und für die Dokumentation. Jedes Umweltteammitglied hat auf die Datenbank Zugriff.

### Tochtergesellschaften der OeNB

#### Leistungsfähige Strukturen unterstützen die Aufgabenerfüllung der OeNB

Die OeNB ist unter anderem für die Versorgung Österreichs mit Bargeld sowie für das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme verantwortlich. In Erfüllung dieser Aufgabe bedient sie sich teilweise ihrer Tochtergesellschaften. Demgemäß verfügt die OeNB über eine Reihe von Beteiligungsunternehmen, die dem Bereich Zahlungsmittel zuzuordnen sind.

Im Bereich „Zahlungsmittel – Bargeld“ verfügt die OeNB über die Beteiligungen an der Münze Österreich AG (MÖAG) und der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS), wodurch die Produktion der Euro-Banknoten bzw. -Münzen gebündelt werden konnten. Als drittes diesem Bereich zuzuordnendes Unternehmen ist die

GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) zu nennen, an der die OeNB mehrheitlich beteiligt ist. Mit der GSA ist es gelungen, die Bargeldlogistik für den österreichischen Finanzplatz unter Einbindung zahlreicher Kreditinstitute auf eine breite kostengünstige Basis zu stellen.

Dem Bereich „Zahlungsmittel – unbarer Zahlungsverkehr“ ist zunächst das Beteiligungsunternehmen AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. als wichtigster Produzent von hochsicheren Chipkarten in Österreich zuzuordnen. Weiters zählen zu diesem Bereich aber auch die Minderheitsbeteiligungen der OeNB an der Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H., der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH (A-Trust) und der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH. Diese Gesellschaften dienen im Wesentlichen der Erzielung einer kosten- und sicherheitsoptimalen Infrastruktur für den österreichischen Finanzplatz, weshalb sich die OeNB als neutraler Partner neben österreichischen Kreditinstituten an diesen zukunftsorientierten Unternehmen beteiligte.

Durch strategische Bündelung des Know-how und eine abgestimmte Leistungspalette im Sinne eines Vollsortiments im Zahlungsmittelbereich trägt die OeNB durch diese Tochtergesellschaften

- zur Erhöhung der Sicherheit im Zahlungsverkehr (z. B. fälschungssichere Banknoten und Münzen sowie stabile Datennetze);
- zur Verbesserung der Qualität der Produkte für den Zahlungsver-

kehr (z. B. kompatible Zahlungsverkehrsmedien) sowie

- zur Senkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten in Österreich (z. B. durch Zusammenführung der Bargeldbearbeitungsfunktionen in der GSA) bei.

Die Tochtergesellschaften der OeNB unterstützen die OeNB bei deren effektiver und effizienter Aufgabenerfüllung.

#### Förderung effizienter und zuverlässiger Zahlungssysteme

Mit Hilfe ihrer auf dem Markt agierenden Beteiligungsunternehmen ist die OeNB bestrebt, in bestmöglicher Weise für die Versorgung Österreichs mit Bargeld sowie für das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs Sorge zu tragen. Jüngstes Beispiel für die Richtigkeit des Konzepts ist die erfolgreiche Euro-Bargeldumstellung, bei der die Tochtergesellschaften der OeNB eine wichtige Rolle als operative Träger der Umstellungsarbeiten einnahmen. Diese notenbankbezogenen Aufgaben sind auch in Zukunft der strategische Schwerpunkt für die Beteiligungsunternehmen der OeNB. Insbesondere da sie im Zahlungsmittel- bzw. Zahlungssystembereich eine breite Produktpalette abdecken, können die Sicherheitsüberlegungen der OeNB unter bestmöglichen wirtschaftlichen Bedingungen verfolgt und dadurch auch ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen erzielt werden. Durch koordinierte Maßnahmen sollen die Tochtergesellschaften als Vollsortimenter im Zahlungsmittel-, Zahlungsverkehrs- und Wertbereich fungieren. Ebenso kommt der Forschung und Entwicklung eine wesentliche Bedeutung zu. Mit Hilfe von hoch spezialisierten Fachkräften und modernsten Mitteln werden zukunftssträchtige Technolo-

## Zahlungsmittelcluster der OeNB

### Bargeld

#### Produktion von Bargeld

##### Münze Österreich AG (MÖAG)

- Prägung, In-Verkehr-Setzen und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen
- Erzeugung und Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen
- Engineering- und Consultingleistungen

##### Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)

- Banknoten- und Sicherheitsdruck
- Handel mit Druckerzeugnissen
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen

### Unbarer Zahlungsverkehr

#### Produktion von Zahlungsverkehrstools

##### AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m. b. H.

- Produktion und Vertrieb von Drucksorten, Kreditkarten und Kartensystemen, ferner von Geräten, die für die Herstellung bzw. Benützung dieser Systeme geeignet sind
- Produktion und Vertrieb von Ausweissystemen



#### Bargeldbearbeitung

##### GELDSERVICE AUSTRIA

##### Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)

- Geldbearbeitung
- Versorgung mit Banknoten und Münzen
- Logistik



#### Bereitstellung von Infrastruktur sowie Absicherung des Finanzplatzes

##### Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH

- Auf- und Ausbau des Services der Bankomaten und der Bankomatassen
- EDV-Leistungen

##### A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH

- Zertifizierungsdienste im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen

##### Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.

- Studiengesellschaft zur Erarbeitung von Konzeptionen und Maßnahmen zur Reduktion der Zahlungsverkehrskosten der Kreditinstitute

gien und Produkte entwickelt. Als Vorreiter in Bezug auf Innovation können z. B. die OeBS (Entwicklungen im Bereich Sicherheitsmerkmale, Produktionsverfahren, Fälschungserkennung) und die AUSTRIA CARD (Softwareentwicklungen im Chipkartenbereich) genannt werden.

### Beteiligungsveränderungen im Geschäftsjahr

Im Jahr 2002 erfolgte im Bereich der GSA eine neuerliche Erweiterung des Gesellschafterkreises durch Abtretung von Minderheitsanteilen durch die OeNB an weitere Banken, die ebenfalls die Leistungen der Gesellschaft in Anspruch nehmen wollen.

Für die A-Trust brachte das Geschäftsjahr 2002 die Zusammenführung der eigenen Signaturdienstleistungen mit einem anderen österrei-

chischen Signaturanbieter. Die damit einhergehende Umstrukturierung im Gesellschafterbereich ergab eine geringfügige Reduzierung des OeNB-Anteils an der Gesellschaft.

Bei der APSS wurde über Wunsch der übrigen Gesellschafter der Gesellschaftsanteil der OeNB von bisher 10 auf 38% erhöht.

### Implementierung einer marktorientierten Konzernsteuerung

Im Jahr 2002 wurde im Rahmen eines Projekts die betriebswirtschaftliche Steuerung der Leistungserstellung der OeNB im Verhältnis zu ihren Tochtergesellschaften weiter ausgebaut und eine professionelle Dienstleistungsverrechnung zwischen den betroffenen Unternehmen unterstützt.

## **Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur**

### **Forschungsförderung**

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft stellte seit seiner Gründung im Jahr 1966 rund 568 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung. Er ist damit zu einem bedeutenden Baustein der Zukunftssicherung der heimischen Wissenschaft und Forschung geworden.

Im Jahr 2002 verwendete die OeNB von dem ihr verbleibenden Reingewinn mit etwa 70 Mio EUR erneut den Großteil für die Forschungsförderung. Im Rahmen der wirtschaftsorientierten Forschung kam im Berichtsjahr ein Betrag von rund 65 Mio EUR zur Ausschüttung. Diese Mittel wurden unter anderem für die Refinanzierung von insgesamt 146 wirtschaftsorientierten Forschungsprojekten im Wege des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) bereitgestellt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2002 sechs Christian-Doppler-Laboratorien der Christian-Doppler-Forschungsgesellschaft (CDG), fünf Forschungsvorhaben im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Zahlungsmittel, das Institut für Molekulare Biotechnologie GmbH (IMBA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) sowie drei Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO, IHS und WIIW) unterstützt.

Im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel wurden 227 Forschungsprojekte mit rund 12,4 Mio EUR aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Sozialwissenschaften und Geistes-

wissenschaften gefördert. Besonderes Schwergewicht wurde auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt. Im Rahmen des „Forums Jubiläumsfonds“ werden laufend interessante Projektergebnisse einer Fachöffentlichkeit präsentiert. Mit diesen Förderungen hat die OeNB einen erheblichen Beitrag zur Innovationsförderung, Technologieentwicklung, Standortattraktivität sowie zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft geleistet.

### **Kulturförderung**

Die OeNB widmet auch der Kulturförderung besonderes Augenmerk. Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente besteht derzeit aus 29 Instrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen und österreichische Orchester und Kammermusikensembles verliehen werden. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, diese Sammlung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

So fand in Zusammenarbeit mit dem ORF bereits zum zweiten Mal ein Konzertzyklus unter dem Titel „Stradivari & Co.“ im RadioKulturhaus statt.

Weiters wurde das Buch „Meisterwerke der Geigenbaukunst“ präsentiert, das vom Direktor der Sammlung alter Musikinstrumente des Kunsthistorischen Museums, Rudolf Hopfner, in Zusammenarbeit mit der OeNB verfasst wurde. Diese Publikation stellt eine wissenschaftliche Dokumentation der Streichinstrumentensammlung der OeNB dar und bietet anhand von umfassenden Beschreibungen der Instrumente, Maßangaben, Fotos und, soweit möglich, kurzen Übersichten über die Vorbesitzer einen umfassenden Einblick in die Sammlung der OeNB.





Jahresabschluss 2002  
der Oesterreichischen Nationalbank

# Bilanz zum 31. Dezember 2002

## Aktiva

	31. Dezember 2002 in Euro	31. Dezember 2001 in Euro
<b>1. Gold und Goldforderungen</b>	3.336,169.087'69	3.519,118.265'13
<b>2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	8.964,563.163'—	13.979,832.639'04
2.1 Forderungen an den IWF	998,506.293'06	1.262,683.249'24
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	7.966,056.869'94	12.717,149.389'80
<b>3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	788,121.132'87	1.108,565.345'82
<b>4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	1.268,490.067'32	1.569,219.994'13
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.268,490.067'32	1.569,219.994'13
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	—	—
<b>5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	2.851,119.297'—	1.290,549.780'—
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2.679,245.467'—	379,071.760'—
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	171,873.830'—	911,478.020'—
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
<b>6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	81.554'11	182,269.783'31
<b>7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	2.015,082.547'10	1.742,630.781'57
<b>8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	351,366.342'42	287,632.718'05
<b>9. Intra-Eurosystem-Forderungen</b>	4.175,873.646'22	3.153,430.658'76
9.1 Beteiligung an der EZB	117,970.000'—	117,970.000'—
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179,700.000'—	1.179,700.000'—
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	×	×
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	—	—
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	2.878,203.646'22	1.855,760.658'76
<b>10. Schwebende Verrechnungen</b>	86,106.011'07	83,404.749'23
<b>11. Sonstige Aktiva</b>	9.836,252.296'47	4.384,003.886'29
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	345,879.860'37	151,994.553'97
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	146,872.313'85	135,622.952'35
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.316,249.229'68	2.548,765.865'44
11.4 Neubewertungsposten aus auerbilanziellen Geschäften	12,065.471'25	6,571.481'94
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	325,957.680'22	355,593.036'02
11.6 Sonstiges	1.689,227.741'10	1.185,455.996'57
	<u>33.673,225.145'27</u>	<u>31.300,658.601'33</u>

<sup>1)</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

## Passiva

	31. Dezember 2002 in Euro	31. Dezember 2001 in Euro
<b>1. Banknotenumlauf</b>	10.237,504.457'54	10.172,302.497'04
<b>2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	3.541,818.388'57	5.497,601.442'69
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3.541,468.388'57	5.497,601.442'69
2.2 Einlagefazilität	350.000'—	—
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinsteuersoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
<b>3. Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	—	1.059,618.205'55
<b>4. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen<sup>1)</sup></b>	x	x
<b>5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	32,894.322'56	42,101.899'13
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	10,666.110'91	21,298.633'20
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	22,228.211'65	20,803.265'93
<b>6. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	1,731.293'20	63,530.444'37
<b>7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	92,137.718'11	308,726.918'84
<b>8. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	583,590.178'92	985,659.161'39
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	583,590.178'92	985,659.161'39
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	—	—
<b>9. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte</b>	232,096.033'50	255,051.392'95
<b>10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten</b>	7.403,756.720'—	—
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven <sup>1)</sup>	x	x
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	7.403,756.720'—	—
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	—	—
<b>11. Schwebende Verrechnungen</b>	85,345.638'01	507,385.260'28
<b>12. Sonstige Passiva</b>	1.405,665.367'63	1.516,790.955'97
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	13,921.305'80	207,999.252'71
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	206,904.633'25	109,867.776'42
12.3 Sonstiges	1.184,839.428'58	1.198,923.926'84
<b>13. Rückstellungen</b>	2.295,146.397'91	1.856,057.752'80
<b>14. Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>	3.448,891.071'01	4.680,053.372'83
<b>15. Kapital und Rücklagen</b>	4.212,554.582'22	4.247,440.269'22
15.1 Kapital	12,000.000'—	12,000.000'—
15.2 Rücklagen	4.200,554.582'22	4.235,440.269'22
<b>16. Bilanzgewinn</b> (hievon im Jahr 2002 118.388'57 EUR Gewinnvortrag)	100,092.976'09	108,339.028'27
	<u>33.673,225.145'27</u>	<u>31.300,658.601'33</u>

<sup>1)</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

# Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2002

	Geschäftsjahr 2002 in Euro	Geschäftsjahr 2001 in Euro
1.1 Zinserträge	1.024,920.983'44	1.287,006.069'51
1.2 Zinsaufwendungen	– 430,736.433'01	– 413,905.931'65
<b>1. Netto-Zinsenergebnis</b>	<b>594,184.550'43</b>	<b>873,100.137'86</b>
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	863,199.704'61	995,744.801'23
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	– 139,989.135'82	– 88,353.343'41
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	125,471.349'28	87,320.307'38
<b>2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen</b>	<b>848,681.918'07</b>	<b>994,711.765'20</b>
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	1,713.055'22	1,381.355'03
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	– 2,097.981'23	– 1,701.254'24
<b>3. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen</b>	<b>– 384.926'01</b>	<b>– 319.899'21</b>
4. Erträge aus Beteiligungen	242,848.036'33	54,095.046'59
5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	199.010'51	– 606.563'30
6. Sonstige Erträge	<u>84,483.298'22</u>	<u>7,322.868'26</u>
<b>Nettoerträge insgesamt</b>	<b>1.770,011.887'55</b>	<b>1.928,303.355'40</b>
7. Personalaufwendungen	– 98,103.441'50	– 92,971.491'46
8. Sachaufwendungen	– 100,158.690'79	– 110,604.056'83
9. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	– 21,882.518'83	– 19,945.786'71
10. Aufwendungen für Banknoten	– 33,042.822'48	– 62,232.247'83
11. Sonstige Aufwendungen	<u>– 2,057.936'33</u>	<u>– 1,119.902'18</u>
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>– 255,245.409'93</b>	<b>– 286,873.485'01</b>
	1.514,766.477'62	1.641,429.870'39
12. Körperschaftsteuer	<u>– 515,020.602'39</u>	<u>– 558,086.155'93</u>
	999,745.875'23	1.083,343.714'46
13. Gewinnanteil des Bundes	<u>– 899,771.287'71</u>	<u>– 975,009.343'01</u>
14.1 Jahresgewinn	99,974.587'52	108,334.371'45
14.2 Gewinnvortrag	118.388'57	4.656'82
<b>14. Bilanzgewinn</b>	<b><u>100,092.976'09</u></b>	<b><u>108,339.028'27</u></b>

# Anhang zum Jahresabschluss 2002

## Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

### Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG) in der geltenden Fassung unter Heranziehung der vom EZB-Rat gemäß Art. 26 Abs. 4 des ESZB/EZB-Statuts erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat als „Guideline of the European Central Bank of 5 December 2002 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2002/10)“ beschlossen<sup>1)</sup> und werden im vorliegenden Jahresabschluss der OeNB in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern die „Guidelines“ keine Vorgaben enthalten, ist auf die im § 67 Abs. 2 2. Satz NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen.

Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und 72 Abs. 1 des NBG in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. HGB ist auf Grund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2002 unverändert nicht gegeben.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur. Sie hat auf Grund der gülti-

gen „Guidelines“ (ECB/2002/10) folgende Änderung erfahren:

Der Aktivposten 9.4 „Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)“ wurde auf 9.5 umnummeriert. Im Zusammenhang mit der Darstellung des Banknotenumlaufs wurde der Aktivposten 9.4 „Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ neu geschaffen.

Der Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ wurde auf 10.4 umnummeriert, da zur Darstellung des Banknotenumlaufs der Passivposten 10.3 „Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ neu eingefügt wurde.

Die EZB und die zwölf nationalen Zentralbanken, die den Euro eingeführt haben und zusammen das Eurosystem bilden, geben seit dem 1. Jänner 2002 auf Euro lautende Banknoten aus.<sup>2)</sup> Der Gesamtwert der im Umlauf befindlichen Euro-Banknoten wird im Eurosystem am letzten Arbeitstag jeden Monats gemäß dem Banknoten-Verteilungsschlüssel<sup>3)</sup> zugeteilt. Auf die EZB entfällt ein Anteil von 8% des Gesamtwerts der umlaufenden Euro-Banknoten, während 92% der Euro-Banknoten von den zwölf nationalen Zentralbanken ausgewiesen werden. Jede nationale Zentralbank weist in ihren Finanzausweisen einen monatlich neu ermittelten Anteil an den ausgegebenen Euro-Banknoten im Passivposten 1. „Banknotenumlauf“ aus.

Die Differenz zwischen dem Wert der Euro-Banknoten, die jeder nationalen Zentralbank gemäß dem Banknoten-Verteilungsschlüssel zugeteilt

- <sup>1</sup> EZB-Rat-Beschluss vom 5. Dezember 2002.
- <sup>2</sup> Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 6. Dezember 2001 über die Ausgabe von Euro-Banknoten (ECB/2001/15).
- <sup>3</sup> Der Banknoten-Verteilungsschlüssel bezeichnet die Prozentsätze, die sich unter Berücksichtigung des Anteils der EZB an den insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten und aus der Anwendung des Kapitalzeichnungsschlüssels auf den Anteil der nationalen Zentralbanken an den insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten ergeben.

werden und dem Wert der Euro-Banknoten, den die jeweilige nationale Zentralbank in Umlauf gibt, führt zu Intra-Eurosystem-Salden. Liegt der Wert der ausgegebenen Euro-Banknoten unter dem Wert nach dem Verteilungsschlüssel, wird die Differenz im Aktivposten 9.4 „Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen. Liegt der Wert der ausgegebenen Euro-Banknoten über dem Wert nach dem Verteilungsschlüssel, wird die Differenz im Passivposten 10.3 „Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen.

Die Ausübung der währungspolitischen Aufgaben erzeugt monetäre Einkünfte. Gemäß der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB sind diese Einkünfte zusammenzulegen und unter den nationalen Zentralbanken entsprechend ihrer jeweiligen eingezahlten Anteile am Kapital der EZB zu verteilen. In die Berechnung der monetären Einkünfte wird ab 2002 der Banknotenumlauf miteinbezogen. Um den Einfluss dieser Verschiebungen auf das Ergebnis der einzelnen nationalen Zentralbanken abzufedern, werden die aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems stammenden Intra-Eurosystem-Salden im Zeitraum von 2002 bis 2007 im Rahmen einer Übergangsregelung angepasst.<sup>1)</sup> Die Grundlage der Anpassung sind die Unterschiede zwischen dem Durchschnittswert der im Zeitraum von Juli 1999 bis Juni 2001 in Umlauf befindlichen Banknoten jeder nationalen Zentralbank und dem Durchschnittswert der Banknoten, die ihnen nach dem Kapitalschlüssel der EZB in diesem Zeitraum zugeteilt

worden wären. Diese Anpassung wird bis Ende 2007 in jährlichen Schritten zurückgeführt. Danach werden die monetären Einkünfte zwischen den nationalen Zentralbanken vollständig entsprechend den jeweiligen eingezahlten Anteilen am Kapital der EZB verteilt. Die sich aus der Verzinsung der genannten Intra-Eurosystem-Salden ergebenden Zinszahlungen werden über die EZB verrechnet und sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im GuV-Posten 1. „Netto-Zinsenergebnis“ enthalten.

## **Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze**

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze basieren auf den vom EZB-Rat<sup>2)</sup> festgelegten Regelungen. Diese Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst.

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit,
- Bilanzvorsicht,
- Stichtagsbezogenheit,
- Wesentlichkeit,
- Unternehmensfortführung,
- Periodenabgrenzung,
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Für die Verbuchung von Geschäftsfällen ist der Zeitpunkt der Zahlung (Erfüllungstag) maßgeblich.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

<sup>1</sup> Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 6. Dezember 2001 über die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten ab dem Geschäftsjahr 2002 (ECB/2001/16).

<sup>2</sup> EZB-Rat-Beschluss vom 5. Dezember 2002 (ECB/2002/10).

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung in der Bilanz heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte gleichermaßen. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Die im „Sonstigen Anlagevermögen“ ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt.

Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Reversierung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht mög-

lich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien<sup>1)</sup> der Bank beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ (Kursdifferenzenreserve) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die „Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet“, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Gold- und Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die „Kursdifferenzenreserve“ und der

<sup>1)</sup> Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

„Ausgleichsposten aus Neubewertung“ herangezogen. Reichen diese dafür in ihrer Gesamtheit nicht aus, ist eine „Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken“ gewinnreduzierend zu dotieren. Nicht zur Risikoabdeckung benötigte Teile der Kursdifferenzenreserve werden gewinnerhöhend aufgelöst.

Zukünftige Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können auf Grund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Bei unter oder über pari ausgegebenen bzw. erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Rest-

laufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapitalbasis) dieser Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre<sup>1)</sup>,
- Gebäude: 25 Jahre.

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000,- EUR festgelegt.

*1 Abweichend von diesem Grundsatz wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2002 die Restbuchwerte der Banknoten- und Münzenbearbeitungsmaschinen komplett abgeschrieben, da diese nur mehr sehr eingeschränkt Verwendung finden.*

## Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in 1.000 EUR</i>	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten)
Gold	237.406	0	–	+ 120.859
Fremdwährungen				
Eigenbestand	500.629	21.792	133.993 <sup>1)</sup>	–1.182.142
Eigenmittelveranlagung	–	0	–	+ 7.117
Wertpapiere				
Eigenbestand	140.016	16.591	450 <sup>2)</sup>	+ 26.542
Eigenmittelveranlagung	607	–	28 <sup>2)</sup>	+ 43.419
Euro-Bestände des IVF	23.056	–	–	–
Beteiligungen	–	–	5.518	+ 68.472
Außerbilanzielle Geschäfte	836	967	–	+ 5.494
<b>Insgesamt</b>	<b>902.550</b>	<b>39.350</b>	<b>139.989</b>	<b>– 910.239</b>

<sup>1)</sup> Durch die gleich hohe Auflösung der „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ erfolgsneutral gehalten.

<sup>2)</sup> Durch die gleich hohe Auflösung der „Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken“ erfolgsneutral gehalten.

## Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2002

	31. 12. 2001	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2002
	<i>in 1.000 EUR</i>			
<b>(Grund-)Kapital</b>	12.000	–	–	12.000
<b>Rücklagen</b>				
Allgemeiner Reservefonds	1.611.952	–	–	1.611.952
Freie Reserve	917.719	–	–	917.719
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.164.425	+32.576	– 85.824	1.111.177
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	534.078	+18.362	–	552.440
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	–	–	7.267
	4.235.441	+50.938	– 85.824	4.200.555
<b>Bilanzgewinn</b>	108.339	–	– 8.246	100.093
<b>Insgesamt</b>	<b>4.355.780</b>	<b>+50.938</b>	<b>– 94.070</b>	<b>4.312.648</b>
<b>Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	1.842.748	–	– 306.318	1.536.430
Reserve aus Initial Valuation	282.253	–	– 743	281.510
Neubewertungskonten	2.555.052	–	– 924.101	1.630.951
	4.680.053	–	–1.231.162	3.448.891

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

## Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2002

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Gold und Goldforderungen	3,519.118	3,336.169	- 182.949	- 5,2
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets <sup>1)</sup>	15,705.247	10,608.376	-5,096.871	- 32,5
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1,108.565	788.121	- 320.444	- 28,9
Sonstige Aktiva	23.092	65.653	+ 42.561	+184,3
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	308.727	92.138	- 216.589	- 70,2
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	985.659	583.590	- 402.069	- 40,8
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	255.051	232.096	- 22.955	- 9,0
Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	-	4.316	+ 4.316	
Ausgleichsposten aus Neubewertung	91.132	110.065	+ 18.933	+ 20,8
	18,715.454	13,776.114	-4,939.340	- 26,4
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	- 1,434.061 <sup>2)</sup>	256.385	-1,177.676	- 82,1
Insgesamt	17,281.392	13,519.729	-3,761.663	- 21,8

<sup>1)</sup> Ohne den in Euro ausgedrückten nicht abberufenen Teil der Quote des IWF.

<sup>2)</sup> Darin sind auch Terminverkäufe über 30 t Gold enthalten.

## Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

### Aktiva I. Gold und Goldforderungen

Bilanzstand 31. 12. 2002	3,336.169 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	3,519.118 Tsd EUR
Veränderung	- 182.949 Tsd EUR -5,2%

In diesem Posten ist der physische und nicht physische Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2002 auf rund 317 t. Auf Basis des Bewertungspreises von 326'830 EUR/ozf (das sind 10.507'827 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3,336.169 Tsd EUR.

Die Veränderung im Jahr 2002 resultiert einerseits aus Verkäufen (30 t im Gegenwert von 306.116

Tsd EUR) und andererseits aus Bewertungsgewinnen über 54.673 Tsd EUR. Aus realisierten Kursdifferenzen ergab sich per saldo eine Zunahme von 68.494 Tsd EUR.

Die Goldverkäufe, die bereits im Jahr 2001 auf Termin abgeschlossen wurden, sind im Rahmen des im September 1999 von 14 europäischen Zentralbanken, darunter auch die OeNB, und der EZB geschlossenen „Goldabkommens“ über den Verkauf von insgesamt 2.000 t Gold innerhalb einer Fünfjahresperiode, durchgeführt worden. Damit wurde der seinerzeit für die OeNB fixierte Verkauf von insgesamt 90 t Gold erfüllt.

## 2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungs- gebiets

Bilanzstand 31. 12. 2002	8,964.563 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	13,979.832 Tsd EUR
Veränderung	- 5,015.269 Tsd EUR -35,9%

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex „Internationaler Wäh-

rungsfonds“ – bestehend aus der „Forderung aus der Beteiligung am IWF“, den „Sonderziehungsrechten“ (SZR) und den „Sonstigen Forderungen gegen den IWF“ – Fremdwährungsforderungen gegen Länder, die nicht an der Wahrungunion teilnehmen. Der Sitz der Geschäftspartner befindet sich außerhalb des Euro-Währungsraums.

Der gesamte IWF-Posten gliedert sich wie folgt:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Forderung aus der Beteiligung am IWF	941.696	783.250	-158.446	-16,8
SZR im Rahmen des IWF	264.007	176.367	- 87.640	-33,2
Sonstige Forderungen gegen den IWF	56.980	38.889	- 18.091	-31,7
Insgesamt	1,262.683	998.506	-264.177	-20,9

Die **Forderung aus der Beteiligung am IWF<sup>1)</sup>** hat durch Ziehungen zu Gunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Euro-Bestände durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 240.591 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erlage von Mitgliedstaaten um 158.989 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung (-241.907 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+1.859 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Der österreichische Anteil am Wahrungsfondskapital ist im Jahr 2002 mit 1.872,3 Mio SZR unverändert geblieben.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt auf Grund der sich wöchentlich ändernden Remunerationrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – gleich hoch wie der SZR-Zinssatz – zwischen 1,9 und 2,3% p. a. bewegte.

Die **Sonderziehungsrechte<sup>2)</sup>** stehen zum 31. Dezember 2002 mit

einem Gegenwert von 176.367 Tsd EUR, das entspricht 136 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2002 eingetretene Abnahme um per saldo 87.640 Tsd EUR ist auf SZR-Verkäufe im Gegenwert von 88.072 Tsd EUR zurückzuführen. Die Zinsenabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen, haben sich hingegen mit einer Zunahme von 18.153 Tsd EUR ausgewirkt.

Käufe auf Grund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2002 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

- <sup>1)</sup> Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.
- <sup>2)</sup> Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugewiesenen bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

**Sonstige Forderungen gegen den IWF** fassen sämtliche übrige Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen (über 30 Mio SZR) im Zusammenhang mit der „Beteiligung an der Poverty Reduction and Growth Facility“ (PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützt die Ziele

des IWF durch Gewährung von sehr weichen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen.

Die **Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva** stellen sich wie folgt dar:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
Guthaben bei Banken	3,416.102	2,274.884	-1,141.218	-33,4
Wertpapiere	9,293.899	5,684.975	-3,608.924	-38,8
Sonstige Forderungen	7.148	6.198	- 950	-13,3
Insgesamt	12,717.149	7,966.057	-4,751.092	-37,4

In den Guthaben bei Banken sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsraums begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

Die Sonstigen Forderungen außerhalb des Euro-Währungsraums beinhalten ausschließlich Valuten.

Auf die Veränderung dieses Postens haben sich vor allem Transaktionen des Bundes und Umschichtungen in das Eigenmittel-Veranlagungsportefeuille ausgewirkt.

### 3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet beinhalten im Detail:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
Guthaben bei Banken	494.146	324.720	-169.426	-34,3
Wertpapiere	614.419	463.401	-151.018	-24,6
Insgesamt	1,108.565	788.121	-320.444	-28,9

#### 4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und

Konten bei Geschäftspartnern, die ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten.

Zu den Bilanzstichtagen 2001 und 2002 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
Veranlagungen in Wertpapieren	1.368.803	780.679	-588.124	- 43,0
Sonstige Veranlagungen	200.417	487.811	+287.394	+143,4
Insgesamt	1.569.220	1.268.490	-300.730	- 19,2

#### 5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die im Zusammenhang mit der Liquiditäts-

bereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zeigt folgendes Bild:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	379.071	2.679.245	+2.300.174	+606,8
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	911.478	171.874	- 739.604	- 81,1
5.3 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	1.290.549	2.851.119	+1.560.570	+120,9

##### 5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als **Hauptrefinanzierungsgeschäfte** werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken in wöchentlichem Abstand, mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) durchgeführt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages be-

rechtigt. Für das Zuteilungsverfahren im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde 2002 ausschließlich das Zinstenderverfahren eingesetzt.

Diesem Hauptrefinanzierungsinstrument kommt bei der Verfolgung der Ziele der Offenmarktgeschäfte des Eurosystems eine Schlüsselrolle zu. Über sie wird dem Finanzsektor der größte Teil des Refinanzierungsvolumens zur Verfügung gestellt.

## 5.2 Längerfristige

### Refinanzierungsgeschäfte

Die **längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte** sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von längerfristigen Refinanzierungsgeschäften durchgeführten Tender wurden im Jahr 2002 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

## 5.3 Feinsteuerungsoperationen

### in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2002 wurden zwei befristete Feinsteuerungsoperationen in Höhe von 69.027 Tsd EUR (4. bis 6. Jänner 2002) bzw. 88.317 Tsd EUR (18. bis 23. Dezember 2002) durchgeführt. Der Grund für die zu Jahresbeginn durchgeführten Feinsteuerungsoperationen lag in der Euro-Bargeldeinführung. Die Feinsteuerungsoperationen wurden als

Zinstender mit Zinssätzen von 3,3% p. a. bzw. 2,8% p. a. abgeschlossen.

## 5.4 Strukturelle Operationen

### in Form von befristeten Transaktionen

**Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen** werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegenüber dem Eurosystem anpassen will. Im Jahr 2002 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

## 5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Der Finanzsektor kann die **Spitzenrefinanzierungsfazilität** in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde im Jahr 2002 mehrfach in Anspruch genommen.

## 5.6 Forderungen aus Margenausgleich

**Forderungen aus Margenausgleich** resultieren aus einer allfälligen Verpflichtung der Zentralbank, überschüssige Sicherheiten den Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Wenn dies nicht durch die Rückgabe von Wertpapieren, sondern durch Gutschrift auf dem Girokonto erfolgt, wird in diesem Subposten eine Forderung gegen die Geschäftspartner eingestellt. Im Jahr 2002 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

## 6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2002	82 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	182.270 Tsd EUR
Veränderung	-182.188 Tsd EUR -99,9%

Am 1. Jänner 2002 wurden in dieser Position zusätzlich zu den bereits im September 2001 eingebuchten Euro-Startpaketen (179.685 Tsd EUR) die Forderungen gegen Kreditinstitute aus den im Jahr 2001 vorverteilten Euro-Banknoten und -Münzen über insgesamt 10,030.693 Tsd EUR eingebucht. Davon entfielen 9,744.042 Tsd EUR auf Banknoten und 286.651 Tsd EUR auf Münzen. Die Tilgung der Gesamtforderung aus vorverteiltem Euro-Bargeld in Höhe von 10,210.378 Tsd EUR erfolgte im Rahmen des „Linear Debiting Model“ durch Belastung der Girokonten der Kreditinstitute am 2., 23. und 30. Jänner 2002 mit je einem Drittel.

## 7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2002	2,015.083 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	1,742.631 Tsd EUR
Veränderung	+ 272.452 Tsd EUR +15,6%

In diesem Posten sind alle markt-gängigen Wertpapiere inklusive der Staatspapiere aus der Zeit vor der WWU, die auf Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe teilnehmen, denominated sind und nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

## 8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 2002	351.366 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	287.632 Tsd EUR
Veränderung	+ 63.734 Tsd EUR +22,2%

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich AG direkt eingezogene Münzen. Die Tilgung der so errechneten Maximalschuld von 1,270.108 Tsd EUR erfolgt mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich AG bis zum vertraglich festgelegten Überweisungstermin (15. Dezember jeden Jahres) realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 89.482 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem Gewinn-

anteil des Bundes am Erfolgsüberschuss 2001 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 25.748 Tsd EUR gegenüber.

### 9. Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand 31. 12. 2002	4,175.874 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	3,153.431 Tsd EUR
Veränderung	+1,022.443 Tsd EUR +32,4%

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB sowie jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind auch die Nettoforderungen aus der Verteilung von Euro-Banknoten aus der Anwendung des Banknoten-Ver-

teilungsschlüssels laut Beschluss ECB/2001/15 und ECB/2001/16 (siehe auch Erläuterungen im Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen“) sowie die TARGET- und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden in diesem Posten auszuweisen, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer jeweiligen Gesamtheit als Netto-Forderung darstellen.

Der im Bilanzformat enthaltene Subposten 9.3 „Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen“ (Promissory Notes) ist für die OeNB nicht relevant, da er ausschließlich die EZB betrifft.

Die **Intra-Eurosystem-Forderungen** setzen sich zum 31. Dezember 2002 wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970	117.970	-	-
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1,179.700	1,179.700	-	-
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	-	-	-	-
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	1,855.761	2,878.204	+1,022.443	+55,1
Insgesamt	3,153.431	4,175.874	+1,022.443	+32,4

#### 9.1 Beteiligung an der EZB

Der Anteil, den die OeNB am gesamten **EZB-Kapital** von 5 Mrd EUR hält, beträgt zum Bilanzstichtag 2,3594% und ist damit gegenüber

dem 31. Dezember 2001 unverändert geblieben.

Die EZB-Kapitalanteile der jeweiligen nationalen Zentralbanken zeigt die nachstehende Tabelle:

Kapitalanteile der 15 EU-Zentralbanken zum 31. Dezember 2002				
	absoluter Kapitalanteil		davon eingezahlt	relativer Kapitalanteil
	in %	in EUR		in %
Deutsche Bundesbank	24'4935	1.224,675.000	1.224,675.000	30'2410
Banque de France	16'8337	841,685.000	841,685.000	20'7838
Banca d'Italia	14'8950	744,750.000	744,750.000	18'3902
Banco de España	8'8935	444,675.000	444,675.000	10'9804
De Nederlandsche Bank	4'2780	213,900.000	213,900.000	5'2819
Banque Nationale de Belgique	2'8658	143,290.000	143,290.000	3'5383
<b>Oesterreichische Nationalbank</b>	2'3594	117,970.000	117,970.000	2'9130
Bank of Greece	2'0564	102,820.000	102,820.000	2'5389
Banco de Portugal	1'9232	96,160.000	96,160.000	2'3745
Suomen Pankki	1'3970	69,850.000	69,850.000	1'7248
Central Bank of Ireland	0'8496	42,480.000	42,480.000	1'0490
Banque central de Luxembourg	0'1492	7,460.000	7,460.000	0'1842
	80'9943	4.049,715.000	4.049,715.000	100'0000
Bank of England	14'6811	734,055.000	36,702.750 <sup>1)</sup>	
Sveriges Riksbank	2'6537	132,685.000	6,634.250 <sup>1)</sup>	
Danmarks Nationalbank	1'6709	83,545.000	4,177.250 <sup>1)</sup>	
	19'0057	950,285.000	47,514.250	
Insgesamt	100'0000	5.000,000.000	4.097,229.250	

<sup>1)</sup> Entspricht 5% des absoluten Kapitalanteils zur Finanzierung der Kosten der EZB.

## 9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

Die **Übertragung von Währungsreserven** von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken an die EZB ist im Art. 30 des ESZB/EZB-Statuts vorgesehen. Die resultierenden Euro-Forderungen aus dieser Transaktion werden in dieser Position ausgewiesen.

Die von der OeNB transferierten Werte werden im Namen und für Rechnung der EZB von der OeNB – separiert von ihren Eigenbeständen – verwaltet und scheinen daher nicht in der OeNB-Bilanz auf.

Die ausgewiesene, nicht rückzahlbare Euro-Forderung wird mit 85% des geltenden Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsinstruments auf täglicher Basis seitens der EZB verzinst.

## 9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen

Die **Sonstigen Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)** stellen jenen Nettosaldo dar, der aus Transaktionen zwischen der OeNB und den übrigen 14 nationalen Zentralbanken (also einschließlich der nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken) bzw. der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Forderung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage-Einkünfte sowie jene Salden ausgewiesen, die sich aus Korrespondenzkonten<sup>1)</sup> mit einzelnen Zentralbanken ergeben.

<sup>1)</sup> Die Korrespondenzkonten können z. B. im Falle einer vorübergehenden Störung des TARGET-Systems für eine begrenzte Zahl von Transaktionen verwendet werden.

Die aus täglichen Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation).

Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis zum Monatsende. Für die Berechnung, die die EZB zentral durchführt, kommt der von der EZB bekannt gegebene marginale Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments zur Anwendung. Die entsprechenden

Zahlungen werden im TARGET-System monatlich im Nachhinein durchgeführt.

### 10. Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2002, die Anfang Jänner 2003 zahlungsmäßig abgewickelt wurden.

### 11. Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	151.995	345.880	+ 193.885	+127,6
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	135.623	146.872	+ 11.249	+ 8,3
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.548.766	7.316.249	+4.767.483	+187,1
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	6.571	12.065	+ 5.494	+ 83,6
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	355.593	325.958	- 29.635	- 8,3
11.6 Sonstiges	1.185.456	1.689.228	+ 503.772	+ 42,5
Insgesamt	4.384.004	9.836.252	+5.452.248	+124,4

#### 11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt zum 31. Dezember 2002 den Kassenbestand der Bank an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar, wogegen zum 31. Dezember 2001 in diesem Posten ausschließlich Schilling-Münzen erfasst waren.

Da Schilling-Münzen seit dem Ende der dualen Phase am 28. Februar 2002 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verloren haben, erfolgte im Jahr 2002 eine Umgliederung der Schilling-Scheidemünzen-Barschaft in den Aktivposten 11.6 „Sonstiges“.

#### 11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände beinhalten Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen (Geschäftsausstattung, Hard- und Software, Kraftfahrzeuge), mobile Sachwerte und immaterielle Vermögensgegenstände.

Die **Gebäude und Grundstücke** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31. 12. 2001 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2002	Abgänge im Jahr 2002	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 2002	Buchwert 31. 12. 2001	Abschreibungen des Jahres 2002
---	----------------------	----------------------	---------------------------	-----------------------	-----------------------	--------------------------------

82.878 <sup>1)</sup>	19.085	288 <sup>2)</sup>	16.581	85.094	68.306	2.241
----------------------	--------	-------------------	--------	--------	--------	-------

<sup>1)</sup> Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

<sup>2)</sup> Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 232 Tsd EUR.

Die Zugänge im Jahr 2002 sind im Wesentlichen auf die Aktivierung von Investitionen im OeNB-Hauptgebäude zurückzuführen.

Die **Einrichtung und Maschinen** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 31. 12. 2001 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2002	Abgänge im Jahr 2002	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 2002	Buchwert 31. 12. 2001	Abschreibungen des Jahres 2002
---	----------------------	----------------------	---------------------------	-----------------------	-----------------------	--------------------------------

85.045	15.478	9.273 <sup>1)</sup>	63.066	28.184	33.710	19.626
--------	--------	---------------------	--------	--------	--------	--------

<sup>1)</sup> Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 7.895 Tsd EUR.

Die **mobilen Sachwerte** in Höhe von 32.920 Tsd EUR umfassen die Sammlung von Streichinstrumenten alter Meister.<sup>1)</sup> Zum Bilanzstichtag 2002 besteht diese Instrumentensammlung unverändert aus

23 Geigen, 4 Violoncelli und 2 Violinen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musiker verliehen.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 31. 12. 2001 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2002	Abgänge im Jahr 2002	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 2002	Buchwert 31. 12. 2001	Abschreibungen des Jahres 2002
---	----------------------	----------------------	---------------------------	-----------------------	-----------------------	--------------------------------

720	–	–	46	674	689	15
-----	---	---	----	-----	-----	----

<sup>1)</sup> Im Jahr 1989 hatte die OeNB begonnen, eine Sammlung historischer Streichinstrumente aufzubauen.

**11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen**

Das **Sonstige Finanzanlagevermögen** setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Wertpapierveranlagungen	1.497.705	6.063.592	+4.565.887	+304,9
Beteiligungen	815.825	1.017.558	+ 201.733	+ 24,7
Sonstige Veranlagungen	235.236	235.099	- 137	- 0,1
Insgesamt	2.548.766	7.316.249	+4.767.483	+187,1

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1,483.191 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 13.972 Tsd EUR der Veranlagung des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 4,566.429 Tsd EUR. Die Veränderung der Wertpapierveranlagungen ist im Wesentlichen auf Umschichtungen in das Eigenmittel-Veranlagungsportefeuille zurückzuführen. Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 101.469 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 85.374 Tsd EUR gegenüberstehen. Aus der Fremdwährungsbewertung stammen buchmäßige Kursgewinne über 7.117 Tsd EUR.

Von den Beteiligungen sind 714.108 Tsd EUR der Eigenmittel-

veranlagung und 303.450 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Sonstigen Veranlagungen stellen im Wesentlichen täglich fällige Veranlagungen dar, wovon 221.405 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 13.694 Tsd EUR auf jene des Jubiläumsfonds entfallen.

Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, der Allgemeine Reservefonds, die Freie Reserve, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen sowie allgemeine Rückstellungen, und zwar insbesondere jene für das Fremdwährungsrisiko und allgemeine Bankrisiken.

Die **Beteiligungen** stellen sich wie folgt dar:

Substanzwert bis 31. 12. 2001	Zugänge im Jahr 2002	Abgänge im Jahr 2002	Buchwert 31. 12. 2002	Buchwert 31. 12. 2001	Abschreibungen des Jahres 2002	Neubewertung im Jahr 2002
815.825	13.374	345 <sup>1)</sup>	1.017.558 <sup>2)</sup>	815.825	5.518	73.878

<sup>1)</sup> Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 344 Tsd EUR.

<sup>2)</sup> Darin ist mit 120.000 Tsd EUR eine zeitgleich vereinnahmte Dividende enthalten.

Die Beteiligungen wurden mit ihren jeweiligen Substanzwerten im Jahresabschluss 2002 erfasst. Hinsichtlich der Beteiligungen wird auf das Kapitel „Tochtergesellschaften der OeNB“ im Geschäftsbericht verwiesen.

### 11.6 Sonstiges

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** setzen sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung
	in 1.000 EUR		
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	748.807	709.928	- 38.879
OeKB-Taggeldkonto für die Vergabe von ERP-Krediten	127.226	184.467	+ 57.241
ERP-Fonds-Nationalbankblock	876.033	894.395	+ 18.362
Interimskonto zum Schilling-Banknotenumlauf	-	629.195	+629.195
Schilling-Scheidemünzen <sup>1)</sup>	-	119.761	+119.761
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.332	5.612	- 720
Vorauszahlung an die Münze Österreich AG zur Vorfinanzierung der Euro-Münzen-Produktion	145.346	-	-145.346
Eigenbestand Euro-Münzen-Startpakete	8.093	-	- 8.093
Sonstige Forderungen	149.652	40.265	-109.387
Insgesamt	1,185.456	1,689.228	+503.772

<sup>1)</sup> Im Jahresabschluss 2001 im Aktivposten 11.1 „Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets“ ausgewiesen.

Gemäß § 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe angesamelter Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2002 beliefen sich diese auf 552.440 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2002 auf insgesamt 894.395 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Um den zum 31. Dezember 2002 letztmalig im Passivposten 1. „Banknotenumlauf“ auszuweisenden Schilling-Banknotenumlauf in seiner wirtschaftlichen Auswirkung darstellen zu können, wurde aktivseitig ein Interimskonto in gleicher Höhe bilanziert. Diesem Interimskonto

steht passivseitig eine Verbindlichkeit (hinsichtlich jener Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen) bzw. eine Rückstellung (für jene Banknoten, die keine Präklusionsfrist aufweisen) gegenüber.

Der Bestand an Schilling-Scheidemünzen wurde im Jahr 2002 vom Aktivposten 11.1 „Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets“ in den Aktivposten 11.6 „Sonstiges“ umgereiht, da diese Münzen seit 1. März 2002 kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr sind.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die Vorauszahlung an die Münze Österreich AG im Jahr 1998 zur Vorfinanzierung der Euro-Münzen-Produktion wurde im Zuge der gegenseitigen Leistungsverrechnung im Zusammenhang mit Euro-Münzen-

Lieferungen für die Euro-Vorverteilung am 2. Jänner 2002 ausgeglichen.

Der zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2001 ausgewiesene Eigenbestand an Euro-Münzen-Startpaketen stellte die Summe der noch nicht ausgegebenen Euro-Münzen-Startpakete dar. In den ersten Jännertagen 2002 wurden Startpakete noch verkauft. Allfällige Restbestände wurden dem Münzbestand angereicht.

Die Sonstigen Forderungen des Jahres 2002 in Höhe von 40.265 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. aus dem laufenden Bankgeschäft.

**Passiva**  
**I. Banknotenumlauf**

Bilanzstand 31. 12. 2002	10,237.504 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	10,172.302 Tsd EUR
Veränderung	+ 65.202 Tsd EUR +0,6%

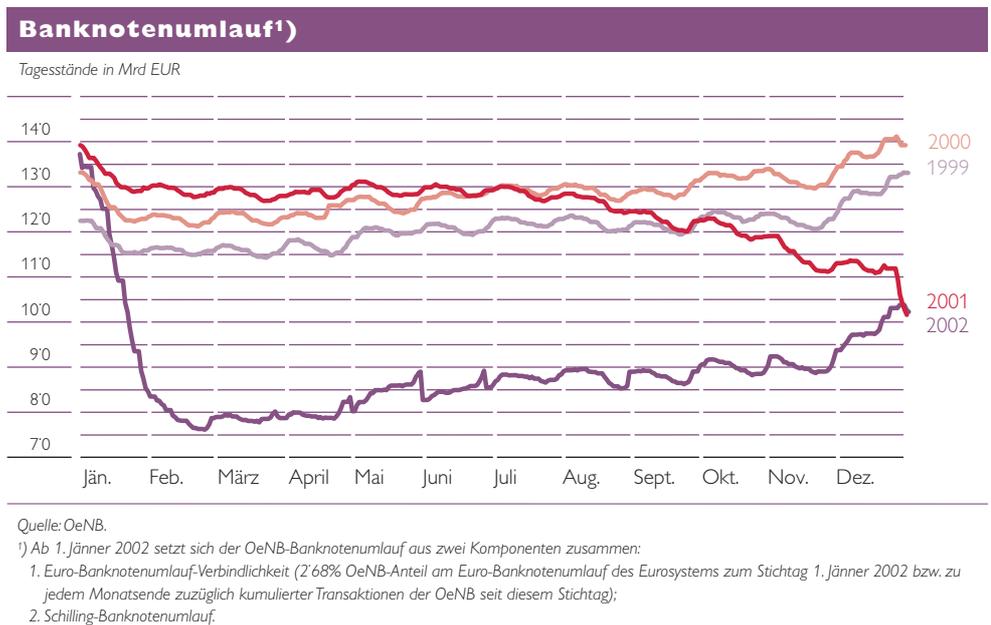
Dieser Bilanzposten beinhaltet den Anteil der OeNB nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel in Höhe von 2,68% an den insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten.

Dieser Schlüssel entspricht 92% des Anteils der OeNB am relativen Kapital der EZB in Höhe von 2,9130% (siehe dazu auch die Erläuterungen zum Ausweis des Euro-Banknotenumlaufs im Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen“). Weiters wird darin letztmalig der „Schilling-Banknotenumlauf“ mit 629.195 Tsd EUR ausgewiesen.

Die Jahresdurchschnitte seit dem Eintritt in die dritte Stufe der WWU können nachstehender Tabelle entnommen werden:

	Jahres- durchschnitt des Banknoten- umlaufs	Veränderung zum Vorjahr	
	in Mio EUR	in %	
1999	12.095		
2000	12.851	+ 756	+ 6,3
2001	12.519	- 332	- 2,6
2002	8.887	-3.632	-29,0

Der höchste Banknotenumlauf des abgelaufenen Jahres bestand am 1. Jänner 2002 mit 13.736 Mio EUR, der niedrigste wurde dagegen am 25. Februar 2002 mit 7.624 Mio EUR verzeichnet.



## 2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Zum 31. Dezember 2002 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001 in 1.000 EUR	31. 12. 2002	Veränderung in %	
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	5,497.601	3,541.468	-1,956.133	-35,6
2.2 Einlagefazilität	–	350	+ 350	
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>5,497.601</b>	<b>3,541.818</b>	<b>-1,955.783</b>	<b>-35,6</b>

### 2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Darin werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehaltene Guthaben ausgewiesen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht derzeit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

### 2.2 Einlagefazilität

Als **Einlagefazilität** werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2002 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 1.105 Tsd EUR durchgeführt.

## 3. Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2002	– Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	1,059.618 Tsd EUR
Veränderung	-1,059.618 Tsd EUR

Zum 31. Dezember 2001 wurden in diesem Posten ausschließlich die Verbindlichkeiten aus verpfändeten Einlagen von Kreditinstituten, die der Besicherung von vorverteilten Euro-Banknoten dienen, ausgewiesen. Diese Einlagen wurden im Jänner 2002 zur Gänze zurückgeführt.

## 5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2002	32.894 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	42.102 Tsd EUR
Veränderung	- 9.208 Tsd EUR -21,9%

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 10.666 Tsd EUR sowie Guthaben

auf Girokonten von nicht mindest-reservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

Darunter befinden sich auch die Guthaben des „Internationalen Fonds der Donaukommission zur Räumung der Fahrinne der Donau“ (Donaufonds), einer zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in Wien, die mit der Abwicklung der Finanzierung der Wiederschiffbarmachung der Donau im Bereich Novi Sad beauftragt wurde und unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission steht. Die Mittel des Donaufonds, die zu 85% von der Europäischen Kommission und zu 15% von Anrainerstaaten und anderen Gebern bereitgestellt wurden, werden von der OeNB auf Basis des „Bundesgesetzes über den Internationalen Fonds zur Räumung der Schifffahrtsrinne der Donau“ (BGBl. I Nr. 70/2000) auf einem verzinsten Konto geführt.

### 6. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2002	1.731 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	63.530 Tsd EUR
Veränderung	-61.799 Tsd EUR -97,3%

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegen Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst. Die Verbindlichkeit aus der Euro-Vorverteilung gegen Zentral- und Kommerzbanken außerhalb des Euroraums, die aus der Besicherung des vorverteilten Euro-Bargeldes im Ausland resultierte, wurde im Zuge der Euro-Bargeldeinführung am 2. Jänner 2002 ausgeglichen.

### 7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2002	92.138 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	308.727 Tsd EUR
Veränderung	-216.589 Tsd EUR -70,2%

### 8. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2002	583.590 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	985.659 Tsd EUR
Veränderung	-402.069 Tsd EUR -40,8%

In den Bilanzposten 7. und 8. werden im Wesentlichen Swapgeschäfte mit dem Finanzsektor ausgewiesen.

### 9. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand 31. 12. 2002	232.096 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	255.051 Tsd EUR
Veränderung	- 22.955 Tsd EUR -9,0%

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

### 10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand 31. 12. 2002	7.403.757 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	- Tsd EUR
Veränderung	+7.403.757 Tsd EUR

In diesem Bilanzposten sind die Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung von Euro-Banknoten aus der Anwendung des Banknoten-Vertei-

lungsschlüssels laut Beschluss ECB/2001/15 und ECB/2001/16 (siehe auch die Erläuterungen im Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen“) dargestellt.

### 11. Schwebende Verrechnungen

Bilanzstand 31. 12. 2002	85.346 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2001	507.386 Tsd EUR
Veränderung	-422.040 Tsd EUR -83,2%

In diesem Posten sind Zahlungen ausgewiesen, die aus verrechnungstechnischen Gründen erst im Jänner des Folgejahres stattfinden.

Zum 31. Dezember 2001 enthielt dieser Posten noch nicht abgerechnete Schilling-Bargeldlieferungen von Kreditinstituten in Höhe von 443.982 Tsd EUR, die Anfang

Jänner 2002 durch entsprechende Gutschriften auf den Girokonten der Kreditinstitute ausgeglichen wurden. Weiters waren die im Rahmen der Vorverteilung direkt an den Schaltern der OeNB ausgegebenen Euro-Banknoten und Euro-Münzrollen von zusammen 24.126 Tsd EUR enthalten, da diese zum Bilanzstichtag 2001 noch nicht als gesetzliches Zahlungsmittel galten. Anfang Jänner 2002 wurden die Euro-Banknoten in den Banknotenumlauf übernommen, die Euro-Münzen wurden zu Lasten des Aktivpostens 11.1 „Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets“ verrechnet.

### 12. Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	207.999	13.921	-194.078	-93,3
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	109.868	206.905	+ 97.037	+88,3
12.3 Sonstiges	1.198.924	1.184.839	- 14.085	- 1,2
Insgesamt	1.516.791	1.405.665	-111.126	- 7,3

#### 12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste die gegen die

Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden, subsumiert und Buchwertangleichungen ausgewiesen. Die gegenüber dem Vorjahresresultato eingetretene Abnahme resultiert aus Buchwertangleichungen und aus Realisaten.

### 12.3 Sonstiges

Dieser Passivposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	975.009	899.771	- 75.238	- 7,7
Verbindlichkeiten aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	-	250.251	+250.251	
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds	22.643	20.116	- 2.527	- 11,2
Verbindlichkeit gegen die Münze Österreich AG wegen Euro-Münzen-Startpaketen	190.702	-	-190.702	-100,0
Sonstiges	10.570	14.701	+ 4.131	+ 39,1
Insgesamt	1.198.924	1.184.839	- 14.085	- 1,2

Der **satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes** errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Bei dem als **Förderungsmittel des Jubiläumsfonds** ausgewiesenen Betrag von 20.116 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2002 nicht verbrauchten Förderungsmittel. Dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurden gemäß Beschluss der Generalversammlung aus dem Bilanzgewinn 2001 70.250 Tsd EUR zur Verfügung gestellt, wovon 61.529 Tsd EUR

zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte zweckgewidmet sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 396 Projekte 80.351 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 2.390 Tsd EUR neu bewilligt worden, wovon per saldo 76.808 Tsd EUR zur Auszahlung gelangten. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 567.774 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Verbindlichkeit gegenüber der Münze Österreich AG wegen Euro-Münzen-Startpaketen wurde am 2. Jänner 2002 ausgeglichen.

### I 3. Rückstellungen

	31. 12. 2001	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2002
	in 1.000 EUR			
<b>Pensionsreserve</b>	1.780.867	86.106	106.939	1.801.700
<b>Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich</b>				
Abfertigungen	44.111	–	2.061	46.172
Dienstnehmerjubiläen	10.239	37	–	10.202
Nicht konsumierte Urlaube	9.287	–	155	9.442
<b>Rückstellungen für</b>				
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	–	–	306.945	306.945
Körperschaftsteuer	–	–	105.967	105.967
allgemeine Währungsrisiken	–	–	9.000	9.000
Lieferungen und Leistungen	5.850	5.805	1.339	1.384
Repatriierung von Banknoten	1.182	1.182	–	–
Hausverwaltungsbereich	1.636	111	638	2.163
Leistungen von Konzerngesellschaften	389	389	590	590
Sonstiges	2.496	2.186	1.271	1.581
<b>Insgesamt</b>	<b>1.856.057</b>	<b>95.816</b>	<b>534.905</b>	<b>2.295.146</b>

Das Pensionssystem der OeNB besteht zum einen darin, dass sie die volle Pensionsverpflichtung gegenüber Dienstnehmern übernommen hat und damit pensionsversicherungs-freie Dienstverhältnisse eingegangen ist. Zur Absicherung dieser Verpflichtung ist sie vom Gesetz verpflichtet, eine Pensionsreserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Zum anderen wurde mit 1. Mai 1999 für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Aus diesem Grund werden seit dem Jahr 2000 die Pensionszahlungen aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen haben um 2.701 Tsd EUR auf 86.106 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 3.987 Tsd EUR (2001: 3.947 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses in Höhe von 106.939 Tsd EUR der Pensionsreserve zugeführt, womit sie mit dem versicherungsmathematisch berechneten Barwert ausgewiesen wird. Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2002 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet.

Die Rückstellung für Abfertigungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet wird.

Die Zunahme resultiert aus dem Dotationserfordernis.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde auf Grund des vom Versicherungsmathematiker errechneten Erfordernisses von 10.202 Tsd EUR im Zuge des Jahresabschlusses 2002 mit 37 Tsd EUR aufgelöst.

Die Dotierung der Rückstellung für Körperschaftsteuer entspricht der Differenz zwischen der für das Jahr 2002 ermittelten Körperschaftsteuer<sup>1)</sup> und den im Jahr 2002 darauf quartalsweise geleisteten Vorauszah-

lungen (einschließlich der anrechenbaren Kapitalertragsteuer).

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

#### 14. Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung
	in 1.000 EUR		
<b>Neubewertungskonten</b>			
Gold	700.470	821.329	+ 120.859
Fremdwährungen	1.459.230	284.205	-1.175.025
Wertpapiere	203.909	254.602	+ 50.693
Beteiligungen	184.872	258.750	+ 73.878
Außerbilanzielle Geschäfte	6.571	12.065	+ 5.494
Zusammen	2.555.052	1.630.951	- 924.101
<b>Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)</b>			
Wertpapiere	2.320	1.782	- 538
Beteiligungen	279.933	279.728	- 205
Zusammen	282.253	281.510	- 743
<b>Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)</b>			
	1.842.748	1.536.430	- 306.318
Insgesamt	4.680.053	3.448.891	-1.231.162

Die auf den **Neubewertungskonten** erfassten Beträge stellen ausschließlich die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2002 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren nur durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Neubewertungsgewinne werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der Value-at-Risk(VaR)-

Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen berücksichtigt.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (**Initial Valuation**) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB ist gemäß § 69 Abs. 1 NBG verpflichtet, eine Reserve, die zur Deckung von Kursrisiken dient, die in Zusammenhang mit der Haltung von valutarischen Beständen

<sup>1</sup> Die Körperschaftsteuer wird gemäß § 72 Abs.1 NBG ermittelt.

verbunden sind, zu bilanzieren. Die im Jahresabschluss 2002 ausgewiesene **Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen** beinhaltet die aus den Vorjahren verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 1,536.430 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Verkäufen realisierten – Kursgewinnen verwendet. Weiters wird sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, aufgelöst. Darüber hinaus

dient sie der Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die Salden der Neubewertungskonten gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

### 15. Kapital und Rücklagen

Die **Rücklagen** zeigen folgendes Bild:

	31. 12. 2001	31. 12. 2002	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Allgemeiner Reservefonds	1,611.952	1,611.952	–	–
Freie Reserve	917.719	917.719	–	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1,164.425	1,111.177	–53.248	–4,6
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	534.078	552.440	+18.362	+3,4
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	7.267	–	–
Insgesamt	4,235.441	4,200.555	–34.886	–0,8

Die **Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken** dient zur Abdeckung allfälliger EZB-Verluste, die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten. Für die Ermittlung des Gesamtrisikos (einschließlich dem anteiligen Risiko der EZB, das nicht durch deren eigene Risikovorsorgen abgedeckt ist) werden anerkannte Risikoberechnungsmodelle (VaR) herangezogen. Aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2001 wurden dieser Reserve gemäß Beschluss der Generalversammlung vom 23. Mai 2002 32.576 Tsd EUR zugewiesen. Im Zuge des Jahresabschlusses 2002 wurden 85.824 Tsd EUR zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten verwendet.

Das gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen dient

dem Zweck, Ausfälle aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks abzu decken.

Die ausgewiesenen 7.267 Tsd EUR sind dem **Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft** im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 zur fruchtbringenden Anlage zugeführt worden.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen (in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten)

Zum 31. Dezember 2002 waren außer den in der Bilanz erfassten Posten nachfolgende finanzielle Verpflichtungen bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Fremdwährungstermingeschäfte und Swaptransaktionen im Gesamtausmaß von 309.118 Tsd EUR.

- Kaufverpflichtung auf Grund von Designierungen im Rahmen der „Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds“ in Höhe von 519.921 Tsd EUR.
  - Eventualverpflichtungen gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 534.076 Tsd EUR.
  - Nachschussverpflichtung von 27.770 Tsd EUR (Gegenwert von 15 Mio Goldfranken) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 2.500 Goldfranken bestehende Beteiligung an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel.
  - Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 31.138 Tsd EUR.
  - Rückzahlungsverpflichtungen der Bank im Falle der Lösung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 12.149 Tsd EUR.
- Darüber hinaus resultieren aus Gold-/Zinssatzswaps offene Geschäfte im Ausmaß von 27'9 t.

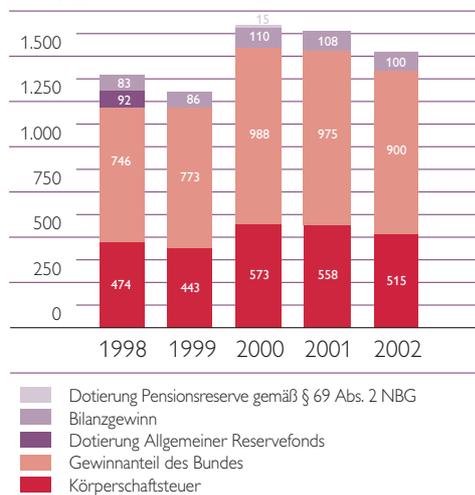
### Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

	2001	2002	Veränderung <sup>1)</sup>	
	in 1.000 EUR		in %	
1. Netto-Zinsenergebnis	873.100	594.185	-278.915	- 31'9
2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	994.712	848.682	-146.030	- 14'7
3. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	- 320	- 385	+ 65	+ 20'3
4. Erträge aus Beteiligungen	54.095	242.848	+188.753	+348'9
5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	- 607	199	+ 806	+132'8
6. Sonstige Erträge	7.323	84.483	+ 77.160	
<b>Nettoerträge insgesamt</b>	<b>1,928.303</b>	<b>1,770.012</b>	<b>-158.291</b>	<b>- 8'2</b>
7. Personalaufwendungen	- 92.971	- 98.103	+ 5.132	+ 5'5
8. Sachaufwendungen	- 110.604	- 100.159	- 10.445	- 9'4
9. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	- 19.946	- 21.882	+ 1.936	+ 9'7
10. Aufwendungen für Banknoten	- 62.232	- 33.043	- 29.189	- 46'9
11. Sonstige Aufwendungen	- 1.120	- 2.058	+ 938	+ 83'8
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>- 286.873</b>	<b>- 255.245</b>	<b>- 31.628</b>	<b>- 11'0</b>
<b>Geschäftliches Ergebnis</b>	<b>1,641.430</b>	<b>1,514.767</b>	<b>-126.663</b>	<b>- 7'7</b>
12. Körperschaftsteuer	- 558.087	- 515.021	- 43.066	- 7'7
	1,083.344	999.746	- 83.597	- 7'7
13. Gewinnanteil des Bundes	- 975.009	- 899.771	- 75.238	- 7'7
14.1 Jahresgewinn	108.334	99.975	- 8.359	- 7'7
14.2 Gewinnvortrag	5	118	+ 113	
<b>14. Bilanzgewinn</b>	<b>108.339</b>	<b>100.093</b>	<b>- 8.246</b>	<b>- 7'6</b>

<sup>1)</sup> Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

## Geschäftliches Ergebnis

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

### I. Netto-Zinsenergebnis

Das Netto-Zinsenergebnis hat im Jahr 2002 – insbesondere durch das gegenüber dem Jahr 2001 deutlich niedrigere Zinsniveau für Euro- und Fremdwährungs-Veranlagungen sowie wegen höherer Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten – um 278.915 Tsd EUR (–31,9%) auf 594.185 Tsd EUR abgenommen.

Die Erträge aus Fremdwährungs- und Euro-Veranlagungsinstrumenten wurden per saldo mit 678.124 Tsd EUR verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 80.679 Tsd EUR und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 33.237 Tsd EUR vereinnahmt. Weiters resultierten aus der Verzinsung der TARGET-Salden Erträge von per saldo 84.651 Tsd EUR. Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 136.208 Tsd EUR aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 176.689 Tsd EUR stammen aus den Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems unter Berücksichtigung der Anpas-

sungen im Rahmen der Übergangsregelungen (siehe dazu auch die Erläuterungen zu den monetären Einkünften im Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen“).

### 2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei **Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften**. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 30 t Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 132.545 Tsd EUR (–13,3%) auf 863.200 Tsd EUR abgenommen. Davon stammen 739.299 Tsd EUR (–12.984 Tsd EUR) aus Gold und Fremdwährungen sowie 124.032 Tsd EUR (–116.958 Tsd EUR) aus Wertpapieren.

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen** begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere.

Der Posten **Zuführung zu/ Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken** stammt im Wesentlichen aus der Auflösung der vor 1999 gebildeten Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen zur Abdeckung buchmäßiger Währungskursverluste, wodurch diese in Entsprechung des

§ 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Weiters wurde darin die Auflösung der Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken zur Abdeckung buchmäßiger Wertpapierkursverluste dargestellt. Als Ergebnis der gemäß § 69 Abs. 4 NBG vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutarischen Beständen war eine Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken in Höhe von 9 Mio EUR zu bilden.

#### **4. Erträge aus Beteiligungen**

Dieser Posten beinhaltet die Gewinnvorauszahlung der Seigniorage-Einkünfte der EZB, die mit der Übertragung von 8% des Euro-Banknotenumlaufs auf die EZB verbunden ist und wird im gleichen Geschäftsjahr, in dem sie bei der EZB anfällt, an die nationalen Zentralbanken verteilt.<sup>1)</sup> Diese Einkünfte der EZB werden in voller Höhe an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrer Anteile am eingezahlten Kapital der EZB verteilt, es sei denn, dass der Nettogewinn der EZB des Geschäftsjahres niedriger sein sollte als die Einkünfte aus den von ihr ausgegebenen Euro-Banknoten. Der Anteil der OeNB ist in diesem Posten mit 17.653 Tsd EUR enthalten. Weiters sind die Erträge aus der Gewinnausschüttung der EZB für das Jahr 2001 (42.456 Tsd EUR) sowie der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH. (1.000 Tsd EUR), der AUSTRIA CARD-Plastikarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. (1.170 Tsd EUR) und der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH. (215 Tsd EUR) enthalten. Die Dividendenzahlungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel (2.071 Tsd EUR) und der Münze Österreich AG (178.000 Tsd EUR)

werden darin ebenfalls ausgewiesen. Die Münze Österreich AG hat dabei für das Geschäftsjahr 2001 eine Dividende von 58.000 Tsd EUR bzw. 120.000 Tsd EUR für das Geschäftsjahr 2002 ausgeschüttet. Die erstmals zeitgleiche Vereinnahmung der Dividende für das Geschäftsjahr 2002 betrifft den bereits als gesichert geltenden Teil des Gesamterfolgs 2002 der Münze Österreich AG.

#### **5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften**

Im Jahr 2002 wird das Netto-Ergebnis aus der Zusammenlegung der monetären Einkünfte der jeweiligen nationalen Zentralbank durch die Multiplikation der monetären Basis der jeweiligen nationalen Zentralbank mit dem marginalen Hauptrefinanzierungszinssatz, unter Abzug der darauf entfallenden Zinsaufwendungen, ermittelt.<sup>2)</sup> Die monetäre Basis beinhaltet im Wesentlichen folgende Bilanzposten: Passivposten 1. „Banknotenumlauf“, Passivposten 2. „Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet“, Passivposten 10.2 „Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen“, Passivposten 10.3 „Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ und Passivposten 10.4 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“. Die Summe der zusammengelegten monetären Einkünfte aller nationalen Zentralbanken wird am Ende jedes Geschäftsjahres zwischen den nationalen Zentralbanken entsprechend ihrer Anteile am eingezahlten Kapital der EZB verteilt. Aus der Verteilung der monetären Einkünfte des Geschäftsjahres

<sup>1</sup> Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 21. November 2002 (ECB/2002/9).

<sup>2</sup> Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 6. Dezember 2001 über die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten ab dem Geschäftsjahr 2002 (ECB/2001/16).

2002 ergibt sich für die OeNB per saldo eine Forderung von 199 Tsd EUR.

## 7. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für den Teil der Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10·25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Seit 1. Mai 1998 unterliegen jene Mitarbeiter, die ab diesem Stichtag in die OeNB eingetreten sind, der ASVG-Pensionsregelung ergänzt durch ein beitragsorientiertes Pensionskassenmodell. Damit hat die OeNB den Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Pensionsrechts mit den in Österreich geltenden Pensionssystemen im Sinne eines Mehr-Säulen-Modells (ASVG-Pension, Pensionskasse und Eigenvorsorge) Rechnung getragen.

Die **Gehälter** abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 4.382 Tsd EUR oder 5·5% auf

83.800 Tsd EUR zugenommen. Die Zunahme ist insbesondere auf kollektivvertragliche Gehaltserhöhungen sowie auf Leistungen im Zusammenhang mit der erfolgreich durchgeführten Euro-Bargeldeinführung, darunter auch Überstunden, zurückzuführen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 9.840 Tsd EUR vereinnahmt.

Die Anzahl der für die unmittelbaren Geschäfte der OeNB tätigen Mitarbeiter (inklusive der Direktoriumsmitglieder) ist im Vergleich der Bilanzstichtage der Jahre 2002 und 2001 von 943 um 41 auf 984 Mitarbeiter (inklusive Teilzeitkräfte) gestiegen. Zum Jahresultimo 2002 beträgt die Mitarbeiterkapazität 960·13. Die Anzahl der Arbeiter ist auf 8 (minus 2) zurückgegangen.

Der durchschnittliche Stand der Mitarbeiter der OeNB (ohne Direktoriumsmitglieder) hat sich von 1.153 im Jahr 2001 auf 1.164 im Jahr 2002, das sind 11 Mitarbeiter oder 1·0% mehr, erhöht. Unter Berücksichtigung der außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) erhöhte sich der durchschnittliche Personalstand auf 931 Mitarbeiter (2001: 921 Mitarbeiter).

Die Bezüge einschließlich der Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von Pkws sowie Zuschüsse zu Kranken- und Unfallversicherungen) der vier Mitglieder des Direktoriums gemäß § 33 Abs. 1 NBG beliefen sich auf 1.008 Tsd EUR (2001: 988 Tsd EUR). Die Vergütungen für Mitglieder des Präsidiums betragen insgesamt 46 Tsd EUR (2001: 46 Tsd EUR).

Der Aufwand für **Abfertigungen** hat gegenüber dem Jahr 2001 um 1.225 Tsd EUR oder 30,3% auf 5.276 Tsd EUR zugenommen.

Die **gesetzlichen Sozialabgaben** über insgesamt 12.123 Tsd EUR (das sind + 774 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.552 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (5.603 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.866 Tsd EUR).

### **10. Aufwendungen für Banknoten**

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der OeBS.

### **12. Körperschaftsteuer**

Der Körperschaftsteuersatz von 34% ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes gilt, anzuwenden.

### **13. Gewinnanteil des Bundes**

Der Gewinnanteil des Bundes in Höhe von 899.771 Tsd EUR (2001: 975.009 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses abzüglich satzungsgemäßer Zuweisungen.

## Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher  
 Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell  
 Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek  
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

## Generalrat

Präsident Adolf Wala  
 Vizepräsident Herbert Schimetschek  
 Dipl.-Ing. August Astl  
 Helmut Elsner  
 Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer (ab 23. April 2002)  
 Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch  
 Dkfm. Lorenz R. Fritz  
 Dr. Rene Alfons Haiden (bis 22. April 2002)  
 Univ.-Prof. Dr. Herbert Kofler (ab 23. April 2002)  
 Dr. Richard Leutner (bis 22. April 2002, ab 23. Mai 2002)  
 Dipl.-Ing. Johann Marihart  
 Mag. Werner Muhm  
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner  
 Dipl.-Ing. Karl Werner Rüsck  
 Dkfm. R. Engelbert Wenckheim  
 Dkfm. Johann Zwettler (bis 23. Mai 2002)

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter.

Wien, am 20. März 2003

The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature is the most prominent and is identified as Gertrude Tumpel-Gugerell. Below it are two other signatures, identified as Wolfgang Duchatzcek and Peter Zöllner.

**Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer**

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2002 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 5 December 2002 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2002/10)“ erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 20. März 2003

Dr. Pipin Henzl  
Wirtschaftsprüfer  
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf  
Wirtschaftsprüfer  
und Steuerberater

## Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 13. der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 899.771 Tsd EUR (2001: 975.009 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 2002 von		EUR 100,092.976'09.
Das Direktorium hat in der Sitzung vom 26. März 2003 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:		
10%ige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR		EUR 1,200.000'—
Zuweisung an die Stiftung Leopold		EUR 4,232.498'26
Zuweisungen an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft:		
Förderungsmittel	EUR 70,250.000'—	
Jubiläumsfonds-Rücklage	EUR 24,232.716'58	EUR 94,482.716'58
Gewinnvortrag		EUR 177.761'25
		EUR 100,092.976'09



# Bericht des Generalrats

## zum Geschäftsbericht

### und Jahresabschluss 2002

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm auf Grund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2002 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 23. Mai 2002 gewählten Rechnungsprüfern – den Wirt-

schaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – auf Grund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 10. April 2003 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2002 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2002 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2002 erstatteten Empfehlung (Seite 121) beschließen.



Publikationen,

Impressum

# Periodische Publikationen

	<i>Erscheinungsweise</i>
Statistisches Monatsheft	<i>monatlich</i>
Focus on Statistics	<i>monatlich</i>
<i>englische Fassung des „Statistischen Monatshefts“</i>	<i><a href="http://www.oenb.at">http://www.oenb.at</a></i>
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten	<i>jährlich</i>
<i>gegliedert nach Regionen und Währungen</i>	
Berichte und Studien	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Austria	<i>vierteljährlich</i>
<i>englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“</i>	
Finanzmarktstabilitätsbericht	<i>halbjährlich</i>
Financial Stability Report	<i>halbjährlich</i>
<i>englische Fassung des „Finanzmarktstabilitätsberichts“</i>	
Focus on Transition	<i>halbjährlich</i>
Geschäftsbericht	<i>jährlich</i>
Annual Report	<i>jährlich</i>
<i>englische Fassung des „Geschäftsberichts“</i>	
Volkswirtschaftliche Tagung	<i>jährlich</i>
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures	<i>jährlich</i>

# Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 2001 und 2002

Die Gesamtübersicht über die bisher erschienenen Veröffentlichungen der OeNB ist jeweils dem Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. dem Heft 1 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.

Dieses Verzeichnis informiert über ausgewählte Publikationen der OeNB. Die Publikationen werden vom Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit kostenlos an Interessenten abgegeben. Anfragen sind schriftlich (auch telefonisch) an die im Impressum angegebene Postanschrift zu richten.

Eine vollständige Liste der Publikationen der OeNB kann unter der Internetadresse <http://www.oenb.at> abgerufen werden.

## Statistisches Monatsheft (monatlich)

### Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate

Gesamtverzeichnis der Schillingmünzen von 1947 bis 2001	1/2002
Umtauschbare Schillingbanknoten – Bei der Oesterreichischen Nationalbank umtauschbare Schillingbanknoten	1/2002
Umlauffähige österreichische Scheidemünzen	jährlich <sup>1)</sup>
Devisenrechtliche und Mindestreserve-Kundmachungen	fallweise
Ausgabe und Einziehung von Banknoten	fallweise

### Finanzmarkt

Bankfeiertage, international	11/jährlich
Bankfeiertage in Österreich	11/jährlich

### Realwirtschaft und Finanzierungsrechnung

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2000	9/2001
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögen und Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 2001	9/2002
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nach der Systematik der Wirtschaftstätigkeiten von 1997 bis 1999 <sup>2)</sup>	jährlich

### Außenwirtschaft

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich	6/jährlich
---	------------

### Internationale Wirtschaft

Leitzinssätze	12/jährlich
An internationalen Organisationen beteiligte Länder	1/jährlich

<sup>1</sup> Bis Jahrgang 2001.

<sup>2</sup> Ab Jahrgang 2001.

### **Berichte und Studien (vierteljährlich)**

#### **Wirtschafts- und Währungsunion und Europäische Union**

Aktuelle Entwicklungen auf dem Fleischmarkt und Auswirkungen auf die Inflationsrate in Österreich und im Euroraum	1/2001
Ökonomische Aspekte der Euro bargeldumstellung in Österreich	2/2001
Die Herausforderung der Informationsgesellschaft für die Notenbanken – Auf dem Weg zur e-ZB?	1/2002
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration	vierteljährlich

#### **Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate**

Der einheitliche Finanzmarkt – Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU	
Ergebnisse der 29. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	2/2001
Wettbewerb der Regionen und Integration in der WWU	
Ergebnisse der 30. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/2002
Reden des Präsidenten und des Gouverneurs anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank	2/jährlich

#### **Finanzmarkt**

EURIBOR – Zinsinstrumente als Indikatoren für die Erwartungen auf den Finanzmärkten	2/2002
Geschäftstätigkeit und Ertragslage der inländischen Kreditinstitute	vierteljährlich

#### **Rentenmarkt**

Entwicklungen auf dem österreichischen Rentenmarkt	1/2001
--	--------

#### **Realwirtschaft und Finanzierungsrechnung**

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2003 vom Frühjahr 2001	2/2001
Neubewertung des Indikators der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft	2/2001
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2001 bis 2003 vom Herbst 2001	3–4/2001
Das Zahlungsverhalten privater Haushalte in Österreich – Ergebnisse einer Untersuchung zur Nutzung von Zahlungskarten und zur Struktur der Zahlungstransaktionen im Jahr 2000	1/2002
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2002 bis 2004 vom Frühjahr 2002	2/2002
Identifikation von starren Löhnen in Mikrodaten – eine kritische Bestandsaufnahme der Literatur	3/2002
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2002 bis 2004 vom Herbst 2002	4/2002

Geldvermögen und Verpflichtungen der österreichischen Volkswirtschaft – Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das Jahr 2001 4/2002  
 Konjunkturelle Entwicklung in Österreich 1 und 3

**Außenwirtschaft**

Portfolioposition Österreichs – Globalisierung der Wertpapierveranlagungen und ihre Auswirkungen auf Österreich 4/2002  
 Leistungsbilanztransaktionen entkoppelt von Kapitalströmen – eine Analyse der österreichischen Leistungs- und Kapitaltransaktionen mit einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen 4/2002  
 Internationale Vermögensposition Österreichs jährlich  
 Entwicklung der Direktinvestitionen Österreichs jährlich  
 Zahlungsbilanz vierteljährlich

**Internationale Wirtschaft**

Entwicklungen in ausgewählten Reformländern 1 und 3<sup>1)</sup>  
 Entwicklungen in ausgewählten Ländern Zentral- und Osteuropas 2 und 4<sup>2)</sup>  
 Internationale Verschuldung und Emerging Markets 2 und 4  
 Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU vierteljährlich  
 Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem vierteljährlich

**Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen**

**Berichte und Studien, Heft 2/2001**

**Fiskalpolitik unter neuen Rahmenbedingungen**

Fiskalpolitische Konzeptionen der europäischen Wirtschaftspolitik  
 Maßnahmen und Strategien der Budgetkonsolidierung in den Mitgliedsländern der EU  
 Verteilungsaspekte der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion – eine Betrachtung aus Arbeitnehmersicht  
 Probleme der Besteuerung von grenzüberschreitenden Kapitaleinkommen  
 Debt-Management der Republik Österreich unter den Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums  
 Zyklisch bereinigte Budgetsalden für Österreich

**Berichte und Studien, Heft 3-4/2001**

**Transmission der Geldpolitik**

Der Transmissionsmechanismus und die Rolle der Vermögenspreise in der Geldpolitik  
 Asymmetrische Transmission der Geldpolitik über den Kreditvergabekanal – eine Analyse anhand österreichischer Bankbilanzen

1 Bis Jahrgang 2001.  
 2 Ab Jahrgang 2002.

Bilanz- und Kreditvergabekanal:  
eine Analyse anhand österreichischer Firmen  
Finanzinnovationen und der monetäre Transmissionsmechanismus  
Transmissionsmechanismus und Arbeitsmarkt –  
eine länderübergreifende Studie  
Die geldpolitische Transmission unter den Bedingungen  
des Stabilitäts- und Wachstumspakts – einige vorläufige Überlegungen  
Prinzipien für die Konstruktion von Modellen  
des Transmissionsmechanismus der Geldpolitik

### **Berichte und Studien, Heft 2/2002**

**Osterweiterung der EU: Auswirkungen auf die EU-15 und insbesondere auf Österreich**

Osterweiterung der EU:  
Auswirkungen auf die EU-15 und insbesondere auf Österreich –  
Ein Literaturüberblick zu ausgewählten Aspekten  
Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Lohngefüge in Westeuropa  
mit besonderer Berücksichtigung Österreichs  
Institutionelle Auswirkungen der Erweiterung im Bereich  
der Wirtschafts- und Währungspolitik  
Wachstumseffekte der europäischen Integration:  
Implikationen für die EU-Erweiterung  
Österreichs Direktinvestitionen und die EU-Erweiterung  
Das Bankensystem in den Beitrittsländern am Vorabend des EU-Beitritts  
Die Integration der osteuropäischen Länder –  
Auswirkungen auf die Aktien- und Rentenmärkte  
Wechselkursstrategien der EU-Beitrittsländer auf dem Weg in die WWU:  
Auswirkungen auf den Euroraum  
Ausgewählte Aspekte der monetären Integration

### **Berichte und Studien, Heft 3/2002**

**Lohnbildung im Euroraum**

WWU und grenzüberschreitende Tarifkoordination in Europa  
Lohnsetzung und strategische Interaktion  
innerhalb und außerhalb einer Währungsunion  
Die Rolle der Lohnpolitik in einem einheitlichen Währungsraum  
Beschäftigungs- und Lohnanpassungen  
auf dem Arbeitsmarkt des Euroraums – ein Überblick

**Focus on Transition (halbjährlich)****Studien**

The Financial Sector in Five Central and Eastern European Countries: An Overview	1/2001
Intraindustry Trade between the EU and the CEECs	
The Evidence of the First Decade of Transition	1/2001
The Development of the Romanian and Bulgarian Banking Sectors since 1990	1/2001
Similarity of Supply and Demand Shocks Between the Euro Area and the Accession Countries	2/2001
Determinants of Real Exchange Rates in Transition Economies	2/2001
Old-Age Pension Systems in the Czech Republic, Hungary and Poland	2/2001
Transcarpathia – Ukraine’s Westernmost Region and a Gateway to Central and Western Europe	2/2001
EU Enlargement to the East: Effects on the EU-15 in General and on Austria in Particular.	
An Overview of the Literature on Selected Aspects	1/2002
Austria’s Direct Investment and EU Enlargement	1/2002
Growth Effects of European Integration: Implications for EU Enlargement	1/2002
Selected Aspects of Monetary Integration	1/2002
An Early Warning Model for Currency Crises in Central and Eastern Europe	1/2002
Catching Up: The Role of Demand, Supply and Regulated Price Effects on the Real Exchange Rates of Four Accession Countries	2/2002
Exchange Rates and Long-Term Interest Rates in Central Europe: How Do Monetary and Fiscal Policy Affect Them?	2/2002
Twin Deficits: Implications of Current Account and Fiscal Imbalances for the Accession Countries	2/2002
Banking in the Baltics – The Development of the Banking Systems of Estonia, Latvia and Lithuania since Independence: The Emergence of Market-Oriented Banking Systems in Estonia, Latvia and Lithuania (1988–1997)	2/2002
Banking in the Baltics – The Development of the Banking Systems of Estonia, Latvia and Lithuania since Independence: The Internationalization of Baltic Banking (1998–2002)	2/2002
Political Institutions and Pricing of Bonds on International Markets	2/2002
Fiscal Effects of EU Membership for Central European and Baltic EU Accession Countries	2/2002

## Working Papers

### 2001

- Nr. 43 The Bank, the States, and the Market:  
An Austro-Hungarian Tale for Euroland, 1867–1914
- Nr. 44 The Euro Area and the Single Monetary Policy
- Nr. 45 Is There an Asymmetric Effect of Monetary Policy  
over Time? A Bayesian Analysis Using Austrian Data
- Nr. 46 Exchange Rates, Prices and Money. A Long Run Perspective
- Nr. 47 The ECB Monetary Policy Strategy and the Money Market
- Nr. 48 A Regulatory Regime for Financial Stability
- Nr. 49 Arbitrage and Optimal Portfolio Choice with Financial Constraints
- Nr. 50 Macroeconomic Fundamentals and the DM/\$ Exchange Rate:  
Temporal Instability and the Monetary Model
- Nr. 51 Assessing Inflation Targeting after a Decade of World Experience
- Nr. 52 Beyond Bipolar: A Three-Dimensional Assessment  
of Monetary Frameworks
- Nr. 53 Why Is the Business-Cycle Behavior of Fundamentals  
Alike Across Exchange-Rate Regimes?
- Nr. 54 New International Monetary Arrangements and the Exchange Rate
- Nr. 55 The Effectiveness of Central Bank Intervention in the EMS:  
The Post 1993 Experience

### 2002

- Nr. 56 Asymmetries in Bank Lending Behaviour. Austria During the 1990s
- Nr. 57 Banking Regulation and Systemic Risk
- Nr. 58 Credit Channel and Investment Behavior in Austria:  
A micro-econometric approach
- Nr. 59 Evaluating Density Forecasts with an Application  
to Stock Market Returns
- Nr. 60 The Empirical Performance of Option Based Densities  
of Foreign Exchange
- Nr. 61 Price Dynamics in Central and Eastern European  
EU Accession Countries
- Nr. 62 Growth, Convergence and EU Membership
- Nr. 63 Wage Formation in Open Economies and the Role  
of Monetary and Wage-Setting Institutions
- Nr. 64 The Federal Design of a Central Bank in a Monetary Union:  
The Case of the European System of Central Banks
- Nr. 65 Dollarization and Economic Performance: What Do We Really Know?
- Nr. 66 Growth, Integration, and Macroeconomic Policy Design:  
Some Lessons for Latin America
- Nr. 67 An Evaluation of Monetary Regime Options for Latin America
- Nr. 68 Monetary Union: European Lessons, Latin American Prospects
- Nr. 69 Reflections on the Optimal Currency Area (OCA) criteria  
in the light of EMU
- Nr. 70 Fiscal and Monetary Policy Coordination in EMU
- Nr. 71 EMU and Accession Countries:  
Fuzzy Cluster Analysis of Membership
- Nr. 72 Monetary Integration in the Southern Cone:  
Mercosur Is Not Like the EU?

- Nr. 73 Forecasting Austrian HICP and its Components  
using VAR and ARIMA Models
- Nr. 74 The Great Exchange Rate Debate after Argentina
- Nr. 75 Central European EU Accession and Latin America Integration:  
Mutual Lessons in Macroeconomic Policy Design
- Nr. 76 The Potential Consequences of Alternative Exchange Rate Regimes:  
A Study of Three Candidate Regions
- Nr. 77 Why Did Central Banks Intervene in the EMS?  
The Post 1993 Experience
- Nr. 78 Job Creation and Job Destruction in a Regulated Labor Market:  
The Case of Austria
- Nr. 79 Risk Assessment for Banking Systems
- Nr. 80 Does Central Bank Intervention Influence the Probability  
of a Speculative Attack? Evidence from the EMS

**Sonstige Publikationen**

Architektur des Geldes –

Vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum

The Austrian Financial Markets –

A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures

Leitfaden zum Marktrisiko (sechsbändig)

Der einheitliche Finanzmarkt –

Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren WWU –

Tagungsband der 29. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Wettbewerb der Regionen und Integration in der WWU –

Tagungsband der 30. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB

Economic Convergence and Divergence in Europe –

Growth and Regional Development in an Enlarged European Union

---

**Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:**

Oesterreichische Nationalbank  
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

**Für den Inhalt verantwortlich:**

Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

**Inhaltliche Gestaltung:**

Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen  
Oliver Huber, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit  
Georg Hubmer, Abteilung für Finanzmarktanalyse  
Wolfgang Pointner, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland  
Wolfgang Ruland, Organisationsabteilung  
Martin Taborsky, Hauptabteilung Hauptkasse und Zweiganstalten  
Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung

**Redaktion:**

Karin Fischer, Christiana Weinzettel, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen  
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

**Grafische Gestaltung:**

Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

**Layout und Satz:**

Walter Grosser, Hausdruckerei

**Druck und Herstellung:**

Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei

**Fotografien:**

Herbert Fidler, Foto Simonis, Ulrich Schnarr  
Oesterreichische Nationalbank,  
GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.  
Europäische Zentralbank, Claudio Hills,  
Münze Österreich AG

**Papier:**

Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller

**Verlags- und Herstellungsort:**

1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3

**Rückfragen:**

Oesterreichische Nationalbank, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit  
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3  
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien  
Telefon: 01/404 20 Durchwahl 6666  
Telefax: 01/404 20 Durchwahl 6696

**Nachbestellungen:**

Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice  
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 3  
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien  
Telefon: 01/404 20 Durchwahl 2345  
Telefax: 01/404 20 Durchwahl 2398

**Internet:**

<http://www.oenb.at>

DVR 0031577

Wien 2003

